Heft 10 Oktober 1991 6,80 DM

(12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

■ Rückwärts und vergessen: Der Widerruf der Oktober-Revolution

Ebermann Fülberth, Jung, Kurz, Hobsbawm, Bohn, Wolf, Reemtsma, Pohrt, Strobl

■ Ein Jahr Neues Deutschland

■ Ein Kreis im Kornfeld

in konkret Oktober 1991

von konkret

an konkret

Viertes Reich, fünfter Gang von Hermann L. Gremliza

Rückwärts und vergessen Eigentlich nichts passiert von Jan Philipp Reemtsma

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenEin doppelter Nachruf von Georg Fülberth

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenKein Lohn für Dissidenten von Thomas Ebermann

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenStrieses Staatsstreich von Rainer Bohn

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenTertium datur von Winfried Wolf

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenApocalypse tomorrow von Eric J. Hobsbawm

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenAmateurputsch von Robert Kurz; Ernst Lohoff

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenWas machen wir draus? von Ingrid Strobl

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessenEnde und Anfang von Heinz Jung

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessen»Ich kann mir nicht vorstellen« von Peter von Oertzen

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Rückwärts und vergessen»Es war einmal« von Wolfgang Pohrt

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

100.000 Serben auf der Flucht von Slobodan Milosevic

KONKRET-DokumentMit der fanatischen Parteinahme aller ihrer Parteien und fast aller ihrer Zeitungen und Fernsehanstalten für das kroatische Tudjman-Regime haben die Deutschen ihren Nachbarn gezeigt, daß sie zur Gleichschaltung keinen Führer brauchen. In Belgrad zogen 40.000 Serben vor die deutsche Botschaft, um gegen die Fortsetzung einer deutsch-kroatischen Bündnispolitik zu protestieren, deren Opfer schon zweimal in diesem Jahrhundert die Serben waren. In Den Haag hielt der serbische Präsident Slobodan Milosevic am 7. September vor der Konferenz über Jugoslawien eine Rede, die in ihrer Klarheit und Vernünftigkeit verstehen läßt, warum die Deutschen mit ihrer antiserbischen Hetze so allein dastehen

»In bester deutscher Form« von Otto Köhler

Schon einmal haben litauische Freiheitskämpfer unter deutscher Anleitung gegen »jahrzehntelange Unterdrückung« rebelliert - 1941 gegen die durch die Juden

Deutschland erwacht von Wolfgang Schneider

Ein Jahr nach der Wiedervereinigung sind die Deutschen nicht nur damit beschäftigt, ihre NS-Vergangenheit unter den Trümmern des DDR-Staates zu begraben - es scheint vielmehr, als wollten sie darüber hinaus die politischen Zielvorstellungen reaktivieren, denen sie vor 50 Jahren gefolgt sind

Nie wieder deutsche Linke? von Oliver Tolmein

Abschied von einem Zerfallsprodukt

Förderung bei Wolgograd von Rainer Trampert

Die Übernahme der DDR hat dem westdeutschen Kapital einen so unverschämten Boom beschert, daß Freude über jeden herrscht, der die Konkurrenz mit ein paar deutschen Ängsten tröstet

Bewährungshelfer SPD von Boris Gröndahl

Die SPD hat durch die Niederlage des Sozialismus nicht nur ihren »welthistorischen Bezugsrahmen« (Reemtsma), sondern zugleich ihren wichtigsten Bündnispartner für die Integration antikapitalistischer Kräfte verloren. Auf der Suche nach einer neuen

Identität ist sie beiden Deutschen fündig geworden

»Den Krieg stets vor Augen« von Winfried Wolf

In rasantem Tempo verwandeln sich die großen Autokonzerne in Rüstungsbetriebe. Eine Entwicklung, die in der Öffentlichkeit kaum thematisiert wird und bei der die deutschen Unternehmen Daimler-Benz und BMW mal wieder führend sind

Artikel 6 von Oliver Tolmein

Die militante griechische Gruppe »17. November« richtet ihre Aktionen u.a. auch gegen deutsche Unternehmen, zum Beispiel gegen Löwenbräu und Siemens. Und ganz normale griechische Journalisten gehen eher ins Gefängnis, als daß sie auf die Veröffentlichung der Kommandoerklärungen der Gruppe verzichten

»Wo ein Zeichen ist, wartet auch eine Bedeutung« von Gero von Randow

Im selben Tonfall, der Nationalhymnen, Militärmärsche und Arbeiterchöre zu Ohrwürmern macht, die bis ins Hirn kriechen, behauptet die Internationale der Wünschelrutengänger und Ufo-Forscher die außerirdische Abstammung der ‘Kornkreise`. So klingt die Gewißheit, nach deren Zaubermelodie sich verunsicherte Menschen sehnen

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gibt es ein Drittes im Falschen? von Klaus Holz

Was soll eine Kritik, die nicht auf die Einsicht der Kritisierten setzt? Eine Erwiderung auf den Artikel »Radioten im Dreyeckland« (KONKRET 8/91) der »Initiative Sozialistisches Forum« (ISF) zur antizionistischen Propaganda des links-alternativen Radiosenders Dreyeckland

Buch des Monats: Wenn er geht, sind sie satt von Thomas Neumann

Michael Walzer: Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1991, 352 Seiten, 48 Mark

Wo die Lektüre zur Tortur gerät von Gunter Blank

In den angelsächsischen Ländern sind Kriminalromane zum Bestandteil der Alltagskultur geworden, in denen die Autoren ihren Ekel vor der Gesellschaft in extreme Gewalt-Darstellungen kleiden

Piwitt’s Siebensachen von Hermann Peter Piwitt

»Hurray for you« von Manfred Hermes

Die weiße amerikanische Filmemacherin Jenny Livingston hat einenDokumentarfilm über das »Voguing« gedreht, die Glamour-Shows und Posing-Wettbewerbe schwarzer Schwuler: »Paris is Burning«

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/91, S. 4

von konkret

LITERATUR KONKRET, vierzehn Jahre lang eine ganz eigenständige Zeitschrift, erscheint im fünfzehnten Jahr in neuer Form: Die KONKRET-Abonnenten bekommen LITERATUR KONKRET zusammen mit diesem Heft, ohne Aufpreis, allen anderen Leserinnen und Lesern wird LITERATUR KONKRET zum Preis von 4,50 Mark im Buchhandel angeboten.

Anders als in den vorausgegangenen fünfzehn Jahren auch der Inhalt: Ein Stück neuer Literatur (ein Vorabdruck aus dem letzten Roman von Günter Herburger), ein polemischer Ausfall (des Herausgebers), ein Gedicht (von Michael Scharang) und 76 Rezensionen von Büchern, die 23 Autorinnen und Autoren sich ausgesucht haben, ohne Rücksicht auf Wünsche von Redaktion oder Anzeigenabteilung zu nehmen (und das war in der neueren deutschen Zeitschriftengeschichte gewiß noch nicht da).

»1.100 Abo-Kündigungen von Friedensfreunden so viel habe ich mir seit Wallraff nichts mehr kosten lassen. Und Du redest von Mainstream!« (Hermann L. Gremliza zu Thomas Ebermann in KONKRET 5/1991)

Um genauer zu erfahren, was die Gründe für die Abonnements-Kündigungen waren, wurde bei vierhundert Leserinnen und Lesern, die nach dem Golfkrieg KONKRET abbestellt hatten, telefonisch und schriftlich nachgefragt. Von diesen wollten

· 5 Prozent nicht antworten;

· 9 Prozent gaben wirtschaftliche Gründe an zur Hälfte waren dies ostdeutsche Leser, die wg. Arbeitslosigkeit gezwungen sind, KONKRET (einzusparen(;

· 26 Prozent waren mit Gestaltung und Lesbarkeit unzufrieden;

· 21 Prozent haben spontan nach Erscheinen des Märzheftes (wg. Pohrt) gekündigt.

· Der dickste Brocken aber war zur Überraschung des Vertriebs ein anderer:

· 39 Prozent der Befragten gaben Gründe an wie etwa die folgenden: KONKRET forciere »die einseitige und kritiklose Parteinahme für den Staat Israel und dessen Politik« (Renate Baethge, Osnabrück), die Zeitschrift beschäftige sich »nun schon seit etlichen Ausgaben mit der unsäglichen Semitismus- versus Antisemitismusdebatte« (Rüdiger Schönfelder, Recklinghausen), oder, wie Reinhard Herr aus Nürnberg schrieb: »Ihre einseitigen Positionen für Israel beziehungsweise das übertriebene Antisemitismusgeschwafel und Ihr oberlehrerhaftes Zensurgehabe im Zusammenhang mit (Jud Süß((frühere Stellungnahmen zu Faßbinders (Müll, Stadt und Tod(grundzionistisch) haben mich zur Abbestellung meines Abonnements veranlaßt.«

Anti-Antisemitismus als Kündigungsgrund was KONKRET also so unerträglich machte, daß man es nicht mehr in seinem Briefkasten liegen haben wollte, war der Hinweis auf die plötzliche Entdeckung ihrer Liebe zu Deutschland und das ungestüme Walten der damit verbundenen völkischen Partialtriebe, die die Damen und Herren der Friedens-, Frauen-, Radio- und sonstigen Neusozialen Bewegungen des Vierten Reiches während des Golfkrieges machten.

Eine Analyse der Verwerfungen, die sich innerhalb der deutschen Rest-Linken während des Golfkrieges auftaten, findet sich in dem Buch von Oliver Tolmein und Detlef zum Winkel: »Herr P. und die Bombe. Vom Krieg der Polemiker«, das jetzt im Konkret Literatur Verlag erschienen ist. Es hat 112 Seiten und kostet 15 Mark.

Im gleichen Verlag ebenfalls neu: »Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner«, mit Beiträgen von Barbara Ritter und anderen, 240 Seiten, 25 Mark.

Der Konkret Literatur Verlag ist auch auf der Buchmesse vertreten, die vom 9. bis 14. Oktober in Frankfurt stattfindet: Stand Nummer 60 G 166, gemeinsam mit dem KleinVerlag.

Zu vermelden ist schließlich, daß die einst »im Internat Ortenburg aus Protest gegen den tyrannischen Schuldirektor Klaus E.« gegründete, sich als in der Tradition der »Neuen Deutschen Welle« stehend begreifende und im Raum Niederbayern (Ortenburg, Vilshofen, Deggendorf) über lokale Größe gebietende Fun-Punk-Gruppe »Toter Kohl« Horst Tomayers Gedicht »Kapital, Kapital, du bist nicht unser Fall« (KONKRET 8/91) vertont und in ihr Repertoire aufgenommen hat.

Kassetten gibts bei David C. Eibl, Charles-de-Gaulle-Straße 9, 8 München 83

Konkret 10/91, S. 6

an konkret

Genügend Ansätze

KONKRET 8/91: »Radioten im Dreyeckland« von der Initiative Sozialistisches Forum; und KONKRET 9/91: Leserbrief von B. Spies

Liebe »verlorene« Glaubwürdigkeit,

da hat er es euch aber besorgt, der Spies aus Freiburg: »Wer sucht der findet... Hoffentlich auch die Glaubwürdigkeit.« Das Mäntelchen des zu Unrecht Angegriffenen und Verfolgten umgehängt, beschuldigt er euch des verfälschenden Zitats. Diese kleine Angelegenheit, die Spies als »verbale Schlammschlacht« tituliert, ist eine Erwiderung wert, denn in diesem Szenescherz zeigt sich die Methode der verfolgenden Unschuld. Das Vorwort aus dem AUSBRUCH Nr. 22 ist ein Musterbeispiel für die Kunst der Andeutung und der vielsagenden drei Punkte. Danach kann man immer sagen, man hätte es nicht so gemeint oder nichts davon gewußt, um denen, auf die man zielt, Paranoia zu unterstellen. Die Auslegung des Angedeuteten wird dem Fußvolk überlassen, so wäscht man seine Hände in Unschuld und beklagt die falsche Darstellung des Zusammenhangs.

Spies, der anderen unterstellt, sie würden Zitate aus dem Zusammenhang reißen, ist darin selbst ein wahrer Meister. Er zitiert den scheinbar völlig harmlosen Satz: »Wie geht es weiter? Es wird - unabhängig von ihrem (der Antizionismus-KritikerInnen) Abtritt - notwendig bleiben, die Erforschung geschichtlicher Ereignise so genau wie möglich zu betreiben, die Geschichte nationalsozialistischer Eroberungspolitik genauso wie die rassistischen und kolonialistischen Strukturen eines Staates wie Israel (Entstehungsgeschichte inbegriffen), sich mit den nach vorne drängenden rassistischen und nationalistischen, aber auch frauenfeindlichen Strukturen zu befassen und - daraus die möglichen Konsequenzen zu ziehen...«, um dann zu behaupten: »Die Konsequenzen hatten also recht wenig mit den RadiobesetzerInnen zu tun«. Im fraglichen Text aber findet sich zuvor u.a. folgender Absatz: »Was sie]die KritikerInnen nicht begreifen wollen (oder können): daß sich geschichtliche Klärungen nicht per endgültiger Definition abstimmen lassen; daß nicht sie diejenigen sind, die sich zum Meinungsmonopol ‘deutscher’ Verarbeitung erklären können - schon gar nicht, wenn ihnen jegliche fundierte und inhaltlich gestützte Auseinandersetzung abhanden gekommen ist. Wenn sie in Radiosendungen, in öffentlichen Diskussionen einen - und das ist nicht einmal untertrieben - extrem rassistischen und arroganten Schwung erklingen lassen, der schaudern läßt. Deutsche Überheblichkeit? Eine deutsche und nationalistische ‘Logik’, die sich auch nicht zu dumm ist, Ausbeutungskategorien über Bord zu werfen (vgl. Bruhn in Arbeiterkampf, Juni 1991), die kolonialistische Eroberungsfeldzüge unter den Tisch diskutieren wollen, die HERRschaft nicht mehr zur Kenntnis nehmen wollen (sondern sie hinter allgemeinen Warenstrukturen unkenntlich machen möchten), eine elitäre Dreistigkeit, die ihresgleichen sucht.«

Hier wird also explizit der Zusammenhang zwischen Rassismus und den RadiobesetzerInnen hergestellt und exakt in diesem Zusammenhang steht der von Spies zum Beweis des Gegenteils zitierte Absatz. Die Krönung kommt aber noch, Spies behauptet, der Zusammenhang mit der Erklärung des (tödlichen) Anschlags gegen den Berliner Stadtplaner Klein sei völlig aus der Luft gegriffen. Wie aber erklärt er sich wohl die Bedeutung der ebenfalls verschwiegenen Anmerkung in Klammern, die auf den von ihm zitierten Absatz folgt? Dort heißt es: »In dieser Ausgabe sind genügend Ansätze enthalten, was mit diesen Konsequenzen gemeint sein kann.« Und »diese Aufgabe« besteht zu ca. 40 % aus Bekennerbriefen (und einer Anleitung zur Herstellung von Buttersäure), in denen es unter anderem gegen »staatsschutzpropaganda« - die RadiobesetzerInnen wurden während der Besetzung u.a. als »Staatsschutzlinke« beschimpft , »völkisch-rassistisches Treiben«, »großdeutschen Führungsanspruch«, den »umfassenden Angriff der HERRschenden auf die proletarischen Bevölkerungsschichten« usw. usf. geht.Dies ist der Zusammenhang des fraglichen Textes, und seine Verfasser sind natürlich reine Unschuldslämmer.

Dierk Spreen

Freiburg

Das Eine

KONKRET 9/91: »Deutsche Liebe« von Thomas Ebermann

Sir - Was haben Sie mit dem folgenden Satz (dritte Spalte, vorletzter Absatz) sagen wollen? Originalzitat in (O):

(O) »Die Westdeutschen kennen sich viel zu gut, um niemandem geglaubt zu haben, bei dem ganzen Zauber in (Ost-)Berlin, Leipzig und an der ungarischen Grenze gehe es um Meinungs- und andere Freiheiten.«

Ich denke, Sie wollten eigentlich (a) oder (b) sagen:

(a) Die Westdeutschen kennen sich viel zu gut, um jemals (oder irgendjemandem) geglaubt zu haben, ...

oder auch (b) Die Westdeutschen kennen sich gut genug, um niemandem geglaubt zu haben, ...

Stimmt's?

(a) und (b) sind logisch äquivalent nach dem Gesetz der dualen Operatoren (das ist die Beziehung zwischen den kursiven Bestandteilen in den beiden Sätzen) und treffen wohl das, was Sie sagen wollten. Wie Sie es in (O) formulieren, kommt genau das Gegenteil dessen raus, was Sie offenbar meinen, nämlich - als negationsfreie Paraphrase - »Die Westdeutschen kennen sich viel zu gut, um immer zu bezweifeln, ...«. Ihre Formulierung ist die falsche Mischung aus den zwei korrekten Versionen - wie Sie an der Hervorhebung in (a) + (b) erkennen können.

Sie mögen das pedantisch finden, es ist aber nur das, was halt die Regeln der deutschen Grammatik (und der Grammatik anderer Sprachen) so an Präzision erfordern. Wenn Sie es nicht glauben, fragen Sie doch Ihren verantwortlichen Herausgeber, der sich so gern (und in vielen Express-Notizen durchaus überzeugend) mit Karl Kraus messen läßt. Diese Hommage mußte ich mal anbringen.

Trotzdem auch Ihnen freundliche Grüße

Ewald Lange, Bergische Universität,

Sonderforschungsbereich 282,

Theorie des Lexikons, Wuppertal

Dreist

KONKRET 9/91: »Beim Bau der Mauer« von Eckard Voss

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Schaum vorm Mund beeinträchtigt gelegentlich die Wahrnehmung. Die von Herrn Voss aufgestellte Tatsachenbehauptung, in Niedersachsen habe ein grüner Minister »einen Aufnahmestopp für Asylbewerber« verfügt, ist falsch.

Richtig ist vielmehr, daß aufgrund eines erheblichen Zuwachses an direkt antragstellenden Flüchtlingen in Niedersachsen, in den zentralen Anlaufstellen (ZAST) des Landes unzumutbare und inhumane Zustände einzutreten drohten. Diese bittere Realität vor Augen hat der Grünen-Minister die vorübergehende Schließung der ZAST für Direktzugänge verfügt und die Landesregierung die Kommunen verpflichtet, Flüchtlinge solange unterzubringen, bis sie in einem geordneten Verfahren nach und nach in die ZAST abberufen werden. In Niedersachsen wird kein Flüchtling abgewiesen, sondern selbstverständlich jeder Asylantrag behandelt.

Diese im Interesse der Flüchtlinge liegende und ihre Rechte im Verfahren sichernde Maßnahme in eine Reihe mit der in Bremen praktizierten Rechtsverweigerung durch den dort tatsächlich vollzogenen Aufnahmestopp zu stellen, ist schon ziemlich dreist. Die Frage läge doch viel näher, ob nicht die Überlastung der niedersächsischen Anlaufstellen mit der Vertreibungspolitik in den Nachbarländern zu tun haben könnte. Aber das hätte das Vorurteilskorsett des Herrn Voss wohl zu sehr strapaziert.

Jürgen Trittin

Niedersächsischer Minister für Bundes- und

Europaangelegenheiten, Hannover

Nationalstaatler

KONKRET 8/91: »Die Seele eines Truthahns, Bspw.« Filmbesprechung von Dietrich Kuhlbrodt

Es freut mich, daß Dietrich Kuhlbrodt Emir Kusturicas Film »Dom za vesanje« (»Ein Heim zum Aufhängen«, hiesiger Verleihtitel »Time of the Gypsies«) gefällt. Jedoch frage ich mich, wie er auf die Idee kommt, die Roma (oder Sinti?) als »slowenisch-kroatisch« zu bezeichnen. Ist es der Ausdruck der selbstbestimmten Logik »Slowenen und Kroaten werden unterdrückt, also können die Roma nur slowenisch-kroatisch sein«? Der Film wurde zum größten Teil in Skopje, Mazedonien, gedreht. Auch die Filmhandlung spielt im Süden Jugoslawiens. Zudem ist »Dom za vesanje« der erste mir

bekannte Spielfilm, in dem eine Zigeunersprache gesprochen wird. Diese Tatsache, nicht nur der Krieg oder der ökonomische Kollaps in Jugoslawien, würde es Emir Kusturica wahrscheinlich unmöglich machen, seinen vor drei Jahren gedrehten Film jetzt in z.B. Kroatien zu verwirklichen: So hat das neue kroatische Filmförderungsgesetz die kroatische Förderung kroatischer Kultur zum kroatischen Ziel. Die völkischen Nationalstaatler von Beograd bis Ljubljana zerstören eine jugoslawische Kultur, deren Reichtum und Vielfalt Emir Kusturicas wundervolle Arbeit möglich gemacht hat.

Branislav Popadic

München

Konkret 10/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Viertes Reich, fünfter Gang

»Irgendwelche Reminiszenzen« halte er im »Jahre eins« nach der Wiedervereinigung für nicht mehr in die politische Landschaft passend.
Wolfgang Bötsch, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, laut dpa auf die Frage, ob es nicht Gründe für eine Zurückhaltung Deutschlands im jugoslawischen Krisengebiet gebe

Wer zu spät kommt... Daß ein Volk, dessen Blitzkrieg unübersetzt in die Wörterbücher der Nachbarn eingegangen ist wie the kindergarten und le berufsverbot, sich das nicht zweimal sagen lassen würde, war vorauszusehen. Und doch hat wohl keiner seiner näheren und ferneren Nachbarn für möglich gehalten, daß die Deutschen ab sofort Politik als Fortführung ihrer unübersetzbaren Autobahn mit anderen Mitteln betreiben würden: ohne jedes Tempolimit, nichts achtend als das eigene Vorankommen, ohne Rückblick in den Spiegel, und der übrigen Welt, so sie dem Hupen und Auffahren nicht weicht, mit der Faust drohend oder den Vogel zeigend.

Das Vierte Reich gibt Vollgas. Der Sowjetunion schreiben seine Politiker täglich dreimal vor, in welche Portionen sie sich zu zerlegen und welche Gesetze sie sich zu geben hat. Japan und die USA, die das Deutschland-Magazin »Spiegel« en passant »innen- und finanzpolitisch verrottet« nennt, bekommen täglich dreimal gesagt, wie sie den Wandel in Osteuropa zu verstehen und was sie dafür zu bezahlen haben, da die Deutschen wegen der Hilfe für die Landsleute »an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sind« und die letzten paar Mark für Infrarot-Nachtsichtgeräte und Hubschrauber zur Sicherung der Ostgrenze gegen Asylantenpack zusammenkratzen müssen. Den Westeuropäern aber bläst ein multimedialer Spielmannszug den Marsch, an dessen Spitze, als Tambourmajor, die »Frankfurter Allgemeine« den Takt angibt:

An der Katastrophe haben der holländische Außenminister van den Broek und seine Mitarbeiter maßgeblichen Anteil... Von Anfang an haben sie sich derart einseitig auf die Seite der Gegner selbständiger jugoslawischer Teilstaaten gestellt, daß sich ernsthaft nach der Ermächtigung für ein solches Handeln fragen läßt. Man vermutet, der »jugoslawische Integralismus« der Holländer sei mit den Vereinigten Staaten abgestimmt... Wird der Alleingang der Holländer und ihrer Verbündeten in der EG nicht bald gestoppt, können die Folgen auch für die Gemeinschaft schwerwiegend sein... Neben den Holländern bestehen (auf der Bewahrung Jugoslawiens) besonders ausdrücklich die Spanier und die Briten, teilweise auch Italiener und Franzosen... Die deutsche Politik hat sich allzulang einer aktiven Minderheit innerhalb der EG gebeugt.

Engländer, Franzosen, Holländer, Italiener und Spanier, mögen ihnen auch die verrotteten Amis beistehen, sind eine Minderheit in der Europäischen Gemeinschaft - gegenüber einer deutschen Mehrheit, die sich lang genug gebeugt hat und deren Leitartikler keiner Gleichschaltung bedürfen, um wie im Traum das treffende Wort zu finden: Ermächtigung. Wie, die Franzosen erlauben sich, Zicken zu machen? Den entsprechenden Auftrag erledigen Springers »Hamburger Abendblatt« und Bertelsmanns »Spiegel« Schulter an Schulter:

Mitterrand sieht sich auf der Verliererstraße. Erfolglos hatte er sich gegen das Tempo bei der Vereinigung Deutschlands gestemmt... Mitterrand ist der politische Kompaß abhanden gekommen. Bei der deutschen Wiedervereinigung, beim Putsch der Moskauer Betonköpfe, in der Jugoslawien-Krise - er steuerte immer den falschen Kurs... »Ewig steht der Präsident mit dem Fuß auf dem Bremspedal«, kritisierte Libération, »um den rasanten Lauf der Geschichte zu mildern.« (»Libération«, die einzige publizistische Zeugin des »Spiegel«, ist das französische Vorbild der Kinder-»FAZ«.)

Gebremst wird nur für Tiere. Wenn Letten, Litauer und Esten, einst die besten Kumpane deutscher Nazis beim Schlachten roter Schweine, unabhängige Staaten ausrufen, um sogleich ihre NS-Verbrecher zu rehabilitieren und die Vertreibung der russischen und polnischen Minderheiten vorzubereiten, scheißt das Vierte Reich im Jahre eins auf Reminiszenzen und beeilt sich, zwecks Erneuerung »traditionell enger Beziehungen« noch vor den Russen und den Amerikanern seine Botschafter an die Front zu schicken, darunter, wie in allen Blättern und auf allen Kanälen gelobt wird, zwei Angehörige »alter baltendeutscher Familien«, einen Herrn von und einen Grafen.

Wenn die Russen Leningrad in St. Petersburg umbenennen, hält sich die deutsche Presse für ermächtigt, Kaliningrad sofort in Königsberg umzutaufen, und eins der gleichgesinnten Blätter konstatiert, zwanzig Jahre nach dem Moskauer Vertrag, unbefangen und unwidersprochen, daß »Ostpreußen seit 1945 unter sowjetischer Verwaltung steht«. Wenn am Brenner südtiroler Lodengruppen aufmarschieren, nennt die »Zeitung für Deutschland« deren Führerin Eva Klotz »die Tochter des legendären Freiheitskämpfers der sechziger Jahre«, als hätte das Alto Adige in den Sechzigern unter einem blutigen italienischen Diktator gelitten und nicht unter deutschvölkischen, von alten österreichischen und reichsdeutschen Nazis finanzierten und bewaffneten Terrorbanditen.

Und wenn, wie die nördlichen, auch die alten südöstlichen Verbündeten des Dritten Reichs dort weitermachen wollen, wo ihre Väter und Großväter aufgehört haben, entzieht der Herausgeber Reißmüller ihren früheren und künftigen Opfern den Arier- bzw. Europäerausweis: »Jugo-Serbien ist eine gänzlich uneuropäische Macht. In der heutigen Staatenwelt ähnelt ihm am ehesten der Irak; die serbischen... Führer haben zur Wahrheit ein orientalisches Verhältnis. Deshalb darf für Serbien auf alle absehbare Zeit kein Platz in der Europäischen Gemeinschaft sein.«

Aktuelle Rassenkunde. Keiner widerspricht, was hier steht, steht auch dort, und nur Art und Häufigkeit der Satzfehler und syntaktischen Havarien zeigen an, ob man in der Allgemeinen, der Rundschau oder der Alternative blättert. Und wie stets suchen sie die Defekte des eigenen Kollektivs einem Gegner anzudichten:

An der Propagandafront konzentrieren die Serben ihren Haß jetzt ganz auf die Deutschen... Der antideutsche Sturmlauf offenbart den Informationsrückstand einer Nation, deren Weltbild jahrzehntelang durch staatliche Desinformation geprägt wurde. Mitteleuropa ist für die Mehrheit der Serben ein von den Deutschen kontrollierter Machtblock, der nach der Herrschaft über ganz Südosteuropa giert.

So sehr kann monatelanger Einsatz an der Propagandafront verblöden, daß der Redakteur des »Spiegel« es nicht mehr merkt, wenn er den Mond zur beleuchteten Scheibe erklärt. Was die staatlich desinformierte Mehrheit der Serben glaubt, glaubt freilich nicht sie allein, denn ein paar Absätze später ist der Mond, ohne daß es dem Redakteur auffiele, wieder eine Kugel:

Umsichtige nichtdeutsche Journalisten bekleben neuerdings die Windschutzscheiben ihrer Mietautos mit den Kennzeichen-Kürzeln ihrer Heimatländer - um nicht für Deutsche gehalten zu werden.

Sie scheinen es nicht zu merken, daß die Welt, die ja vorläufig leider zu größeren Teilen noch von Nichtdeutschen bevölkert bleiben wird, nach nur wenigen Monaten Viertem Reich die deutschen Einheitsjournalisten so satt hat wie die Regierungen in Washington, London, Paris, Den Haag, Brüssel, Rom und Madrid den sächsischen Praeceptor Hans-Mundi Genscher, jenen bei den Deutschen derzeit beliebtesten Politiker, dessen allgemeine Unbeliebtheit außerhalb der Landesgrenzen jüngst sogar dem Redaktionsatlantiker der »FAZ« aufgefallen ist: »Der Bonner Außenpolitiker glaubt, besser als alle anderen Verbündeten zu wissen, wie man die Sowjetunion behandeln muß, und wird dabei zum Zensor der Verbündeten, der mit kleinen, versteckten Hieben dazu beiträgt, daß sie ihm nicht trauen, selbst da, wo er es verdiente.«

Keiner traut ihnen, und keiner traut sich, es mit dem erwachenden Deutschland sich zu verderben. Die Regierungen im Osten wollen und können keine Mark (die sie nicht kriegen werden) riskieren, die im Westen fürchten, die ökonomischen Folgen ihrer Kritik könnten »schwerwiegend« sein.

So könnte es denn geschehen, daß die Welt ihre bekannte Entschlossenheit, aus der Geschichte nichts lernen zu wollen, so weit treibt, daß sie den Deutschen mit ihrem Vierten Reich eine dritte Chance gibt.

Konkret 10/91, S. 11

Jan Philipp Reemtsma

Rückwärts und vergessen
Eigentlich nichts passiert

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Man könnte sagen, daß eigentlich nichts passiert sei. Wenn die Moskauer Putschisten das letzte gewesen sind, was das Regime noch aufzubieten hatte, um sich zu halten, dann wäre es mit ihnen so zugrundegegangen, wie es ohne sie zugrundegegangen ist. Hatten sie nicht versichert, sie wollten alles genauso machen wie die von ihnen dann doch nicht nachhaltig Verhafteten, nur ein wenig zentraler und ein wenig patriotischer? Die Transformation der UdSSR von einer nominalsozialistischen Diktatur in 1, 2, 3... viele Wirwerdeneserleben, ist durch die August-Ereignisse nicht aufgehalten, und, wie ich vermute, nur kurzfristig beschleunigt worden.

Interessanter aber als diese Episode sind die westlichen Reaktionen auf sie. Die verbliebenen zwei Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland, hatten nichts eiliger zu tun als (Österreich ex-, die BRD implizit) das Putschistenregime, dessen Sieg man für gesichert hielt, in ersten Verlautbarungen anzuerkennen. Erst die zögerliche Haltung der USA brachte wenigstens die BRD wieder auf Gorbatschow- (dann Jelzin-)Kurs. Allerdings hört man seitdem die ständig wiederholte Formel, kosten dürfe das alles nun aber nichts mehr. In dieser Hinsicht scheint es einen gewissen Konsens zu geben. Da aber liegt das künftige Problem des sogenannten Westens: Um die ehemalige UdSSR zu einem interessanten Güter- oder Kapitalexportmarkt zu machen, muß zuvor so viel investiert werden, daß es nur staatlich aufgebracht werden und die jeweiligen hilfsbereiten Volkswirtschaften selbst in ernste Schwierigkeiten bringen kann. Mit diesen wirtschaftlichen und politischen Problemen fertigzuwerden trauen die »westlichen« Regierungen, zur Zeit jedenfalls, weder sich selbst noch ihren »östlichen« Partnern zu. Ein Putsch hätte die Angelegenheit erstmal auf Eis gelegt.

Die USA konnten differenzierter reagieren, zumal für sie der Zerfall der ehemaligen UdSSR in weit geringerem Maße sich als ein Problem ökonomisch wie politisch darstellt, das von ihnen (mit)»gelöst«werden müßte. Alles Weitere ist Spekulation, da niemand weiß, wie das Gefüge der politischen Kräfte in den Staaten der ehemaligen UdSSR wirklich ist. Daß das Gerede von der »friedlichen Revolution« Unsinn ist, ist offensichtlich, da wir keine Erhebung mit irgendeinem Ziel erleben, sondern den erstaunlich schnell vonstatten gehenden Kollaps eines Machtgefüges, an dessen Restabilisierbarkeit nicht einmal mehr die geglaubt haben, die angetreten waren, es zu retten.

Darum ist aber auch die reziproke Haltung »Man werde noch sehen, was die sich da eingebrockt haben« Unsinn. Denn da hat nicht jemand mutwillig an irgendetwas herumgefummelt, und nun ist es kaputt, und das Chaos kommt, und das haben wir nun davon. Solche Haltung teilt mit den Reformversuchen Gorbatschows die Illusion, der sowjetische Machtapparat wäre reformierbar gewesen (und daß es in der SU Sacharow und in der DDR Bohley gewesen wären, die die Systeme ins Wanken gebracht hätten, hieße doch wohl den Satz, es seien die Individuen, die die Geschichte machten, zu arg zu strapazieren). Im übrigen ist es klar, daß die gegenwärtigen weltpolitischen Umbildungen oder -stürze Risiken entbinden, die schon deshalb so zahlreich sind, weil wir sie nicht zählen können. Aber auch wenn man es für wahrscheinlich hält, daß eine Zeit von Nationalitäten- oder sagen wir besser tribalistischen Konflikten von Kroatien bis Aserbeidschan auf »uns« (aber doch wohl nicht in erster Linie) zukommt, läßt aus dieser Wahrscheinlichkeit sich keine Miene rechtfertigen, die dem zusammengekrachten Regime auch nur eine Träne nachweint.

Ob man das tut oder nicht, ist fürs Weltgeschehen im allgemeinen und für die Politik der und in der BRD sowieso ohne Belang. Ob man meint, die Erfüllung des Wunsches nach »friedlicher Revolution« ausgerechnet im Angesicht von Jelzin oder Landsbergis gespiegelt zu sehen, oder ob man meint, die Menschen zwischen Elbe und Lena gehörten auf den Hut gehaut, damit sie erträglich blieben das alles bleibt bloße Meinungsäußerung, Frühschoppen. Die politische Analyse ist ja auch nicht ganz leicht, und ich wäre der letzte, der sich hier aufspielen wollte. Nur auf einen Umstand möchte ich aufmerksam machen. Die Augusttage in Moskau und Leningrad waren voller Inszenierungen. Ich meine nicht nur das Denkmäler-Stürzen, das gehört sich fast so, und ich meine auch nicht die wohl bevorstehende Beerdigung von Lenins Leiche. Das alles ist Teil einer Theatralik, die man rund um die Welt kennt und betreibt. Daß man sich an den Namen »St. Petersburg«, ganz ohne Umweg über das »Petrograd«, wird zu gewöhnen haben, ist allerdings etwas anderes als wieder »Chemnitz« zu sagen in letzterem Fall ist nichts als eine sprach- und sachwidrige Albernheit korrigiert worden. Nein, wie

bewußt die Inszenierungen ins Werk gesetzt sind, kann man an der Versiegelung der Tür des ZK der KPdSU sehen. Diese Handlung sollte die Geste der Rücknahme der Oktoberrevolution sein. Man erinnere sich: Das Zerbrechen des Siegels vor den Redaktionsräumen der zwischenzeitlich in »Arbeiterweg« umbenannten »Prawda« ist die Initialgeste gewesen, mit der »die Oktoberrevolution« begann.

Man sollte solche Inszenierungen nicht belächeln und meinen, die schmucklosen Taten tätens auch. Das wäre vielleicht der Fall, wenn in einer Handlung Absicht, Einsicht und Resultat zusammenfielen, aber das ist nicht die Regel. Andererseits fallen Handeln und sich-darüber-Verständigen nicht auseinander, sondern oft ist eine menschliche Handlung, von einem individuellen oder kollektiven Akteur unternommen, auch gleichzeitig der Versuch, mit oder in ihr sich anderen, doch vor allem sich selbst verständlich zu machen. Solche Selbstverständigungsversuche können mißraten dann, wenn ihnen etwas entgegengesetzt werden kann. Der Sturz der Vendôme-Säule taugte nicht viel gegen das preußische Militär. Aber die Moskauer und St. Petersburger Inszenierungen sind nichts, wogegen irgendjemand etwas Nennenswertes aufzubieten hätte. Lenin hat weniger Divisionen als der Papst. Das ist eine Tatsache, und darum ist das Symboltheater kein Theater, sondern der tatsächliche Widerruf der Oktoberrevolution, und mehr.

Man kann natürlich sagen, eine »Linke« habe es immer gegeben und werde es immer geben, solange es eine »soziale Frage«gebe. Na gut. Eine »Linke« wäre dann eine mehr oder weniger große politische Kraft, die im Zweifelsfall für »mehr soziale Gerechtigkeit« ist. Nur ist eben gerade zwischen einer »Rechten«, einer »Linken«, einer »Mitte« umstritten, was »gerecht« sei. Kaum einer tritt für Ungerechtigkeit ein, und die Tradition, politische Ordnung mit dem Begriff der Gerechtigkeit zu verbinden, reicht zurück bis Platons »Staat«. »Die Linke« als ein historisches, d.h. reales und nicht den Phantasien ihrer Angehörigen überlassenes Phänomen, datiert von der Wendung, die das jakobinische Programm politischer Gleichheit nahm, als ihm nachgewiesen wurde, es sei nichts ohne soziale Gleichheit. Nur in diesem Kontext erhält der Begriff »soziale Gerechtigkeit« einen spezifisch »linken« Sinn.

1789 war das Datum, das symbolisch steht für den Kampf um politische, 1917 für den um soziale Gleichheit. Der weltweit widerspruchslose Widerruf dieses Symboldatums markiert das Ende der Linken, so wie der Gerichtsvollzieher nach längst erfolgtem Bankrott noch ein erschwindeltes Signet aus dem letzten Register streicht, aber dann erst ist die Firma perdu.

Nein, wir wollen nicht darüber streiten, wann, wo, warum sie denn das Zeitliche nicht einmal segnete. Vielleicht nur: Jetzt ist jemandem der letzte Vers der Grabinschrift eingefallen oder auch bloß der Punkt nach dem letzten Satz. Und darin liegt die weltpolitische Bedeutung dieser Augusttage, nicht daß irgendeine Realität sich nicht mehr auf den Beinen halten konnte, sondern daß die politische Alternative zu 200 Jahren Menschheitsgeschichte so verschwand, wie es ihre Gegner höhnisch prophezeit hatten: nicht mit einem Knall, sondern mit einem Winseln, und in Gestalt von Kanaillen, die sich dieser politische Traum, als er noch bei Sinnen war, nicht einmal im Albtraum hätte einfallen lassen.

Jan Philipp Reemtsma debattierte in KONKRET 5/91 über den »Bankrott der Linken«

Konkret 10/91, S. 12

Georg Fülberth

Rückwärts und vergessen
Ein doppelter Nachruf

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

I.

Die Männer des Staatsstreichs hatten richtig erfaßt, daß Gorbatschow amEnde war, doch sie verkannten, daß Jelzin noch ganz am Anfang steht, solange zumindest große Teile der städtischen Bevölkerungen im europäischen Teil der bisherigen Sowjetunion unbändig den Kapitalismus wollen. Insofern kam die Aktion entweder sechs Jahre zu spät oder eine unabsehbare Zeitspanne zu früh. Ihre Raison hätte zum gegenwärtigen Zeitpunkt allenfalls darin bestehen können, daß in der UdSSR wie wohl zur Zeit auch in China der Kapitalismus sich besonders flott unter einer Diktatur einführen ließe. Doch dies wollten die Acht nicht. Übrig blieb die Professionalität eines Personals, das den Krieg in Afghanistan verloren hat und nicht imstande war, die Landung des Piloten Rust auf dem Roten Platz zu verhindern. Ob jene besorgten acht Familienväter tatsächlich die Urheber des Unterfangens sind, für das sie jetzt verantwortlich gemacht werden, ist nicht sicher. Der Vorgang erinnert an den 25. November 1975 in Portugal, als ebenfalls ein »Putsch« zur Legitimation der endgültigen Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse herhalten mußte. Eine Provokation darf in beiden Fällen vermutet werden.

II.

Jelzin ist im Ergebnis des Putschs endgültig etabliert, Gorbatschow abgestuft, der Einfluß der USA in der bisherigen Sowjetunion (vor allem in Rußland und in den baltischen Staaten) zu Lasten der BRD gestärkt, die KP erledigt. Die »partners in leadership« teilen sich zwar den Nachlaß des Realen Sozialismus, aber sie konkurrieren doch auch. Vom 19. August an agierte aus der Ferne Bush sehr deutlich in Moskau, und er wurde dort akzeptiert: Rußland war Chefsache. Zugleich signalisierten die USA der EG, sie solle sich lieber mehr um Jugoslawien kümmern. Gorbatschow, Kohls Klient auf dem Londoner Gipfel, war nicht nur ein Opfer seines »Demokratischen Sozialismus« und des Staatsstreichs, sondern auch der Vereinigten Staaten, die ihn nach seiner entente cordiale mit dem Bundeskanzler im Sommer 1990 wohl doch etwas aufmerksamer geworden mit seinen Hilfeersuchen hatten ins Leere laufen lassen. Mag sein, daß die verstärkte US-amerikanische Präsenz auch ein Gegengewicht gegen die BRD ist. Nach dem Golfkrieg wäre das dann der zweite Streich gewesen: eine Variante imperialistischer Politik, welche einer anderen nämlich der deutschen die Vorfahrt nimmt.

Die Annahme, Rußland werde eine Art europäisch-asiatisches Brasilien werden, ist vielleicht vorschnell. Denkbar ist auch, daß es zu einer kapitalistischen Großmacht mit fundamentalistisch-völkischer Ideologie aufsteigt, seine westlichen Paten abschüttelt und nach ein paar Generationen politisch, ökonomisch und militärisch über den Bereich der ehemaligen Sowjetunion hinaus hegemoniefähig wird. Da hier nicht gehofft und gefürchtet werden soll, bleibt diese Vermutung ohne Werturteil. Gegenwärtig ist Jelzin in Rußland Ausdruck des Volksempfindens, man hätte es ohne die anderen Republiken viel weiter bringen können. Die demonstrative US-Orientierung hat allerdings zumindest im August 1991 an der Spitze den in den Massen offensichtlich stark verbreiteten Antisemitismus nicht sichtbar werden lassen.

Spekulationen über eine »Neue Weltordnung« nach dem Kalten Krieg hantieren gern mit der »Triade«: mit der Dominanz der Zentren USA, EG, Japan. Die ehemalige Dritte Welt spielt dabei keine Rolle mehr. Ob ein kapitalistisch dynamisiertes Rußland hier einfach weggedacht werden kann, erscheint zweifelhaft. Zusammen mit der Ukraine verfügt es über alles, um zu einem vierten Ausbeutungszentrum zu werden, auch über ausreichende Hinterhöfe.

III.

Die Abschaffung der KPdSU geht insofern in Ordnung, als eine Partei, die sich per Dekret »suspendieren«, in einigen Republiken sogar ohne Mucks verbieten und sich im übrigen durch ihren bisherigen Generalsekretär einfach wegschicken läßt, nichts Besseres verdient. Offensichtlich existierte sie in den letzten Jahrzehnten nur noch durch ihre Identität mit dem Apparat eines Staates, der jetzt zu bestehen aufhört. Sie wird kaum die Kraft haben, eine Oppositionsbewegung zu werden. Die aus den alten Macht- und Sozialstrukturen sich rekrutierenden Proto-Bourgeoisien der neuen Nationalstaaten, die sich

jetzt bilden, handelten durchaus konsequent, als sie die KPdSU verboten: Diese ist für sie die Partei eines fremden Landes, nämlich der Sowjetunion. Selbstverständlich ist das zugleich ein klassisches McCarthy-Argument. Es wird nicht nur in den baltischen Staaten angewandt, sondern auch in Rußland: da dieses nicht mit der UdSSR identisch ist, ist eine Kommunistische Partei der Sowjetunion für den neuen Staat eine hochverräterische Organisation. Das gilt sogar für die neue und kurzlebige »Kommunistische Partei Rußlands«: Sie verstand sich als oppositionelles Element innerhalb der Gorbatschow-KPdSU, deren Führung schon die sozialistische Substanz aufgegeben hatte.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, vertreten in den verschiedenen Nationen eines einheitlichen Staates, war das, was von der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (KI) übriggeblieben war. Die verstand sich als eine Weltpartei, die einzelnen Organisationen in den verschiedenen Ländern in Deutschland zum Beispiel die KPD waren nur Sektionen. Als die KI 1943 aufgelöst wurde, blieb dieses Organisationskonzept in der KPdSU erhalten.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken war der erste internationalistische Staat der Geschichte. Er war auf Zuwachs angelegt: Neue Räte-Staaten konnten sich ihm anschließen. Hätten sich zum Beispiel 1919 die bayerische Räterepublik und die ungarische Räterepublik halten können, wären sie gewiß 1922, als sich Sowjetrußland mit anderen Ländern des ehemaligen Zarenreiches zur UdSSR konstituierte, deren Mitglied geworden. Nichts anderes hatte Thälmann mit Räte-Deutschland im Sinn. So sollte die Sowjetunion der letzte Staat überhaupt werden bevor im Laufe des revolutionären Prozesses jede Staatlichkeit entbehrlich werden (»absterben«) konnte. Auch Schrumpfung war möglich: Nach dem ursprünglichen Konzept konnten einzelne Republiken die Union auch wieder verlassen.

Doch das, was jetzt unter neuer Firmierung vielleicht entstehen wird, wird nicht mehr der einst geplante sozialistisch-internationalistische Staat sein. Nur als Modell des sozialistischen Internationalismus hätte die UdSSR mehr sein können als ein von den Zaren zusammengeraubtes und von Stalin arrondiertes Territorium. Dies setzte einen revolutionären Weltprozeß voraus, der Staatlichkeit zugleich beseitigt hätte. Damit war es bald nach der Gründung der Union schon vorbei, Mitte der zwanziger Jahre. Danach mußte sie zu einer ungeheuerlichen Staatsmaschine werden, durch welche die Partei lange vor ihrem formalen Ende im Innersten zerstört worden ist. Wer in den kapitalistischen Ländern danach noch Kommunist(in) wurde, tat dies in der Hoffnung, daß die alte Dialektik wieder freigesetzt werde. Ein Denken, das dieser Illusion nun ledig ist, wird an die Wurzeln gehen, welche die neue Welt mit der alten gemeinsam hatte. Zu seinem Programm kann die Frage gehören, ob das Problem nicht schon dort begann, wo Marx seine eigenen Voraussetzungen, Hegel und Ricardo, nicht gründlich genug umwälzen konnte und niemand sich gefunden hat, der es statt seiner getan hätte. Die Chancen dafür, daß dies noch gelingt, sind heute so gut und so schlecht wie sagen wir: 1840.

IV.

Die Kommunistinnen und Kommunisten im Westen, soweit sie sich nicht schon längst auf die eine oder andere Weise abgeseilt hatten, haben aus Gründen der Sekundärtugenden und der (wie sich zeigte: fehlschlagenden) Strategie an der UdSSR festgehalten, auch als es operativ sinnlos war und ihre Radikalität daran stumpf wurde. Das sind sie jetzt los, und es wird sich zeigen müssen, ob von ihrer bisherigen politischen Substanz mehr übrig bleibt als die Last, die von ihnen genommen ist.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 8/91 über Thomas Neumanns SED-Geschichte

Konkret 10/91, S. 14

Thomas Ebermann

Rückwärts und vergessen
Kein Lohn für Dissidenten

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Die ARD-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz zeigte sich entsetzt über die »hämische Demontage«,die Gorbatschow durch Jelzin und im Westen zu erfahren scheint. Sie pocht auf Würdigung seiner Verdienste: »Gorbatschow hat den kalten Krieg beendet. Welch einer Mühe bedurfte das! Denn man hat ihm im Westen ja lange Zeit nicht einmal getraut. Er hat der Sowjetunion in der Welt ein bis dahin nie dagewesenes Ansehen verschafft, er hat den Ostblock losgelassen und gegen alle Widerstände dafür gesorgt, daß ein vereintes Deutschland entstehen konnte.«

Mit anderen Worten: Wer vor der westlichen Welt militärisch und ideologisch kapituliert, verschafft sich bei ihr ein hohes Ansehen. Das gilt besonders für die Deutschen, denen die Einheit längst zu wenig, dafür aber »Königsberg« sicher ist. Aber, wird Frau Krone-Schmalz kritisch gefragt, hat dieser Gorbatschow nicht doch noch zuviel mit Sozialismus und Kommunismus am Hut? Keineswegs: »Er hat was ja bis heute absolut eine unorthodoxe Sache ist als Generalsekretär der Partei alles getan, um diese Partei zu entmachten.« Sie hat recht. Schon in der ersten Wochen seiner Amtszeit Helmut Kohl zu küssen und Lenin vom Sockel zu reißen hätte einige im KGB mißtrauisch gemacht, »so ist das stabiler! Wenn man es auf dem Jelzin-Wege gemacht hätte..., dann wäre das wackliger geblieben. Schließlich waren die Machtverhältnisse noch andere.« Auch Antje Vollmer meint, man dürfe Gorbatschow keine seiner sozialistischen Phrasen vorhalten, sondern müsse diese gerade als Ausdruck seinere klugen Taktik werten. Denn unbestreitbar sei, »daß dieser Putsch in der ersten Etappe der Perestroika todsicher gesiegt hätte und daß nur das hautdichte Dranbleiben Gorbatschows an diesem Parteiapparat die Zerrüttung der gewaltigsten Bürokratie-Maschine bewirkt hat, die die Welt bisher kannte« (alle Zitate aus »Freitag« vom 30.8.91).

Darf ich, der ich Frau Krone-Schmalz und Frau Vollmer zustimme, daran erinnern, wie sehr Gorbatschow unrecht getan wurde, als Linke ihm Absichten unterstellten, die er wahrlich nicht im Schilde führte?

· »Gorbatschows Verknüpfung von Plan, Markt, Partei, Räte ist das Beste, was kommunistische Theorie für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft zu bieten hat.« (Michael Stamm)

· »Der Sozialismus bricht langsam weg. So oder ähnlich lauten die Urteile... Diese existierenden Haltungen sind falsch und selbstgefällig... Heute, da die KPdSU Sozialismus auf der Grundlage vorhandener und nicht eingebildeter Mittel und Fähigkeiten der sowjetischen Gesellschaft zu gestalten versucht, funktioniert dieser (Selbst-)Betrug erfreulicherweise nicht mehr... Von der Sowjetunion lernen? Na klar.« (Michael Stamm)

· »In Wirklichkeit ist es doch so, daß ohne die Perestroika der Oktober 1917 nichts mehr in den Vergleich einzubringen gehabt hätte... Auf ganz andere Weise als einst Lenin, aber nicht weniger weltweit, wirkt Gorbatschow daher nach draußen... Nicht zuletzt für die Völker der sogenannten 3. Welt werden sich längerfristig neue Optionen auftun, wenn die Umgestaltung erst einmal greift. Für die sozialen Bewegungen aller Länder gilt: Nun ist die Möglichkeit wieder offen, Veränderung wieder denkbar geworden.« (W. F. Haug)

· Die zentrale Rolle, die das Konzept des Umbaus... in der Sowjetunion spielt, belegt die Fähigkeit der politischen Führung, ökonomische Fehlentwicklungen... zu erkennen und zu analysieren, ehe es zu... Einbrüchen kommt. Gegen... Fehlentwicklungen ist die Strategie der Beschleunigung und des Umbaus entwickelt worden... Ihr ökonomisches Potential sowie die völlig unzweideutige Loyalität der Menschen erlauben es ferner, die Verteidigungsausgaben im jeweils erforderlichen Maße zu erhöhen Die Fortsetzung des Wettrüstens wird... die kapitalistischen Länder in denen das Privateigentum... ökonomische Krisentendenzen bewirkt eher ruinieren als die sozialistischen...« (Jörg Huffschmid)

· »Gefragt ist (in der Sowjetunion) nicht mehr der moralisch hochstehende Kommunist, der sein persönliches Glück der Allgemeinheit opfert, sondern der glückliche Mensch, dem es gelingt, den persönlichen Eigennutz harmonisch mit dem gesellschaftlichen Interesse zu verbinden.« (Angelika Sörgel IMSF)

Um der falschen Idee vorzubeugen, die »linken« Gorbatschow-Apologeten seien auf ihn nur hereingefallen, will ich erwähnen, daß die Liebe zu Gorbatschow überwiegend keinem Mißverständnis geschuldet ist, sondern dem eigenen Wunsch nach Versöhnung mit kapitalistischen Verhältnissen und Lebensweisen. Gorbatschow diente der hiesigen Linken

als Befreier. Er bestätigte ihnen, daß die sowjetische Gesellschaft angeblich unter zuviel Egalität litt, sich also Leistung dort nicht gelohnt hätte. Niemand kann übersehen haben, was sein wichtigstes Anliegen war: »Perestroika ist die Stärkung der Disziplin und Ordnung... exakter Arbeitsrhytmus... Nutzung jeder Minute Arbeitszeit... Wir müssen in kurzer Frist den Welthöchststand bei der Produktivität der Arbeit erreicht haben.« Die Kehrseite dieses Ziels ist das ideologische Abkotzen auf Kranke, Schwache und jene, die sich dieser Tortur entziehen wollen und deshalb als Schmarotzer diffamiert werden. Dieselbe Aussage, nur wohlklingender, steckt übrigens in Gorbatschows Wort: »Politik muß durch die Priorität der gesamtmenschlichen Werte, statt durch Klasseninteressen bestimmt werden.« (Was das außenpolitisch bedeutet, exekutiert Gorbatschow gerade dieser Tage an Kuba, über das Jelzins Vertrauter, Oberst Sergej Juschenko, sagt: »Vielleicht würden wir dem kubanischen Volk den größten Dienst erweisen, wenn wir jegliche Zusammenarbeit mit dem Castro-Regime stoppen würden, so daß die Insel auf den Weg der Weltzivilisation zurückkehren könnte.«)

An dem gescheiterten Putsch wäre meine Kritik nicht, daß sein Gelingen dem Ansehen der Sowjetunion geschadet hätte. Auch für die Rückkehr Gorbatschows in sein Amt habe ich aus den dargelegten Gründen weder gefastet noch demonstriert. Das bringt einem meist die Unterstellung ein, man hielte es mit den Putschisten. Das verbot sich leider, weil die Putschisten und die jetzigen Sieger in zwei Fragen keine Differenz haben. Erstens sind beide der Auffassung, daß die SU sich dem Reglement von IWF und Weltbank unterstellen muß. IWF und Weltbank sorgen dafür, daß die verordnete Marktwirtschaft mit all den Opfer verursachenden Auflagen einherkommt, die wir aus anderen armen Regionen der Welt kennen.

Zweitens steht einem kursierenden Gerücht zum Trotz keine der beiden Seiten für Demokratie. Wem das Verbot der KPdSU nicht reicht, der muß etwas abwarten, oder einen Blick in die »Wirtschaftswoche« werfen. Dort schrieb ihr Herausgeber, Wolfram Engels: »Boris Jelzin wird also... einige Freiheiten beschneiden müssen«, weil bisher der Marktwirtschaft abträglich »Disziplin und Leistung (verfielen)«. Dasselbe hatte er schon von den Putschisten erwartet, aber Boris Jelzin könne das besser, weil seine Position so stark sei, »daß er da eine gute Chance hat, wo die meisten anderen scheitern müßten.«

Natürlich haben die gescheiterten Putschisten und die Sieger auch Differenzen. Sie beziehen sich auf die Frage, welches Personal mit welcher Ideologie, auf welcher sozialen Basis, gegen welchen inneren Feind diktatorisch regieren soll. Das gibt bei mir nichts her für eine Parteinahme.

PS zur PDS: Die PDS hat eine Dokumentation herausgegeben, weil im »Spiegel« zu lesen war, sie habe mit den Putschisten sympathisiert. Die Dokumentation beweist im großen und ganzen das Gegenteil. Sie beweist ferner, daß die PDS meint, Schuld an der Wirtschaftskrise seien die alten Strukturen und Stalinisten. Allerdings habe auch der Westen versäumt, beim Aufbau des Sozialismus zu helfen. Desweiteren erfahren wir aus der Dokumentation: Politische Probleme seien nicht mit militärischen Mitteln zu lösen, Gysi habe seinen Urlaub unterbrochen, wollte Gorbatschow besuchen, mußte es aber aus organisatorischen Gründen bei Glückwunschtelegrammen an Gorbatschow und Jelzin (»dieser Sieg wird stets eng mit Ihrem Namen verbunden sein«) belassen. André Brie findet es ungerecht, daß Kohl und Busch »die Gorbatschow-Anhänger in den eigenen Ländern ausgrenzen und verteufeln.« Mehr noch: »Ein Jelzin hätte hier in Deutschland wahrscheinlich ein Gerichtsverfahren oder zumindest Berufsverbot zu erwarten.« Das ist zur Hälfte Quatsch, denn die Protegés von Gorbatschow und Jelzin haben hierzulande die Staatsmacht; zur anderen Hälfte hat der Brie recht: Die Dissidenten werden in Deutschland wirklich schlecht entlohnt.

Thomas Ebermann schrieb zuletzt in KONKRET 9/91 über die Liebe der Deutschen zueinander

Konkret 10/91, S. 16

Rainer Bohn

Rückwärts und vergessen
Strieses Staatsstreich

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Es hat natürlich etwas Versöhnliches, den Abgang der Sowjetmacht von der historischen Bühne unter dem Gesichtspunkt der in diesem Prozeß offenbar werdenden Sanftmut zu betrachten; Gremliza hat das in KONKRET 9/91 getan. Statt - wie man erwartet hatte, besser: wie uns lange genug zu erwarten gelehrt wurde - dem Klassenfeind den Boden nur blutgetränkt und verbrannt zu lassen und die Vergeblichkeit von 73 Revolutionsjahren mit einer Vernichtungsagonie schlimmsten Ausmaßes zu quittieren - statt dessen also trollt sich die größte und mächtigste Kommunistische Partei mit einer provinztheaterreifen, eher mißraten erscheinenden Haupt- und Staatsaktion harmlos von der Szene. Das bringt ihr in der Stunde der Niederlage noch einen letzten Applaus: zeigt sich in ihrem Verzicht auf Rache und unnützes Blutvergießen doch jener Humanismus, in dessen Zeichen sie einmal angetreten war.

Mehr noch, es wird im Moment des Scheiterns jene friedliche und menschenfreundliche Utopie noch einmal erneuert, die den Kern der marxistischen Philosophie ausmacht und die durch die Bolschewiki zu Zeiten ihrer Macht so oft desavouiert worden ist. Und wir lernen, daß sie diese Utopie in der Vergangenheit nicht preisgegeben hatten, sondern sie zuweilen zu Verteidigungszwecken unfreiwillig und taktisch verraten mußten; ja uns drängt sich vielleicht gar der Gedanke auf, sie hätten ihre Macht doch robuster sichern sollen: vom Standpunkt des wahrscheinlichen Endes aus betrachtet, ist die praktische Antizipation einer friedlichen Welt unter den historischen Bedingungen ihrer objektiven Unmöglichkeit vielleicht schon zu weit gegangen und hat es ihren Gegnern allzu leicht gemacht, sie letztendlich zu erledigen.

Wir hätten es hier also mit einer klassischen Tragödienkonstellation zu tun: Aus dem Blickwinkel des unbeteiligten Betrachters scheint der Held ab einem bestimmten Punkt der Handlung stets das Falsche zu tun (Schürzung des Knotens), und erst in dem Augenblick, wenn sein Untergang besiegelt ist, offenbaren sich seine edlen Motive. Nun wird retrospektiv erkennbar, daß er seinen Weg in den Tod zwangsläufig und freiwillig wählen mußte, um seine Ideale zu retten, die mit dem tragischen Ende um so leuchtender hervortreten (Lösung des Knotens).

Wahrhaftig, es hat etwas Verlockendes, den Gang der Geschichte der letzten Wochen und Monate als Tragödie zu deuten; es wäre fast zu schön, um wahr zu sein. Und es ist auch nicht wahr. Vielmehr bestätigt der Ablauf der Dinge Marx' Erkenntnis, wonach eine Weltordnung wohl in Form einer Tragödie entstehen mag, aber in Gestalt einer Komödie zuende geht. Und analog zu seiner Hegel-Kritik, derzufolge Geschichte - wenn sie sich denn wiederholt - sich einmal als Tragödie und beim zweiten Mal als Farce ereignet, darf man heute getrost ergänzen: Eine Epoche mag von der ihr historisch folgenden in einer Tragödie abgelöst werden. Aber die Form, in der eine Epoche durch die ihr historisch voraufgegangene abgelöst wird, ist die Farce.

Da trifft eine - überraschend kleine - Gruppe von Mitgliedern einer Partei zusammen, in der mehr als 70 Jahre Revolutionserfahrung akkumuliert sind; und zwar nicht hinter den Ohren noch feuchte Komsomolzen, sondern Leute von gediegener Ausbildung und hinreichender politischer Praxis. Unter ihnen ausgewiesene Experten des militärischen Apparats des Landes, bei dem es sich um die mannstärkste Armee der Welt handelt, die über hochmoderne Waffen in geradezu unerschöpflicher Menge verfügt; des weiteren Männer mit vorzüglichen Kontakten zum einheimischen Geheimdienst, dem im In- und Ausland zumindest der Ruf vorauseilt, nicht völlig wirkungslos zu sein.

Diese Leute also vergessen die dringend indizierte Analyse des Kräfteverhältnisses, ignorieren die notwendige sorgfältige Planung einer Strategie und scheren sich einen feuchten Kehricht um Probleme der Taktik. Ihnen, die nach neuerer Sprachregelung »Konservative« - also Leninisten - sein sollen, entfällt pünktlich zum August 1991 alles, was sie bei Lenin hätten lernen können (und gewiß auch irgendwann einmal gepaukt haben). Sie inszenieren einen Staatsstreich, bei dem sie zwar den Präsidenten unter Hausarrest stellen, ansonsten aber weder die Exponenten der von ihnen angeblich bekämpften Fraktion behelligen, noch die Medien unter ihre Kontrolle bringen, noch die mit ihnen mutmaßlich sympathisierenden Bevölkerungskreise mobilisieren, noch strategisch wichtige Punkte des Landes militärisch kontrollieren. Hinsichtlich vieler Positionen dieser - noch erheblich zu verlängernden - Liste werden allenfalls zaghafte Ansätze erkennbar; bei den meisten Posten fehlt überhaupt jeder Versuch.

Dieser Staatsstreich, dessen Akteure sämtlich Striese zu heißen verdienen, endet nach zwei Tagen, ohne daß es größerer militärischer oder massenaktionistischer Maßnahmen bedurft hätte; er verpufft schlichtweg. Sein Verlauf macht jedermann deutlich, wie unzulänglich die populistische Politik des hausarrestierten Präsidenten der Union im Vergleich zur populistischen Politik des Präsidenten der größten Republik ist. Sein Ergebnis ist, daß die noch instabilen Zwischenresultate der Innen-, Ordnungs- und Wirtschaftspolitik Gorbatschows - etwa der unterschriftsreife neue Unionsvertrag - mit einem Schlag vom Tisch sind und Widerstände gegen den (auch und vor allem vom Westen gewünschten) »reformerischen« Modernisierungsschub rundum beseitigt werden können, gegebenenfalls mit gleichsam parafaschistischen Mitteln (etwa durch das Verbot kommunistischer Parteitätigkeit und kommunistischer Medien; man bedenke: in einem Land, das keine funktionierende repräsentativ-demokratische Parteienstruktur hat).

Die objektive Funktion des Staatsstreichs also ist, kurzfristig eine Komödie zu inszenieren, in der eine Rampensau wie Jelzin sich nach vorn spielen kann. Der tritt zwar in einem ganz anderen Stück auf, aber das macht nichts: das Rampenlicht ist sein, und die kurze Szene reicht ihm, alle anderen an die Wand zu spielen. Was wäre eine solche Inszenierung anderes als eine Farce?

Die Story paßt so gut zusammen, daß die Bushs, Majors, Jelzins, Havels, Pugos und sogar Gorbatschows dieser Welt sie gemeinsam ausgeheckt haben könnten. Also eine Verschwörung? Es kommt gar nicht darauf an! Geschichte wird - auch das sei jetzt nicht vergessen - nicht von Persönlichkeiten gemacht, nicht einmal von Verschwörern. Die Geschichte, wenn sie reif ist, sucht sich ihre Protagonisten. Tragische Helden - oder Strieses. Und am Ende einer Epoche halt die Strieses.

»Warum dieser Gang der Geschichte? Damit die Menschheit heiter von ihrer Vergangenheit scheide.«

Ach, Karl - heiter?

Rainer Bohn schrieb in KONKRET 2/90 über die ökonomischen Versäumnisse des Realen Sozialismus.

Konkret 10/91, S. 16

Winfried Wolf

Rückwärts und vergessen
Tertium datur

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

In entlarvender Übereinstimmung zwischen westlichen Bourgeois und östlichen Bürokraten wurde das gesellschaftliche System in der UdSSR als »sozialistisches« etikettiert, und, wie zur Verstärkung, als »real existierend« charakterisiert. Tertium non datur - eine überzeugende gesellschaftliche Utopie, ein Rückgriff auf den Begriff gesellschaftlicher Emanzipation, wie er bei den Frühsozialisten, bei den »Klassikern« Marx, Engels, Lenin, Luxemburg angelegt war, und wie er in den Revolutionen in Paris 1871 und in Rußland 1917 zumindest aufschien, sollte erst gar nicht in den Sinn kommen. Selbstbestimmung der Produzentinnen und Produzenten über ihr gesellschaftliches Produkt, demokratische Freiheiten, die weit über diejenigen hinausgehen, die die bürgerliche Revolution verheißen hatte, ein kontinuierlicher Abbau des Staates als Zwangsveranstaltung...; in der DDR, in der UdSSR, in der VR China war bzw. ist, wie Rudi Dutschke formulierte, »alles real, nur nicht der Sozialismus«.

Insofern war der Putsch nicht ein Projekt, den Sozialismus oder Bestandteile von diesem zu verteidigen, sondern lediglich der - in der VR China längst praktizierte - Versuch, mit diktatorischen Mitteln den Übergang von einer nichtkapitalistisch-marktwirtschaftlichen bürokratischen Gesellschaft in eine privatkapitalistisch-marktwirtschaftliche zu realisieren. Das »Handelsblatt« zeigte denn am 20. August, als die Putschisten Aussicht auf Machterhalt hatten, durchaus Verständnis: »Kann man sich im Osten in der schweren Übergangszeit überhaupt eine Demokratie nach westlichem Muster leisten? Das alte System durch eine Marktwirtschaft zu ersetzen, bringt große Lasten für breite Bevölkerungsschichten mit sich. Die Kosten der Reformen müssen... die Arbeitnehmer bezahlen.«

Es geht, wohlgemerkt, nicht um die Debatte, ob die Errichtung einer bürokratischen Diktatur in der UdSSR seit den dreißiger Jahren unvermeidbar war, wenn die bolschewistische Partei (und das, was aus ihr wurde) ihr Land vor einem Roll back bewahren sollte. Es geht somit auch nicht um die Frage, ob ein Abgang, wie er von den Sandinisten riskiert wurde, die bessere Lösung gewesen wäre: Abwahl der Bolschewiki 1921 oder 1928. Es geht um die Notwendigkeit, gerade am Ende des 20. Jahrhunderts, wo der Kapitalismus erkennbar dabei ist, die One World der Barbarei zu errichten, den Begriff der Emanzipation und die Inhalte der Utopie ‘Sozialismus’ zu verteidigen.

Dieser Streit ist nicht ganz neu. »Eine Volksfront kaum vorstellbarer Breite entfaltet sich vor unseren Augen. Raissa Gorbatschowa umarmt Aenne Burda... Franz-Josef Strauß bietet der Sowjetunion ‘umfassende Zusammenarbeit’ an... ‘Konkret’ präsentiert uns eine neue Ahnengalerie: Lenin/Gorbatschow/Ebermann und sieht den ‘Sozialismus unheimlich im Kommen’«. So schrieb ich vor vier Jahren (»SoZ« Nr. 5, v. 12.3.1987). Was allerdings nicht heißen soll, ich oder mein Verein hätten schlicht recht gehabt und uns beträfe darüber hinaus die Angelegenheit ‘Abgang des real existierenden Bürokratismus’ nicht. Diejenigen, die ihre »Realpolitik« und ihre komplette oder teilweise Gleichsetzung der sowjetischen Gesellschaft mit Sozialismus mit dem Satz verteidigen: »Was nach einem Abgang der in der UdSSR (Polen, DDR etc.) Herrschenden kommt, ist schrecklich«, hatten in ihrer Kritik an einer Position wie der meinigen dort recht, wo sie von »naivem Optimismus« und »blauäugigem Glauben an die Massen resp. Arbeiterklasse« sprachen.

Hoffnungen, nach dem Sturz der bürokratischen Despotie könne aus den Trümmern dieser Gesellschaft etwas anderes als die Despotie des Marktes erwachsen, erwiesen sich als falsch. Und es sind die Massen, die in großen Mehrheiten nur noch eine solche Perspektive erkennen können. Was allerdings auch systemimmanent erklärt werden kann: Jahrzehntelang wurden im Namen des Sozialismus Ökokatastrophen zu Nebenerscheinungen des Fortschritts erklärt, wurde der Ruin der Ökonomie als Perestroika verkauft, wurde das Leistungsprinzip propagiert (so daß der Ex-DDR-Wirtschaftslenker Mittag sich heute im »Spiegel« vorwirft, er habe zu spät das Profitprinzip in die DDR-Ökonomie einzuführen versucht) - auf einem solchen Nährboden gedeihen Zynismus, Apathie und die Zustimmung zu einer Ellbogengesellschaft, in der ein Teil der Gesellschaft seines Glückes Schmied und der Rest Amboß ist.

Betroffen schließlich sind wir alle. Wenn der Disput über den Charakter des niedergehenden sowjetischen Systems in einem Tenor geführt wird, demzufolge die richtige Definition vor Betroffenheit bewahre, dann ist er ebenso akademisch wie sektiererisch. Der Sieg des Westens über die Sowjetunion, die Errichtung einer One World, kontrolliert von der Bourgeoisie in den Metropolen, ist eine Niederlage der Linken insgesamt und kommt einer großen Verschiebung des

gesamtgesellschaftlichen, globalen Kräfteverhältnisse zugunsten von Bürgertum und Imperialismus gleich. Nur auf Grundlage einer solchen Analyse kann der notwendige Neuanfang im Engagement für gesellschaftliche Emanzipation und Internationalismus stattfinden und die gebührende Antwort auf die von Philipp Morris und Marlboro gestellte Frage »What is red?« gegeben werden.

Winfried Wolf ist verantwortlicher Redakteur der »Sozialistischen Zeitung« (»SoZ«)und Mitglied der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP)

Konkret 10/91, S. 18

Eric J. Hobsbawm

Rückwärts und vergessen
Apocalypse tomorrow

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Es mußte so kommen. Alle warteten darauf. Es ist kein Geheimnis, warum es passierte. Die einzigen wirklichen Fragen sind: War es nötig? Wenn ja, war es zu spät? Und auf jeden Fall: Was hätte irgendeine sowjetische Regierung tun können?

Die Gründe für den Putsch haben die Männer, die Gorbatschow stürzen wollten, genannt: Die Sowjetunion schliddert immer weiter in eine Katastrophe; vor allem aber drohte sie, auseinanderzubrechen. Von Anfang an war der Separatismus die Achillesferse der Perestroika. Nicht die Wirtschaftsreformen beunruhigten das alte sowjetische Establishment Armee, militär-industriellen Komplex, KGB, Innenministerium. Das Establishment hat die Reformen von Anfang an unterstützt, obwohl es wie jeder andere einsah, daß Gorbatschow sie verpfuscht hatte. Es ging um das Auseinanderfallen der Union.

Es gibt sehr wenige Beispiele dafür, daß Staaten, ob multinational oder nicht,Sezessionen zulassen oder friedlich ihrem Zerfall zusehen. Die USA, um das offensichtlichste Beispiel zu nennen, führten deswegen einen Bürgerkrieg. Jugoslawiens Auflösung erfolgt nicht durch Konsens. Auf welcher Seite auch immer unsere Sympathien sind, es war abzusehen, daß früher oder später Leute wie die Putschisten zu Gorbatschow sagen würden: »Michail Sergejewitsch, wir werden nicht mit ansehen, wie die Union zerstört wird.« Der Putsch fand einen Tag vor Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages statt, den die Putschisten als Beitrag zur Auflösung der alten UdSSR betrachten mußten.

Natürlich gab es viele andere Gründe, etwas zu unternehmen, vor allem die sich dramatisch verschlechternde ökonomische Situation und den Zusammenbruch von Recht und Ordnung. Sicherlich gab es viel Murren in den Streitkräften. Doch es gehört einiges dazu, einen Putsch in einem System zu provozieren, das seit 1917 so umfassend darauf angewiesen ist, daß Soldaten Zivilisten gehorchen. Die mißtrauischen Generäle blieben selbst dann noch loyal, als sich die Sowjetmacht aus Osteuropa zurückzog und ihre Waffen wegverhandelt wurden. Nur die Auflösung der Union konnte einen Putsch provozieren und so geschah es.

War der Putsch notwendig? Etwas, das in der UdSSR ein arbeitsfähiges System wiederherstellt, war und ist notwendig, und viele wissen das. Zwei sowjetische Ökonomen schrieben dazu vor einigen Monaten, was viele, vielleicht die meisten intelligenten Russen wirklich denken: »Die Erfahrungen von Deutschland und Rußland im 19. Jahrhundert bis zu den asiatischen NIC (Newlyindustrialized Countries im UN-Jargon), legen es nahe, daß ein strenges autoritäres Regime notwendig ist, um ökonomische Probleme von dem Ausmaß und der Reichweite der sowjetischen zu lösen.«

Und, um die beiden Ökonomen nochmals zu zitieren, »die Auflösung der staatlichen Macht in der Sowjetunion stimmt nicht optimistisch für ihre Fähigkeit, mit diesen Problemen fertigzuwerden. Aber früher oder später wird der Staat sie anpacken müssen, vielleicht mit repressiven und unpopulären Methoden. Im schlimmsten Falle könnte die Gesellschaft eine Periode der sozialen und wirtschaftlichen Anarchie erleben oder sogar eine Rückkehr des Kriegskommunismus auf einer neuen Entwicklungsstufe.« Der zitierte Text wurde für ein Seminar am Massachusetts Institute of Technology im letzten Mai geschrieben, von Autoren, die sichtlich keine Sympathien für das alte System haben, die aber (vorsichtig) einwenden, daß »eine plötzliche Einführung des Marktes einen sozialen und wirtschaftlichen Schock hervorriefe, der die Gesellschaft für Jahrzehnte zurückwerfen würde«. Sie würde ins Chaos abgleiten und erst nach einer neuen Periode von Blut und Terror unwiderruflich zu einer langsamen Entwicklung hin zu einem normalen Leben zurückkehren.

Apocalypse tomorrow: So heißt das Drama, in dem viele Millionen Sowjetbürger werden mitspielen müssen. Ist es überraschend, daß, wenn dieses Gefühl weitverbreitet ist, jemand in seiner Hoffnungslosigkeit sogar einen Putsch versucht?

Der Putsch, sichtlich veranstaltet von Männern in Uniform, die nicht viel davon verstehen, ist nun gescheitert. Wenigstens eine Katastrophe wurde vermieden; es wird nicht den offenen Bürgerkrieg geben, den so viele Russen fürchteten. Trotzdem warten wir weiter auf sie. Das Land bleibt, was es seit Jahren ist ein Boot mit einem Gummiruder. Regierungen bewegen es, aber nichts passiert.

Der Putsch scheiterte, weil die Partei ihre zentrale Macht verloren hat. Die Armee war nicht geschlossen genug, um die Macht zu übernehmen. Selbst das KGB schien gespalten. Kurz: Der Putsch hatte keinen Rückhalt, weder bei den

Demokraten, noch bei den Nationalisten, noch bei irgendjemand sonst, der geglaubt hätte, das Notstandskomitee wüßte, was es beispielsweise gegen die Hyper-Inflation tun sollte, die sicher kommen wird. Nichts, was in den letzten sechs Jahren passiert ist, läßt vermuten, daß es überhaupt jemand von denen weiß, die in der UdSSR Macht haben.

Denn das ist die Tragödie des Michail Gorbatschow, dem lange vorhergesagten Opfer: Er war die letzte Hoffnung der Kommunisten, eine große historische Figur, die das Beste wollte und einiges erreichte. Er wurde zurecht einer der meistbewunderten Staatsmänner im Ausland, während seine Landsleute in ihm nur den Mann sahen, der eine schwerfällige, aber funktionierende Wirtschaft zerstört und durch ein Nichts ersetzt hat, in dem es kein Brot mehr gibt. Die Perestroika ist nicht gescheitert: Sie fand nicht statt.

Wahrscheinlich war der einzige Weg, die Wirtschaft wiederaufzubauen, die Reform von oben. Aber der Knackpunkt war, daß das Kommandosystem die einzige Methode, das Funktionieren der sowjetischen Wirtschaft zu sichern auch das Haupthindernis bei dem Versuch darstellte, sie zu reformieren. Deshalb wollte Gorbatschow Glasnost, um die Perestroika zu erzwingen; andersherum wäre ein Schuh daraus geworden. Und weder der Marxismus noch die westlichen Ökonomen hatten Erfahrungen oder Theorien, die da geholfen hätten. So wurde aus Gorbatschow, dem Aufbauer, zunächst Gorbatschow, der Politiker, und dann immer mehr ein Symbol und Aushängeschild. Und das wird er bleiben.

Dieser Beitrag erschien zuerst in der englischen Zeitschrift »Marxism Today«, Sept. 91. Übersetzung: Boris Gröndahl

Eric J. Hobsbawm lehrte bis zu seiner Emeritierung Geschichte an der University of London

Konkret 10/91, S. 18

Robert Kur□ ; Ernst Lohoff

R□ ck□ □ rts und vergessen Amateurputsch

Die Oktoberrevolution ist □ iderrufen, 74 Jahre □ erden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad hei□ t □ ieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren f□ r ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen □ erden verboten, ihr Verm□ gen enteignet, fr□ here Kampfgenossen (□ ie Fidel Castro) □ erden f□ paar Sack Wei□ en an die USA verkauft, die V□ lker der So□ jetunion d□ rfen □ ieder lernen, □ as Hunger und Krieg ist, kur□ □ die Demokratie hat gesiegt□ . KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg F□ lberth, Eric J. Hobsba□ m, Hein□ Jung, Robert Kur□ und Ernst Lohoff, Peter von Oert□ en, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, □ as dieser Sieg bedeute

Es war nicht mehr allzuviel an demokratischer Gehirnmasse, was da eine gute Augustwoche lang via Bildschirm weichgespült werden mußte. Das Waschprogramm für die brüllende Einstimmigkeit konnte an historischer Einfalt kaum überboten werden: Eine Handvoll finsterer Figuren aus dem alten »Reich des Bösen«, so die Lesart der Bewußtseinsmoderatoren, wollte in einem letzten Aufbäumen den demokratischen Völkerfrühling ersticken. Aber unter Führung des Volkshelden Boris warfen sich die »Wir sind das Volk«-Massen mutig den Panzern des schwarzen Imperiums entgegen, und das Gute siegte doch noch. In dieser Manier arbeitet die gewaltfreie demokratische Hollywood-Propagandamaschine zwar weitaus effizienter als die anachronistische Beißzangenmethode des KGB. Aber auch die bestinszenierte politische Seifenoper der Medien wird einige kleinere objektive Tatsachen nicht aus der Welt wegretuschieren können.

Der Grundirrtum der vorherrschenden Vulgärdemokratie besteht darin, daß sie den sogenannten Stalinismus ihrerseits für einen bloßen Irrtum hält, besser noch für ein Unglück, am liebsten für ein Verbrechen.

Komplementär dazu sah die marxistische Linke in der Sowjetunion den Ansatz einer postkapitalistischen Vergesellschaftung auf dem Weg zum Kommunismus. Aber das »Reich der Bösen« war weder das eine noch das andere, sondern vielmehr eine ganz gewöhnliche Modernisierungsdiktatur in einer rückständigen Region des Weltmarkts. Gemessen an den westlichen Durchsetzungsregimes von 200 Jahren demokratischer Vorgeschichte und ihren Greueln nimmt sich der Stalinismus dabei fast wie ein Kindergeburtstag aus. Und auch die vielgeschmähte Planwirtschaft hob weder die Basis der Mehrwertproduktion auf, noch war sie im Vergleich zur westlichen Marktwirtschft ein »falsches Modell«. Unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz mit dem Westen mußte nämlich der Mehrwert zwecks eigener »Entwicklung« zentralistisch abgeschöpft und in die strategischen Sektoren der Industrialisierung geleitet werden.

70 Jahre lang war in diesem Prozeß nachholender Modernisierung die KPdSU im Guten wie im Bösen mit dem groben Protoregime einer Mehrwertproduktion auf dem Territorium des größten Flächenstaats der Welt identisch. Als einzige organisierte und organisierende Kraft des Riesenreiches faßte sie aber nicht nur zwischen Murmansk und Wladiwostok eine heterogene Gesellschaft gewaltsam zusammen. Indem sie die Interessengegensätze innerhalb des entstehenden warenproduzierenden Systems verwaltete, mußte sie in ihren internen Querelen diese Konflikte auch selbst widerspiegeln. Aus einer homogenen Gruppe entschlossener Revolutionäre verwandelte sie sich in eine organisatorische Verdoppelung von Kapitalstruktur und Staatsmacht, die unter einem Dach rivalisierende Branchen- und Regionalmatadore sowie konkurrierende und koalierende, oft landsmännisch bestimmte Seilschaften zu meist undurchsichtigem Wettstreit vereinte. Hinter der glatten Fassade des monolithischen Parteiapparats tobte der Kampf um warenförmig vermittelte gesellschaftliche Ressourcen.

Diese Fassade zerbricht jetzt, aber nicht durch »demokratischen Fortschritt«, sondern weil die nachholende Modernisierung (und keineswegs allein in der Sowjetunion) gescheitert ist. Überall auf der Welt sterben die Modernisierungsdiktaturen dahin, egal unter welchem ideologischen Vorzeichen sie angetreten waren. Die fortgeschrittensten (westlichen) Teile des warenproduzierenden Weltsystems haben die Kapitalintensität derart hochgetrieben, daß die historischen Nachzügler nach Anfangserfolgen wieder hoffnungslos zurückgefallen sind, weil sie das erforderliche Geldkapital nicht mehr »erwirtschaften« können. Gerade deswegen ist aber die westliche Marktökonomie völlig unfähig, die Sowjetunion zu integrieren, weil ihre eigene Logik ja dieses Problem des Geldkapitals voraussetzt. Jede Öffnung durch marktwirtschaftliche Reformen kann das ökonomische Todesurteil nur vollstrecken, nicht aufheben.

Gorbatschows Perestroika hat die chronische Weltmarktmisere der Breschnew-Ära daher zum akuten Elend gesteigert und den zwangsläufigen Auflösungsprozeß des zentralen Parteiapparats in Gang gesetzt. Die Vergangenheit hat keine Zukunft, weil die Mittel und Hebel der alten zentralisierten Mehrwertproduktion erschöpft sind. Aber erst recht kann es keinen konkurrenzökonomischen Aufschwung geben, weil mangels marktfähiger Kapitalbasis die Funktionsfähigkeit des eigenen Geldes und damit die von Mehrwertproduktion überhaupt erlischt. Die Dynamik des Zusammenbruchs hat so auch innerhalb der Partei die zentrifugalen Kräfte freigesetzt. Weil es keine Zukunft in der Hülle des warenproduzierenden

Systems mehr gibt, sind dafür auch keine neuen Kräfte auf den Plan getreten. Vielmehr war es der zerbröselnde Apparat der KPdSU selbst, der die Perestroikajahre hindurch zum Rekrutierungsfeld der sich erbittert bekriegenden ideologischen und ökonomischen Konkursverwalter wurde.

In diesem galoppierenden Desintegrationsprozeß war der Putschversuch des 19. August von vornherein ein desperates Unternehmen, ausgeführt durch Männer (und wirklich nur Männer) von vorgestern, und aus dem Hause CIA von selber nicht unbedingt immer professionellen Staatsstreichspezialisten verächtlich als »clumsy« (stümperhaft) kommentiert. Das Imperium konnte nicht mehr zurückschlagen, weil es seine soziale und ökonomische Basis längst verloren hatte. Der letzte Versuch einer Systemstabilisierung mußte dementsprechend konzeptionslos und halbherzig ausfallen, so daß sogar die Spezialtruppen des KGB die Gefolgschaft verweigerten. Außer einer vagen Vorstellung von »Wiederherstellung geordneter Zustände« hatten die hilflosen Amateurputschisten nichts zu bieten. Ihr Ziel war offenbar bloß eine Kompromißlösung zwischen den Resten des zentralen Parteiapparats und dem verhafteten Generalsekretär-Präsidenten. Schon am zweiten Putschtag trudelten die ersten präventiven Krankmeldungen aus der Spitze des »Rettungskomitees« ein.

Ebenso fadenscheinig wie der Putsch selber war freilich die angebliche demokratische Massenopposition gegen ihn. Von 9 Millionen Moskauern demonstrierten nicht einmal hunderttausend, und die Nachtwache um das »Weiße Haus« des russischen Parlaments reduzierte sich auf ein paar tausend Personen, die keinem ernsthaften militärischen Angriff hätten widerstehen können. 100 Kilometer von Moskau entfernt herrschte bereits vollkommene Gleichgültigkeit. Die Minderheit von aktiven Intellektuellen, Künstlern, Studenten, Journalisten, Experten, reformerischen Teilen des Managements, hoffnungsvollen »Gründern« usw. in den westlich orientierten Zentren mag zwar teilweise ehrlich an die Chimäre der Demokratie glauben, weil sie die Kasernenhofmethoden der ausgeleierten Modernisierungsdiktatur gründlich satt hat. Aber die menschenfreundliche demokratische Unschuld gerade dieser Schichten wird sich rasch in die schäbige Hoffnung verwandeln, selber agil und clever genug zu sein, um in den wenigen übrigbleibenden modernen Sektoren einer Zusammenbruchsökonomie weiterleben zu können, an Geld und Devisen heranzukommen, sich als Marktsubjekt zu annehmbaren Preisen verkaufen zu können. Die stumme Voraussetzung dieses Hoffens ist die rapide »Afrikanisierung« der überwältigenden Mehrheit von 280 Millionen Sowjetbürgern, denn etwas anderes haben diese von Marktwirtschaft und Demokratie nicht zu erwarten. Die Augustereignisse waren insofern nicht viel mehr als eine telegene Täuschung.

Wenn aber die Mehrheit nicht zu funktionsfähigen Marktsubjekten werden kann, muß sich die Krise in irrationalen Gemetzeln entladen, solange keine neue gesellschaftliche Alternative formuliert wird. Hinter vulgären Demagogen wie Jelzin (oder Walesa in Polen), deren inhaltsleere Phrasen denen der alten Garde nicht nachstehen, taucht schon das Gespenst des »sekundären Nationalismus« und des Bürgerkriegs auf, durch den wie in Jugoslawien die sozialökonomische Perspektivlosigkeit ihre blutige Verlaufsform gewinnt. Die Putschisten lieferten den letzten schwachen Nachhall des supranationalen »Sowjetpatriotismus«, der despotischen Einheit eines warenproduzierenden Großraums. Nicht zufällig war der Innenminister und Putschist Pugo, der sich erschossen hat, selber Lette (wie ja Stalin auch kein Russe, sondern Georgier war). Aber der Funktionsraum der supranationalen »geplanten Warenproduktion« zerfällt in Diadochenkämpfen von Weltmarktverlierern unterschiedlichen Grades. Der Putsch konnte nicht einmal mehr im »armen Osten« greifen, weil sich die Provinzmoguln samt Apparat bereits auf die selbständige Aktion der abgekoppelten Einzelrepubliken orientiert hatten.

Inzwischen stehen sich die regionalen Machtgruppen in ausweglosen Verteilungskämpfen nicht mehr als Parteigenossen, sondern als Vertreter souveräner Staaten in spe gegenüber. Mit dem offiziellen Verbot der überlebten KPdSU als Folge des Putsches in der Ukraine, in den baltischen Republiken, Moldawien und Rußland erlebte dieser Transformationsprozeß seinen vorläufigen Höhepunkt. Er darf aber keineswegs mit so etwas wie einer »demokratischen Revolution« verwechselt werden, wie es die Gehirnwäscherei der westlichen Medien suggeriert. Das »kasachische Modell« zeigt die Marschrichtung an. In dieser mittelasiatischen Republik trat zwar der schillernde Parteichef Nasarbajew demonstrativ aus der Partei aus, vergaß aber nicht, die Parteiorganisation der Republik geschlossen mitzunehmen. Die KPdSU existiert laut Dekret nicht mehr, der alte Apparat lebt nichtsdestoweniger ideologisch umgetüncht unter neuem Namen fort. Dasselbe Drehbruch ist übrigens schon aus Rumänien, Serbien oder Albanien vertraut. In der entstehenden russischen Notstandsdemokratie Jelzins bahnt sich die Verschmelzung von demoralisiertem KPdSU-Apparat, antisemitischer Pamjatbewegung und aggressivem Hurra-Nationalismus an. Sogar ein Zarenbild wurde von ei-nem Popen durch die Straßen getragen. Schon grölte Jelzin-Vize Ruzkoi bei den Moskauer Siegesfeierlichkeiten: »Heute, auf diesem Platz, begann Großrußland.« Vielleicht wird der Westen in wenigen Jahren schon einem Janajew nachtrauern.

Der gescheiterte Putsch hat die Auflösung der sowjetischen Modernisierungsdiktatur unfreiwillig beschleunigt. Vergeblich die Hoffnungen und Ergebenheitsadressen von Saddam Hussein, Ghaddafi, Castro, der PLO und anderen Untergangskandidaten. Damit ist aber gleichzeitig das ideologische Ende des Modernisierungs-Marxismus endgültig besiegelt, wie er das 20. Jahrhundert hindurch auch im Westen vorherrschend gewesen war. Dieser Marxismus, an den wohl nicht einmal die Putschisten mehr glaubten, hatte nie viel gemein mit der Marxschen Ökonomiekritik, die unzweideutig auf eine radikale Aufhebung des warenproduzierenden Systems zielt. Orientiert hauptsächlich an den Problemen einer nachholenden Modernisierung des Südens und Ostens, konnte er sich selber nur in den Grundkategorien

bürgerlicher Vergesellschaftung darstellen (Ware und Geld, Lohn und Gewinn, Staat und Demokratie). Die Marxsche Radikalkritik der Warenform als solcher wurde in die »philosophische« Unverbindlichkeit abgedrängt oder in eine ferne Epoche Jahrhunderte jenseits der eigenen Realzeit wegeskamotiert.

Diese Verkürzung besaß ihr relatives Recht, weil ja wirklich der historische Entwicklungsstand keine andere Perspektive erlaubte als diejenige einer bürgerlichen Modernisierung in verschiedenen Formen. Heute aber scheint das zum unmittelbaren Weltzusammenhang mutierte warenproduzierende System jene kritische Schwelle zu überschreiten, die der Modernisierungs-Marxismus noch in schier unendlicher Ferne wähnte. Wenn es richtig ist, daß immer größere Massen nicht mehr als Marktsubjekte überleben können, weder in staatsökonomischen »geplanten« noch in konkurrenzökonomischen »freien« Märkten, dann muß die warenförmige Vergesellschaftung des »Geldverdienens« als solche zur Disposition gestellt werden. Für dieses Projekt gibt es bis jetzt keinen erkennbaren gesellschaftlichen Diskurs. Jeder, der an die eigentlichen und scheinbar esoterischen Konsequenzen der Marxschen Ökonomiekritik zu erinnern wagt, wird gerade in der abgetakelten Modernisierungs-Linken behandelt wie ein Gliedvorzeiger im katholischen Kindergarten. Aber die fortschreitende Zusammenbruchsrealität der globalen Warenwelt kann durch demokratische Gehirnwäschen nicht gestoppt werden, und sie wird sich weder durch windelweiche akademische Reformphantasien von einer »sozialistischen Marktwirtschaft« beeindrucken lassen noch dadurch, daß linke Nostalgiker in den Tiraden des serbischen Kroatenfressers Milosevic nach Resten sozialistischer Partisanenromantik suchen oder klammheimliche Sympathien für die unglücklichen Moskauer Amateurputschisten hegen.

Robert Kurz und Ernst Lohoff sind Redakteure der Zeitschrift »Krisis«

Konkret 10/91, S. 20

Ingrid Strobl

Rückwärts und vergessen
Was machen wir draus?

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Im Oktober vor 50 Jahren wurde Leningrad bereits seit einem Monat von der deutschen Wehrmacht belagert. Am 4. November 1941 erstellte das Oberkommando der 18. Armee eine Studie, in der drei Möglichkeiten zur Behandlung der Bevölkerung Leningrads erörtert wurden. Option Nummer eins lautete: »Die Stadt bleibt abgeschlossen und alles verhungert.« Als »Vorteile« dieser Möglichkeit nannte die Studie: »a.) Ein großer Teil der kommunistischen Bevölkerung Rußlands, der gerade unter der Bevölkerung von Petersburg zu suchen ist, wird damit ausgerottet. b.) Wir brauchen vier Millionen Menschen nicht zu ernähren.«

Es leuchtet ein, daß man sich für diese Möglichkeit entschied. Während der 900 Tage der Blockade verhungerten zwar nicht alle vier Millionen aber immerhin (nach neuesten Schätzungen) über eine Million Leningraderinnen und Leningrader. Große Teile der Stadt wurden zerstört.

Bundeskanzler Kohl habe, lese ich im »Spiegel«, »mit George Bush alle Möglichkeiten durchgesprochen, wie es in der Sowjetunion weitergehen könne«. Die Sowjets, Verzeihung, die Russen und die anderen »Völkerschaften« werden gar nicht erst gefragt, denn diese Angelegenheit was mit der ehemaligen SU zu geschehen habe muß, so das »Handelsblatt«, als »eine Gemeinschaftsaufgabe in globalen Dimensionen begriffen werden«. Wissend, daß in der ehemaligen Sowjetunion »zunächst alles schlimmer, viel schlimmer« wird (»Spiegel«), ist man sich in einem einig: »Der Westen muß unverzüglich ankündigen, daß er alles tun wird, um durch eine Notversorgung mit Lebensmitteln und medizinischer Hilfe sicherzustellen, daß der erste Winter in der nichtkommunistischen Sowjetunion für die Menschen einigermaßen erträglich wird« (Graham Allison und Robert Backwill, Mitautoren des »Hilfskonzeptes Grand Bargain für die Sowjetunion«, in der »Zeit«).

Die Betonung liegt auf »einigermaßen«. Der kommende Winter wird hart, und damit sich die schwer einschätzbaren Massen schon einmal auf ihre künftige Trikontsituation einstellen können, verspricht man ihnen Nahrungsmittelhilfe. Und diesmal wird auch Deutschland Gutes tun. »Eine Hilfe für die Einfuhr dringend benötigter Konsumgüter« hält Ex-Wirtschaftsminister Karl Schiller für erwägenswert. Denn jetzt erobert nicht mehr die Wehrmacht Rußland, sondern nur noch das deutsche Kapital. Und vor allem: Der Russe selbst ist ein anderer geworden. Er will nicht mehr den Bolschewismus, sondern das, was alle wollen, Freiheit und Demokratie, was zu essen und ein Auto. Das beweist, daß der Russe sich vom slawischen Untermenschen zum Menschen gemausert hat, dem wir jetzt, wenn er hungert, gerne auch ein Care-Paket schicken, selbst wenn er in Leningrad wohnt, das ja endlich wieder St. Petersburg heißt. Es sei denn, er hat heimtückischerweise vor, die neuerworbene Freiheit schamlos zu mißbrauchen, um als Wirtschaftsflüchtling unser Land zu überfluten. Das sollte er besser sein lassen, denn sonst müssen wir uns doch nochmal an das erinnern, was wir in den letzten 50 Jahren so gut vergessen haben.

In der »Zeit« vom 6. September 1991 wird, wie in allen anderen Medien, vorne, hinten und in der Mitte das Loblied auf den Sieg der »demokratischen« über die »reaktionären« Kräfte, der Freien Marktwirtschaft über Plan und Kommando gesungen und Hohn und Spott über all die gegossen, die dachten, Kommunismus sei machbar, Frau Nachbar. Doch mittendrin, im Feuilleton, wo die Seele mit den Füßen baumeln darf, breitet sich unvermittelt über zwei Seiten eine Oase ernster Nachdenklichkeit und tiefinnersten Erlebens aus: André Müller ist Ernst Jünger begegnet. »Da schießt es hoch aus verzehrender Flamme«, ein »unwiderstehlicher Taumel« erfaßt den Schreiber, wenn er uns mitteilt, wie Jünger 1941 im besetzten Paris als deutscher Stabsoffizier Abschiedsbriefe ermordeter französischer Geiseln liest und darob notiert: »Die Lektüre kräftigt mich. Der Mensch scheint in dem Augenblick, in dem man ihm den Tod verkündet, aus dem blinden Willen herauszutreten und zu erkennen, daß der innerste aller Zusammenhänge die Liebe ist.« (Hervorhebung von mir, I.S.)

Herzenskälte werfe man dem Dichter vor, empört sich dem Jünger sein Jünger, doch diese »entpuppt sich als die unerbittlich sich auferlegte Verpflichtung, da, wo die Erschütterung über die Ereignisse ihrem Erkennen im Wege steht, auf die Erholung im Gefühl zu verzichten«. Wenn zum Beispiel dem Offizier Jünger »die Aufsicht bei der Erschießung eines

Deserteurs übertragen wird« und er, kurzfristig angekränkelt von dem Gedanken, sich krank zu stellen, sich schließlich überwindet und doch hingeht.

Das gehört alles zusammen: Der Supermarkt in Ravensbrück, das geplante Winterhilfswerk für Rußland, die Häme der großen und kleinen Kalten-Kriegsgewinnler, die Demontage des einstigen »Reichs des Bösen« zum Drittweltland bei gleichzeitiger Beförderung der bisherigen »Dritten Welt« in den Siebten Kreis der Hölle und diese Eloge auf den Gourmet der »Stahlgewitter«.

Das gehört zusammen wie die Deportation der in NRW lebenden Romanach Jugoslawien, die drohende Euthanasie für »behinderte« Neugeborene, das neue Ausländerrecht, die geplante Verschärfung des Paragraphen 218, das Kurdenverfahren in Düsseldorf, in dem Angehörigen einer ausländischen Befreiungsbewegung als Terroristen der Prozeß gemacht wird, der (vorläufig gescheiterte) Versuch der Bundesanwaltschaft, an den Gefangenen aus der RAF, Ingrid Jakobsmeier und Christian Klar, eine Genuntersuchung durchführen zu lassen, und die Tatsache, daß generell die Haftbedingungen der politischen Gefangenen immer noch weiter verschärft werden.

Wie das bereits Bestehende sich nun, nach dem »vorläufigen Endsieg des Kapitalismus« (Fülberth), weiterentwickeln wird, darüber kann vorerst nur spekuliert werden. Das hängt nicht nur davon ab, wie sich das Konkurrenzverhältnis zwischen Europa und den USA künftig gestalten und wie hemmungslos Deutschland sich den »Osten« als Kolonie zurichten wird, sondern auch davon, wie die alten und wie die neuen Opfer dieser Politik reagieren werden. Werden sie resignieren, sich anpassen oder sich wehren? Und wenn ja, wie? Werden sie, weil alles, was sich sozialistisch nennt, gescheitert und diskreditiert ist, in Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Religion einen Ausweg suchen?

Auch die Frage: »Was bedeutet all das für die deutsche Linke?« wirft nur neue Fragen auf: Was ist das, »die deutsche Linke«? Meint die Frage nur das eigene Überleben als Selbstzweck, damit es halt auch hier eine wie auch immer geartete Linke gibt, oder fragt sie nach den Absichten (und Möglichkeiten) dieser Linken, dazu beizutragen, daß der »Endsieg des Kapitalismus« tatsächlich ein »vorläufiger« bleibt?

Viele sind nicht übriggeblieben, und es ist abzusehen, daß sich auch ein paar Nachzügler schnell noch auf die andere Seite der Barrikade schlagen werden, um endlich zu den Siegern zu gehören und nicht auf immer und ewig zu den Verlierern, die noch dazu so schrecklich unberechenbar geworden sind.

Die Zukunft der Linken hier wird davon abhängen, wie weit sie bereit ist, endlich einmal genauer hinzusehen, nicht nur auf das Kapital und seine Machenschaften, und auch nicht nur auf die offiziellen Kommuniqués von Befreiungsbewegungen zu starren, sondern herauszufinden, wie der konkrete Alltag von konkreten Menschen (das heißt auch: Frauen) auf dieser Welt aussieht, ob, wo und wie sie soziale Kämpfe führen und wie entsprechende praktische Solidarität mit ihnen sich gestalten müßte.

Die Zukunft der Linken hier wird auch davon abhängen, wie weit sie bereit ist, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die One World des Imperialismus ist kein monolithischer Block. Die Weltmacht Deutschland vertritt nicht nur »gesamt-imperialistische«, sondern auch genuin eigene Interessen. Um die künftige Politik des wiedervereinten Deutschland einschätzen zu können, muß man wissen, wozu die Deutschen (die »da oben«, aber eben auch ein Gutteil von denen »hier unten«) schon einmal fähig waren.

Und nicht zuletzt wird die Zukunft der deutschen Linken davon abhängen, wie weit sie bereit ist, sowohl die neue Weltlage zu analysieren, ohne sofort schon wieder alles besser zu wissen, als auch die eigenen alten Konzepte und die eigenen Kräfte und Fähigkeiten kritisch zu überprüfen. Wenn wir nur wenige sind, und wenn wir schwach sind, dann müssen wir eben, ohne darüber in Gejammer zu versinken, sehen, was wir daraus machen. Und wie sich das vielleicht ändern läßt. Es ist ja nicht so, daß es nichts zu tun gäbe.

Ingrid Strobl schrieb zuletzt in KONKRET 4/91 über die Instrumentalisierung der »Solidarität« mit den Juden

Konkret 10/91, S. 22

Heinz Jung

Rückwärts und vergessen
Ende und Anfang

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Nun ist eingetroffen, was Anhänger des Sozialismus nach der Liquidierung der DDR befürchten mußten und seine Gegner mit kaum gebremstem Triumph erwarten konnten: der Untergang der UdSSR. Erwartetes Unheil kann mit Fassung ertragen werden. Trotzdem ist man konsterniert, was aus den Enkelinnen und Enkeln Lenins und seiner Partei geworden ist. Immerhin hatte sie einst den Roten Oktober zum Siege geführt, die Völker der Sowjetunion ins Industriezeitalter gezwungen, den Faschismus niedergerungen und dem Weltimperialismus im kalten Krieg Paroli geboten. Nun wird sie ohne Widerstand von ihrem parteilos gewendeten Generalsekretär, dem sprechenden Symbol ihres eigenen politisch-moralischen Verfalls, illegalisiert: Situation der Ausweglosigkeit im zugemauerten Tunnel, in den sie in den letzten Jahren geführt worden war.

Der Coup vom 19.8.1991 erscheint als letztes Aufbäumen von (gorbatschowistischen) Spitzen des Staatsapparates gegen das Auseinanderbrechen der Union, den Zerfall der Grundstrukturen der Sowjetgesellschaft und die dem Land drohende ökonomische Katastrophe. Eine Verschwörung oder ein Militärputsch war es nicht, eher die Insubordination der Führungsmannschaft gegen den wankelmütigen Chef und die dilettantische Ingangsetzung des präsidialen Notstandsregimes mit einem Ersatzpräsidenten mit rollenden Panzern zwar, aber ohne Massenmobilisierung. Sein Erfolg hätte die Pro-SU- und Pro-Sozialismus-Kräfte in die Vorhand gebracht. Sein Scheitern mußte zum Sieg der Partei der kapitalistischen Restauration und des Nationalismus werden. Lange Zeit war unbeachtet geblieben, daß unter Boris Jelzin, dem populistischen Demagogen für die russische Seele, ein Bündnis des russischen Nationalismus, den man als Reserve der »konservativen« Kommunisten angesehen hatte, mit dem Lager der prowestlichen Modernisierer, die sich als Liberale, Demokraten, Sozialdemokraten usw. sehen, zustande gekommen war. Es erwies sich in dieser Situation als hegemonie- und machtpolitisch durchsetzungsfähig.

Damit zerbrach die labile Kräftebalance der letzten Jahre und mit ihr der Gorbatschowismus, der von der Position des Zentrismus aus die Antagonismen zu vermitteln versucht hatte, ohne zur Durchsetzung von tragfähigen Bewegungsformen einer sozialistischen Perestroika in der Lage zu sein, und der dabei immer weiter nach rechts gerückt war. Gorbatschow ist als politischer Gefangener der Jelzin-Partei ins Präsidentenamt zurückgekehrt und fungiert nun opportunistisches Phänomen, das er ist als deren Aushängeschild.

Erstaunlich ist, mit welch verklemmter Perspektive kluge Marxisten wie Wolfgang Haug nun Parallelen zur »Glorious Revolution« vom Ende des 17. Jahrhunderts in England ziehen, eine Analogie, mit der sich ja schon Jürgen Kuczynski in Bezug auf die sogenannte demokratische Revolution vom Herbst 1989 in der DDR so blamiert hatte.

Von welchem Standpunkt man die jüngsten Moskauer Ereignisse auch beurteilen mag, man wird in ihnen einen historischen Einschnitt sehen können. Denn nun wird mit dem Umsturz der Machtverhältnisse der Zerfall der Sowjetunion und des Realsozialismus irreversibel. Die Einpeitscher treiben das Land hinter den Oktober 1917 zurück. Die roten Fahnen mit Hammer und Sichel werden heruntergerissen, die Banner des alten Rußland ausgemottet: Symbolik des Umbruchs. Damit endet der erste große historische Versuch, die kapitalistische Ausbeuterordnung durch eine sozialistische Gesellschaft abzulösen. Der Geschichte gehört auch die Epoche der Systemkonkurrenz und der antiimperialistischen Supermacht UdSSR an, deren Ende freilich schon vorher durch die Kapitulation der Gorbatschow-Führung besiegelt worden war. Dies mag als »Zivilisations-Fortschritt« abfeiern, wer da will, er sollte dabei aber auch der Opfer der globalen Destabilisierung gedenken: von Bagdad bis Äthiopien. Den derzeitigen Siegern der Geschichte gehen die humanistischen Rücksichtnahmen ab, von denen sich die Kommunisten im Machtkampf der Zerfallsphase leiten ließen.

Der Westen hat nicht lange gezögert, das Agreement von 1989 (Achtung der territorialen Integrität der UdSSR für die »Freigabe« der DDR und der RGW-Verbündeten) ad acta zu legen. Die Anerkennung der Baltenstaaten war der erste diplomatische Akt der neuen Ära. Er wird nicht der letzte seiner Art sein. Die neuen staatlichen Strukturen auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR werden durch die machtpolitischen Interessen und die Potenz der aneinandergeratenden Nationalismen bestimmt sein und durch die Optionen des Westens, geht es doch aus seiner Sicht nun vor allem um die zügige atomare Entwaffnung der SU und um eine Minimierung der finanziellen Zuschüsse zum Abbruch

des Realsozialismus. Entgegen dem ersten Eindruck nach dem 21. August erwartet der Westen von Gorbatschow wohl doch noch zivilisatorische Dienste.

In der UdSSR sind inzwischen allerorten antikommunistische Regimes installiert worden, die z.B. in der extremen Form Georgiens die Kommunisten schon der Hexenjagd freigeben. Die »zivilisierte Welt« drückt bisher dabei beide Augen zu, und das wird auch vermutlich dann der Fall sein, wenn Jelzin mit Hilfe seiner neuen Galionsfigur zeigen wird, wie man ein mit Demokratie- und Marktwirtschaftsphrasen garniertes Notstandsregime errichtet. Josef Pilsudskis langer Schatten fällt auch auf Moskau. Die Linke des Westens wird sich einen neuen Blick auf den Osten angewöhnen müssen. Die Hoffnungen auf eine sozialistische Perestroika sind nun zur Illusion ohne materielle Anhaltspunkte geworden. Die kapitalistische Restauration in diesen Staaten wird einen Beutekapitalismus auf dem Niveau von Entwicklungsländern hervortreiben alles andere als den ersehnten Anschluß an die kapitalistische Moderne des Westens. Die neureichen und politischen Klassen werden sich der Weltmarktprodukte erfreuen dürfen. Das Schicksal der arbeitenden (und arbeitslosen) Klassen wird wenig beneidenswert sein.

Abgesehen vom Weltkapitalismus, der nun das 1917 Realität gewordene Gespenst los ist, geht der deutsche Imperialismus als Hauptgewinner aus dem Umbruch hervor. Freilich wird die hiesige Öffentlichkeit der so lange erstrebten neuen Realität und ihrer Perspektiven noch nicht so recht froh. Die Nr. 1 zu sein in Europa, kann teuer und strapaziös werden. Außerdem wirkt der Alp einer unseligen Vergangenheit, in der Deutschlands Herrschaftsanspruch ja auch immer mit seiner zivilisatorischen Überlegenheit gegenüber dem Osten begründet worden war. Die politische Klasse scheint derlei Skrupel allerdings schnell abzuschütteln, was etwa an den ultimativen Forderungen selbst der SPD-Spitzen gegenüber Serbien sichtbar wurde, nachdem nicht zuletzt von deutscher Seite die Slowenen und Kroaten zur Sezession aufgestachelt worden waren.

Wenn im Osten nun die Ergebnisse der »stalinistischen Willkürherrschaft« zur Disposition stehen, warum dann eigentlich nicht die Westgrenzen Polens und der früheren UdSSR? Königsberg und Schlesien lassen grüßen. Schon jetzt weiß man, daß der polnische Nationalismus den Tag verfluchen wird, an dem er seine Hand zur Liquidierung der DDR hergegeben hat. Angesichts der Zudringlichkeiten seiner Nachbarn dürfte auch Österreichs engere Anlehnung an die neue Hegemonialmacht nicht lange auf sich warten lassen.

Vielen erscheinen schon jetzt Prosperität und Stabilität der vormaligen Bonner Republik in nostalgischer Verklärung. Aber man wird sich das bewährte Sturmgeschütz im Systemkampf und in der internationalen Konkurrenz, die harte Mark, nicht lädieren lassen. Die Kosten werden Deutschlands Proleten und Steuerzahler zu tragen haben.

Zu den vielen Luftnummern des Moskauer neuen Denkens gehörte auch das Konzept vom gemeinsamen Haus Europa der gleichberechtigten Partner. Auch hier wird die schöne Idee durch die harten Interessen blamiert. So werden heute die Völker des Ostens zu den Kellerkindern Europas, denen man bei Bedarf ein dickes Schloß vor die Tür hängen wird.

Was im übrigen die neue trizentristische Weltordnung, die kapitalistisch-imperialistische Konsortialherrschaft unter der militärpolitischen Dominanz der USA, betrifft, so hat sie ihr Gesicht schon im Golfkrieg gezeigt. Der nächste Krieg im Nord-Süd-Konflikt wird unsere Jungs nicht nur in der Etappe sehen.

Für jene, die ihr Schicksal über drei Generationen mit dem roten Oktober verbanden, ist der Abgang des Realsozialismus, letztlich unter dem Druck breiter Massenbewegungen, ein traumatisches Ereignis. Man kann nur hoffen, daß sie jetzt Resistenz und einen kühlen Kopf bewahren können und in der Lage sind zu verstehen, daß eine Epoche zu Ende ist und ein neuer Kampfzyklus beginnt. Für die marxistische Linke ist aus der Sicht des Schreibers Katharsis, das Ausschwitzen des Gorbatschowismus angesagt, wenn sie eine neue antikapitalistische und sozialistische Identität gewinnen will. Wer nun immer noch, wie Herr Occhetto in Rom oder auch mancher hierzulande, die Anpassungsbereitschaft Gorbatschows mitvollziehen will, wird sich bestenfalls an den verglimmenden Lagerfeuern der Sozialdemokratie und des grünen Demokratismus wiederfinden.

Demgegenüber darf sich eine marxistische Neuorientierung gewiß sein, daß der reale Kapitalismus mit Schandtaten nicht geizen wird,

um den arbeitenden Klassen des Ostens in Erinnerung zu bringen, was der mit ihrer Hilfe niedergetretene Realsozialismus für sie tatsächlich wert war;

um nicht nur der Linken im Westen zu zeigen, was die rote Herausforderung für die Kompromißbereitschaft ihrer Herrschenden bedeutet hatte;

und um nicht zuletzt den Entwicklungsländern und den globaldemokratisch Denkenden klar zu machen, welche Bedeutung die Existenz einer antiimperialistischen Supermacht für sie gehabt hat.

Nostalgie ist freilich kein Ersatz für Politik. Aber war nicht über Jahrhunderte die Anrufung des verlorenen »goldenen Zeitalters« eine mächtige Triebkraft sozialer Protestbewegungen?

Heinz Jung, Redakteur der Zeitschrift »Z.«, war Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen

Konkret 10/91, S. 23

Peter von Oertzen

Rückwärts und vergessen »Ich kann mir nicht vorstellen«

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Auch ihn, den »altlinken« SPD-Politiker, der immer wieder auf seine Sympathien für Leo Trotzki, den Gründer der Roten Armee, aufmerksam zu machen pflegt, hat die Redaktion um eine Stellungnahme zum weltweiten Sieg der Contra ersucht. Doch für ein Blatt, dessen Herausgeber »das Scheißsystem dort drüben« verteidigt habe, wollte von Oertzen nicht schreiben. Seine schroffe Absage erinnerte die Redaktion daran, daß das einmal anders war, und beim Nachsehen stellte sich heraus, daß von Oertzen alles, was ein politischer Denker seiner Qualität zur aktuellen Situation sagen könnte, schon gesagt hat - im August 1978, im Interview mit KONKRET über »linke Osteuropa-Politik«. Auszug:

v. Oertzen: Ich kann mir das nicht vorstellen, daß die Arbeiterklasse der DDR, wenn man ihr das Recht gäbe, sich wirklich frei zu organisieren, etwa zum Privateigentum an den Produktionsmitteln und zur Alleinherrschaft des Unternehmers im Betrieb zurückzukehren wünschte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bevölkerung der DDR bereit wäre, ein Wirtschaftssystem zu akzeptieren, das zur Rückkehr von periodischer Arbeitslosigkeit führen müßte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bevölkerung der DDR auf ein Bildungssystem weitgehender sozialer Gleichberechtigung verzichten wollte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Frauen der DDR bereit wären, auf die weitgehend gewährte rechtliche und auch soziale Gleichstellung zu verzichten, und das gilt meiner Meinung nach mindestens für die Sowjetunion und die weiter entwickelten übrigen Staaten des Ostblocks in ähnlichem oder in demselben Grade... Ich bin der festen Überzeugung, daß die Mehrheit der Menschen in der DDR, wie 1968 in der CSSR, und auch gerade in der Sowjetunion sehr wohl wüßte, was sie den ökonomischen und sozialen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte verdankt.

Wir wissen nun, was sich der linkssozialdemokratische Osteuropapolitiker von Oertzen alles nicht vorstellen konnte. Der Presseagentur »PPP« hat er erklärt, was er sich heute nicht vorstellen kann:

v. Oertzen: Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich nun massive nationalistische Konflikte etwa bis zum bewaffneten Konflikt zwischen Weißrußland, der Ukraine und Rußland entwickeln.

Peter von Oertzen ist Mitglied des Parteivorstands der SPD

Konkret 10/91, S. 24

Wolfgang Pohrt

Rückwärts und vergessen »Es war einmal«

Die Oktoberrevolution ist widerrufen, 74 Jahre werden aus der Weltgeschichte gestrichen: Leningrad heißt wieder Sankt Petersburg, Popen mit Zarenbildern und Weihrauchkesseln marschieren für ihren russischen Mussolini, die Kommunistische Partei und ihre Zeitungen werden verboten, ihr Vermögen enteignet, frühere Kampfgenossen (wie Fidel Castro) werden für ein paar Sack Weizen an die USA verkauft, die Völker der Sowjetunion dürfen wieder lernen, was Hunger und Krieg ist, kurzum, »die Demokratie hat gesiegt«. KONKRET fragte Rainer Bohn, Thomas Ebermann, Georg Fülberth, Eric J. Hobsbawm, Heinz Jung, Robert Kurz und Ernst Lohoff, Peter von Oertzen, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Ingrid Strobl und Winfried Wolf, was dieser Sieg bedeute

Als im Oktober 1990 die Wiedervereinigung kam, erschien sie als Ende einer Entwicklung. Heute ist klar, daß sie deren Anfang war, und völlig unklar sind deshalb ihre Folgen. Dachte man damals noch, wenigstens die ökonomische Situation würde sich bald klären, so erinnert man sich inzwischen daran, daß bei größeren Firmen die Geschäftslage bis zum Zusammenbruch Betriebsgeheimnis bleibt. Ferner trat statt der erwarteten kontinuierlichen Entwicklung eines auf die neuen Grenzen zugeschnittenen Nationalbewußtseins eine Art chronischer Schüttellähmung ein, kurze und heftige Zuckungen wechselten ab mit langen Phasen weltfremd bis autistisch erscheinender Gleichmütigkeit.

Hätte man 1990 noch solche Erscheinungen als Ausdruck eines mentalen oder intellektuellen Defekts interpretiert, so ist spätestens nach dem undefinierbaren Moskauer Putsch mit den unberechenbaren Folgen der Punkt erreicht, wo man nicht mehr bloß an der Fähigkeit der Subjekte zur Wahrnehmung der Wirklichkeit, sondern an der Wirklichkeit selber zweifelt. Begriffe wie Umwälzung, Niederlage, Zusammenbruch oder Zerfall fassen kaum, was mit politischen Gebilden wie der DDR, der Sowjetunion oder der KPdSU geschah. Keineswegs wurden sie von einem stärkeren oder auch nur entschlosseneren Gegner im Kampf bezwungen, sondern ihr Schicksal erinnert an die Verwandlung von Gregor Samsa oder an die Schlußszene in Oscar Wildes ‘Das Bildnis des Dorian Gray’. Die Welt der Tatsachen hat sich als eine aus lauter Fiktionen zusammengesetzte entpuppt, in welcher die bekannten Gesetze und Erfahrungsregeln keine Gültigkeit besitzen. Wenn aber alle Gewißheit unter dem Verdacht steht, daß es sich dabei nur um eine Sinnestäuschung handelt, tritt ein Zustand ein, der unheimlich ist und entsetzlich langweilig zugleich.

Langweilig ist dieser Zustand aller Bedrohlichkeit zum Trotz, weil er weder Entwicklung noch Veränderung kennt und deshalb auch keine Erwartungen oder Hoffnungen weckt, die den Augenblick überdauern. Wie das Schloßgespenst das genaue Gegenteil eines Romanhelden ist, dessen vielversprechende Biographie den Leser ein paar hundert Seiten lang fesselt, so war die Abfolge der Ereignisse im Ostblock das genaue Gegenteil einer Geschichte, wo die Höhepunkte und die Wechselfälle der Handlung im Spannungsverhältnis zur Kontinuität derselben stehen und jede partikulare Begebenheit bedeutend insofern ist, als sie über den antizipierten Ausgang der ganzen Erzählung entscheidet.

Schon im Herbst 1989 begann daher mit dem Fall der Berliner Mauer die Phase der anderntags wieder vergessenen historischen Augenblicke, die zusammengenommen einen schlechten Film ergeben, wo ein Knalleffekt den anderen jagt und doch wiederum gar nichts passiert, wie dies der Fall zu sein scheint etwa bei einem Spiel, wenn man als Zuschauer die Regeln nicht kennt. Der Hektik zum Trotz schien die Zeit still zu stehen, alle Ereignisse waren ebenso dramatisch und folgenschwer wie lästig und bedeutungslos. Sie ähnelten Naturkatastrophen, deren gehäuftes Auftreten eine Weile für Aufregung sorgt, bis man sich schließlich auch daran gewöhnt. Mit pflichtschuldigem Erstaunen zog man bisweilen Bilanz: Wie sich die Welt in nur zwei Jahren doch verändert habe.

Dabei wunderte man sich, daß kein Gefühl für die großen Ereignisse sich einstellen wollte, von denen alle sagten, daß sie stattgefunden hatten. Denn jeder wußte, daß diese spektakulären Umwälzungen eine einzige Bestätigung waren für die Unabänderlichkeit einer ziemlich scheußlichen Welt. Die endgültige Niederlage der Oktoberrevolution hieß, daß die Menschheit sich keine Hoffnungen mehr auf einen Zustand machen durfte, der sich grundlegend vom aus den Geschichtsbüchern schon bekannten unterscheiden würde. Es war ein resignativer Triumph, ein Triumph der Trostlosigkeit, der zwei Jahre lang teils mit zusammengebissenen Zähnen, teils mit kindischer Zerstörungslust gefeiert wurde. Man feierte den Beginn einer neuen Runde in einem sehr alten und auf die Dauer etwas ermüdenden Spiel, dessen Varianten Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg heißen. Auch deshalb war der Wille, die Gegenwart als Geschichte zu begreifen, noch nie so tot wie in der Zeit, wo dauernd über historische Ereignisse berichtet wurde.

Hinzu kam freilich, daß unter Gorbatschow der letzte Ort verschwunden war, wo der bloße Gedanke schon, wenn er nur geäußert wurde, Konsequenzen haben konnte. Die Zensur im früheren Ostblock hieß, dem geschriebenen oder gesprochenen Wort politisches Gewicht beizumessen - die Machthaber, die seine Verbreitung zu kontrollieren und zu verhindern suchten, erwiesen ihm auch Respekt. Vom objektiv längst absurd gewordenen Respekt wiederum, der ihnen von den Mächtigen gezollt wurde, hatten nicht nur die russischen Intellektuellen gelebt, die aber ganz besonders. Die »FAZ«

berichtete am 17. August, zwei Tage vor dem Jelzin-Putsch, aus der Sowjetunion: »Während Solschenizyns jetzt endlich erhältliche Werke stapelweise in den Buchläden verstauben, finden die allgegenwärtigen fliegenden Händler mit Kriminalromanen, Büchern über Okkultismus und über Liebestechniken reißenden Absatz. Das Publikum ignoriert die neuen Filme über unter Breschnew unterdrückte Künstler, während die 'Videosalons'gar nicht genug Abenteuerfilme mit Sylvester Stallone, Chuck Norris oder Arnold Schwarzenegger herbeischaffen können. Viele Schriftsteller, die ihren Lektoren und Verlegern einst von den Meisterwerken vorschwärmten, die sie schaffen würden, wenn die Zensur es nur erlaube, müssen angesichts des freizügig gewordenen kulturellen Lebens feststellen, daß sie nichts zu sagen haben und durch die ersehnte kulturelle Freiheit zugleich zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wurden.«

Auch anderswo war fürs Feuilleton die Zeit vorbei, wo es in der Rolle des politischen Ratgebers oder des moralischen Anklägers, als Gesprächsstofflieferant oder als Skandalmacher häufig im Rampenlicht stehen und sich dabei eines immer schon illusionären Einflusses erfreuen durfte. Seit dem Mauerfall muß man die Meinungsbranche, deren Niedergang freilich schon mit der Perestroika begann, als erledigt betrachten, und ihr verdientes Ende bedeutet leider auch das Ende von Reflexion auf die Gesellschaft überhaupt. Bewiesen haben die Vorgänge im Osten nämlich, daß die Geschichte ihre eigenen Wege geht, ganz unbekümmert um den Reim, den die Menschen sich auf sie machen. Nur vordergründig dient das Märchen, der Volkszorn und die nach Freiheit dürstenden Massen mit den Schriftstellern an der Spitze hätten die Machthaber im Osten hinweggefegt, bloßen antikommunistischen Propagandazwecken. Tatsächlich ist die Propagandalüge der Versuch, einen Verursacher und Akteur in all die Vorgänge hineinzuinterpretieren, die unerklärlich und beunruhigend gerade deshalb bleiben, weil sie ohne das Zutun von Menschen geschehen, die wenigstens subjektiv von einer Idee begeistert und von einem festen Willen durchdrungen sind. Deshalb erstirbt nicht nur das ganze Gerede über die atomare Gefahr und über die Bedrohung der Menschheit durch sie ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Sowjetunion wirklich ein atomares Pulverfaß und jedes Kernkraftwerk dort eine potentielle Höllenmaschine geworden ist. Sondern sie sind alle wie vom Erdboden verschluckt, die Menschheitsprobleme und Menschheitsaufgaben von Format, von genug Format, um damit auch die Sonntagsbeilage zu füllen.

Es war einmal, daß die - richtige oder falsche - Idee die Massen ergreifen und begeistern mußte, um selber zur materiellen Gewalt zu werden wie 1789 oder 1917. Im Atomzeitalter, heißt die Botschaft, kommt die Geschichte ohne Ideen und ohne Massen aus - noch nie waren die Menschen so überflüssig. Kein Wunder daher, daß manche zum Islam, der Religion des Fatalismus, konvertieren, und viele etwas trübsinnig werden.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 9/91 über das deutsche Engagement im jugoslawischen Bürgerkrieg

Konkret 10/91, S. 26

Slobodan Milosevic

100.000 Serben auf der Flucht

KONKRET-Dokument

Mit der fanatischen Parteinahme aller ihrer Parteien und fast aller ihrer Zeitungen und Fernsehanstalten für das kroatische Tudjman-Regime haben die Deutschen ihren Nachbarn gezeigt, daß sie zur Gleichschaltung keinen Führer brauchen. In Belgrad zogen 40.000 Serben vor die deutsche Botschaft, um gegen die Fortsetzung einer deutsch-kroatischen Bündnispolitik zu protestieren, deren Opfer schon zweimal in diesem Jahrhundert die Serben waren. In Den Haag hielt der serbische Präsident Slobodan Milosevic am 7. September vor der Konferenz über Jugoslawien eine Rede, die in ihrer Klarheit und Vernünftigkeit verstehen läßt, warum die Deutschen mit ihrer antiserbischen Hetze so allein dastehen

Die jugoslawische Krise, derentwegen diese Konferenz einberufen wurde, ist die Folge einer einseitigen sezessionistischen Politik, zunächst betrieben von Slowenien, dann von Kroatien. Sie haben damit die verfassungsmäßige Ordnung in Jugoslawien aufs Spiel gesetzt. Darüber hinaus hat ihre Sezessionspolitik das Problem der Grenzen, der Souveränität und der Verletzung von Menschenrechten aufgeworfen, was zu Konflikten und Blutvergießen führte.

Illegale Waffenimporte, die Bildung paramilitärischer Einheiten und die Bewaffnung von Mitgliedern der herrschenden Partei, die das Ziel verfolgen, in Kroatien ein totalitäres, chauvinistisches Regime zu errichten, verletzen unmittelbar die Menschenrechte und den Frieden und gefährden die umfassende demokratische Entwicklung in Jugoslawien.

Diese Politik gipfelte in der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kroatiens. Das Recht des kroatischen Volkes auf Unabhängigkeit das niemand bestreitet oder bedroht wurde durch die Beschlüsse der kroatischen Regierung mißbraucht zum Schaden desselben Rechts des serbischen Volkes auf Selbstbestimmung. Darüber hinaus leitete die kroatische Regierung sofort eine rücksichtslose Diskriminierung von Serben ein, indem sie deren unveräußerliche Menschenrechte verletzte und indem sie ihre Souveränität und Unabhängigkeit durch fortgesetzte bewaffnete Angriffe auf die von Serben bewohnten Gebiete demonstrierte. Die Flucht von über 100.000 Menschen von Kroatien nach Serbien ist eine direkte Folge dieser Politik. Im Gegensatz dazu gibt es keinen einzigen Kroaten, der aufgrund nationaler Diskriminierung aus Serbien geflohen wäre. Es ist offensichtlich die herrschende kroatische Regierung, die die in der Republik Kroatien lebenden Serben gezwungen hat, sich zu organisieren und zu verteidigen, um die Wiederholung des Völkermords zu verhindern, den ein früherer unabhängiger kroatischer Staat im zweiten Weltkrieg beging.

Die Serben aus den Autonomen Provinzen Krajina und Slawonien, Baranja und West Srem sind eine der Parteien in den bewaffneten Konflikten in Kroatien. Gemäß den in Belgrad unterzeichneten Verträgen wachen sie als gleichberechtigte Partner über den Waffenstillstand. Ich halte daher die Beteiligung ihrer legitimen Vertreter an dem Prozeß, der heute eingeleitet werden soll, nicht nur für nötig, sondern für unverzichtbar.

Serbien erwartet von dieser Konferenz, daß sie die Prinzipien aufstellt und durchsetzt, auf deren Grundlage die Krise in Jugoslawien in friedlicher, demokratischer und legaler Weise gelöst werden kann. Für alle Teilnehmer sollten dieselben Grundsätze gelten, damit garantiert ist, daß diese objektiv und gerecht sind. Denn das ist eine Voraussetzung, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen.

Die Hauptsorge gilt jedoch der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen und der Garantie von Bedingungen, die einem gerechten und dauerhaften Frieden dienlich sind.

Jugoslawien existiert nur in seinen gegenwärtigen Staatsgrenzen als legitimiertes und international anerkanntes Subjekt. Seine internen Grenzen sind nur von administrativer Bedeutung und waren nie als Staats- oder ethnische Grenzen gedacht. Alle Beschlüsse, die diejenigen jugoslawischen Teilrepubliken gefaßt haben, die einseitig ihre staatliche Souveränität innerhalb ihrer jeweiligen administrativen Grenzen und den Vorrang ihrer Gesetze gegenüber den Bundesgesetzen erklärten, sollten nicht anerkannt werden. Mit der Forderung, die *internen* Grenzen dürften nicht verändert werden, soll in Wirklichkeit verschleiert werden, daß es illegale Versuche gibt, einseitig die *äußeren* Grenzen Jugoslawiens zu verändern. Dies geschieht dadurch, daß man die internen administrativen Grenzen zu Staatsgrenzen erklärt und damit die Einheit des Landes direkt aufbricht. Aus diesem Grunde würde die internationale Anerkennung derjenigen Republiken, die die Sezession begonnen haben, die Anerkennung illegaler und einseitiger Akte bedeuten, die den Frieden und grundlegende Rechte anderer Nationen verletzen.

Gemäß seiner Verfassung die immer noch in Kraft ist ist Jugoslawien eine Staatengemeinschaft von Nationen und deren Republiken, die sich nach ihrem freien Willen in einem Bundesstaat zusammengeschlossen haben, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation. Konsequenterweise hat jede der sechs jugoslawischen Nationen das gleiche Recht auf Selbstbestimmung. Die Verfassung beinhaltet ebenfalls das Recht jeder Nation, sowohl in einem demokratischen Verfahren sich für seine Unabhängigkeit von Jugoslawien zu entscheiden, als auch in Jugoslawien zusammen mit anderen jugoslawischen Nationen zu verbleiben. Das Recht einer Nation, Jugoslawien zu verlassen, kann keinen Vorrang vor dem Recht anderer Nationen haben, in Jugoslawien zu verbleiben.

Berücksichtigt man, daß die rechtmäßige jugoslawische Verfassung keine Ausführungsbestimmungen für das Recht auf Selbstbestimmung enthält, so sollten alle jugoslawischen Republiken einheitlichen Prinzipien für seine Wahrnehmung zustimmen, die für alle jugoslawischen Nationen in gleichem Maße zu gelten hätten.

Allgemeingültige Richtlinien für das Recht auf Selbstbestimmung schließen Entscheidungen aus, die dasselbe Recht anderer Nationen aufs Spiel setzen. Genau dies macht den Unterschied aus zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und einseitiger Sezession.

Momentan versuchen die Kämpfer für einseitige Sezession mit Waffengewalt für sich Rechte zu erzwingen, die sie nicht haben. Mit anderen Worten: Sie wollen sich etwas aneignen, was ihnen nicht gehört, und berauben dadurch andere Nationen ihrer selben Rechte. Das ist der wahre Grund für die bewaffneten Auseinandersetzungen in Kroatien und den von der kroatischen Regierung betriebenen Staatsterrorismus gegen die Serben in der Republik Kroatien. Recht auf Selbstbestimmung beinhaltet, daß man weder dazu gezwungen werden kann, in Jugoslawien zu bleiben, noch dazu, es zu verlassen. Sämtliche Gründe für bewaffnete Kämpfe in Jugoslawien würden entfallen, wenn einfach nur diese Tatsache anerkannt würde.

Grenzen können nur bei einer Trennung von Jugoslawien verändert werden. Dies betrifft also nicht die Nationen und Republiken, die in Jugoslawien verbleiben.

Die Krise in Jugoslawien kann nur von den jugoslawischen Nationen bewältigt werden. Es ist ihr souveränes Recht, über ihre Zukunft zu entscheiden. Aus unserer Sicht besteht die Rolle der Europäischen Gemeinschaft darin, uns durch vorurteilsfreie und kompetente Vermittlung zu helfen, die Krise zu überwinden, ohne uns eine Lösung aufzuzwingen. Eine Lösung kann nur dann dauerhaft und rechtmäßig sein, wenn sie von allen jugoslawischen Nationen akzeptiert wird und die Rechte aller Seiten schützt.

Herr Vorsitzender,

Ich ergreife diese Gelegenheit, um Sie darüber zu informieren, daß kürzlich bei einem Treffen von hochrangigen Vertretern aus Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro in Belgrad eine Initiative gestartet worden ist für eine friedliche und demokratische Lösung der jugoslawischen Krise auf der Grundlage des oben erwähnten Prinzips, und für die Verabschiedung einer neuen Verfassung Jugoslawiens als eines gemeinsamen Staates gleichberechtigter Republiken, Nationen und Bürger. Ich versichere Ihnen, daß die Mehrheit der jugoslawischen Bürger wünscht, Jugoslawien als einen gemeinsamen Staat gleicher Nationen und Republiken zu erhalten.

Auch wenn die Belgrader Initiative von Vertretern der drei Republiken stammt, die bisher keine Trennung von Jugoslawien beschlossen haben, ist sie vollkommen offen für alle jugoslawischen Nationen und Republiken.

Lassen Sie mich den verehrten Teilnehmern dieser Konferenz versichern, daß die Republik Serbien, die im Verlauf ihrer Geschichte immer auf der Seite der erhabenen Ideale von Frieden, Freiheit und Demokratie gewesen ist, der Kommission und der Friedenskonferenz im Rahmen der oben geschilderten Standpunkte volle Unterstützung gewähren wird.

Vielen Dank.

Konkret 10/91, S. 28

Otto Köhler

»In bester deutscher Form«

Schon einmal haben litauische Freiheitskämpfer unter deutscher Anleitung gegen »jahrzehntelange Unterdrückung« rebelliert - 1941 gegen die durch die Juden

Sie herzten sich, sie küßten sich, die Freude war übergroß. Rita Süssmuth, die immergute Frau aus Bonn, umarmte den litauischen Präsidenten Vytautas Landsbergis, den Sprecher all der Kräfte, die sich so erfolgreich für das Ende der Sowjetunion eingesetzt haben. »Der Wille des litauischen Volkes«, sprach die deutsche Parlamentspräsidentin, »und Ihr Mut haben gesiegt«. Und sie betonte die deutsche Verantwortung für die litauische Geschichte.

Fünfzig Jahre zuvor hatte schon einmal litauischer Mut unter deutschem Beifall gesiegt. Dieser Mut triumphierte über den jüdischen Bolschewismus. Heute verlangt Präsident Landsbergis nach dem abgeschlossenen »Prozeß der Entstalinisierung« einen neuen »Prozeß der De-Bolschewisierung« und hat dazu auch schon einen entscheidenden Schritt getan.

Das ist - diesmal muß es gelingen - der dritte Prozeß dieser Art. Schon der erste vollzog sich mit großzügiger deutscher Hilfe. Nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg jagten in Litauen deutsche Freikorps zusammen mit baltischer Landwehr die jüdischen Bolschewisten und alles, was einen entsprechenden Eindruck machte. Gewiß, der deutsch-sowjetische Freundschaftspakt lieferte die baltischen Staaten 1940 an Stalin aus. Das führte allerdings nicht zu einer nachhaltigen Verstimmung gegen die Deutschen. Als die nämlich am 22. Juni 1941 in die Sowjetunion einmarschierten, wußten litauische Patrioten sofort, was zu tun war. Schon in der ersten Nacht nach dem deutschen Angriff gab es Pogrome gegen die Juden, begangen von Freiheitskämpfern gegen den Bolschewismus.

Diese auch aus deutsch-litauischer Freundschaft so hilfswilligen Partisanen wurden nach 1945 von sowjetischen Gerichten als Kriegsverbrecher abgeurteilt. Solche Urteile können im Rahmen der neuen De-Bolschewisierung keinen Bestand haben.

Während Rita Süssmuth zum Besuch ins nunmehr freie Baltenland aufbrach, meldete die ferne »New York Times« auf ihrer Titelseite, daß die neue litauische Regierung mit der Ausstellung von Entlastungsurkunden für diejenigen begonnen habe, die von sowjetischen Gerichten als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren. Über tausend Urteile seien bereits aufgehoben, mehrere tausend Urkunden sollen noch ausgestellt werden. Die Urkunden besagen, daß ihre Empfänger in den Augen der litauischen Regierung unschuldig sind und daß entweder sie selbst oder ihre Erben ein Recht auf Wiedergutmachung haben.

Unschuldig und entschädigungsberechtigt ist jeder Kriegsverbrecher, der unschuldig sein möchte oder dessen Erben ihn als unschuldig betrachtet wissen wollen. Die Urkunden wurden nämlich, wie der litauische Generalstaatsanwalt Artusas Palauskas betonte, normalerweise ohne neue Untersuchung ausgestellt, auf Antrag der - nunmehr ehemaligen - Kriegsverbrecher oder ihrer Verwandten. Zureichender Grund für die Unschuld: Urteile sowjetischer Gerichte dürfen nicht mehr anerkannt werden.

Zu den namentlich bekannten, nunmehr unschuldigen Litauern gehört Ignas Asadukas. Er war Polizeichef in einer Landregion Litauens und befehligte die Exekution von etwa 200 Juden in Oran. Unschuldig ist jetzt Julias Nevera, der gestanden hatte, nahezu 800 Menschen, vorwiegend Juden, erschossen zu haben. Unschuldig wurde auch Aloizas Juodes, Mitglied des 12. Litauischen Hilfs-Bataillons, in dem er sich mehrfach an Massenerschießungen beteiligte, 700 bis 1000 Personen allein in einem Ort bei Minsk.

Es gab - in den USA, nicht bei uns - Proteste gegen die litauischen Unschuldserklärungen. »Was sie tun, ist eine Beleidigung der Geschichte und eine schwere Mißhandlung der Gerechtigkeit«, meinte Rabbi Marvin Hier vom Simon-Wiesenthal-Zentrum in Kalifornien.

Doch die Zeit der Opfer und ihres Protest- und Klagegeschreis ist vorbei. Jetzt haben die eigentlichen Sieger des Zwanzigsten Jahrhunderts das Wort, und sie werden es sich nicht mehr nehmen lassen. Eine Rückbesinnung auf die Hochzeiten deutsch-litauischer Zusammenarbeit wurde mit großer Umsicht in den letzten Jahren auf den Tagungen des Arbeitskreises für Nationalitäten- und Regionalprobleme in der Sowjetunion, Ostmittel- und Südosteuropa zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Südosteuropagesellschaft in Angriff genommen. In ihrem Auftrag hat der in Estland aufgewachsene weithin angesehene Diplomat und emeritierte Ostrechtler der Universität Köln, Boris Meissner, einen aufschlußreichen Tagungsband zusammengestellt, der kaum noch Zweifel läßt, wohin die Reise geht. »Die Baltischen Nationen« heißt dieser Sammelband, der 1990 im Kölner Markus-Verlag erschienen ist. Boris Meissner würdigt den »Umbruch im Zeichen von Perestrojka und Glasnost«, der »die Bedeutung und zugleich die Brisanz der Nationalitätenfrage für die Sowjetunion als Vielvölkerstaat sichtbar« werden lasse. Es seien vor allem die »baltischen Nationen« gewesen, die sich an »die Spitze eines Prozesses« gestellt hätten, der auf eine »tiefgehende Umgestaltung« des

»engeren Sowjetimperiums« gerichtet sei. Völlig zu Recht schreibt Meissner im Januar 1990, daß die »Baltische Frage« weiterhin als »offen« anzusehen sei.

Diese Offenheit füllt sich in einem Beitrag des US-Politikwissenschaftlers V. Stanley Vardys historisch auf, der die »Entwicklung seit 1940« würdigt, den »nationalen Widerstand« gegen Stalins Herrschaft, der sich an Deutschland hielt, einen - wie der Politologe nüchtern feststellt - »natürlichen Verbündeten aufgrund geographischer Nachbarschaft und antikommunistischer Einstellung«. Diese Entscheidung des Widerstands für Hitler war natürlich hochwillkommen: »Die Deutschen, die jetzt ihr Unternehmen `Barbarossa' durchführten, betrachteten es als günstig, litauische Untergrundgruppen als Fünfte Kolonne einsetzen zu können.«

Das war - in der Tat - günstig. Denn die Deutschen hatten als hochentwickeltes Kulturvolk bei ihrem als notwendig betrachteten Vernichtungsfeldzug im Osten ein Problem, das ein helles Licht auf die menschlichen Züge der Organisatoren des Holocaust wirft. Der Berliner Historiker Hans-Heinrich Wilhelm hat unlängst im Lettischen Staatsarchiv Riga einen Befehl des Reichsführers SS an alle Dienststellen im Osten entdeckt, der von beachtlicher Fürsorge für die Tötungsspezialisten zeugt. In dem Befehl, der so auch an die Schutzpolizei-Dienstabteilung Libau ging, stand durchaus nicht ohne Anlaß:

»Heilige Pflicht der höheren Führer und Kommandeure ist es, persönlich dafür zu sorgen, daß keiner unserer Männer, die diese schwere Pflicht zu erfüllen haben, jemals verroht oder an Gemüt und Charakter Schaden erleidet. Diese Aufgabe wird erfüllt durch schärfste Disziplin bei den dienstlichen Obliegenheiten, durch kameradschaftliches Beisammensein am Abend eines Tages, der eine solche schwere Aufgabe mit sich gebracht hat. Das kameradschaftliche Beisammensein darf aber niemals mit Alkoholmißbrauch endigen. Es soll ein Abend sein, an dem - den Möglichkeiten entsprechend - in bester deutscher häuslicher Form zu Tisch gesessen und gegessen wird und an dem Musik, Vorträge und das Hineinführen unserer Männer in die schönsten Gebiete deutschen Geistes- und Gemütslebens die Stunden auszufüllen haben.«

Um diesen Männern ihr eigenes Leben nicht noch schwerer zu machen, als es schon war, erwies es sich als zweckmäßig, auf den Beistand von anständig gesinnten Hilfsvölkern zurückzugreifen. Und das bewährte sich gerade in Litauen. »Antisowjetische Partisanen machten ihre Sache besser als erwartet«, rühmt 1990 der bereits zitierte Vardys den Beistand »litauischer Untergrundgruppen« für die Deutschen. »24 Stunden nach dem Angriff der Deutschen«, so erinnert er an das Unternehmen Barbarossa, »hatten sich die Litauer gegen die Sowjets erhoben, einige größere Städte eingenommen und in Kaunas eine provisorische Regierung errichtet.«

Überflüssige Einzelheiten über die Tätigkeit dieser Regierung erwähnt der Wissenschaftler heute nicht, das tat damals der Chef der Einsatzgruppe A, Dr. W. Stahlecker, in seinem Bericht an Heinrich Himmler über die Vorgänge in Litauens damaliger Hauptstadt Kaunas (deutsch: Kauen): »Dem Führer der bereits oben erwähnten Partisanengruppe, Klimaitis, der hierbei in erster Linie herangezogen wurde, gelang es, aufgrund der ihm von dem in Kauen eingesetzten kleinen Vorkommando gegebenen Hinweise ein Pogrom einzuleiten, ohne daß nach außen irgendein deutscher Auftrag oder eine deutsche Anregung erkennbar wurde. Im Verlaufe des ersten Pogroms in der Nacht vom 25. zum 26. Juni wurden über 1.500 Juden von litauischen Partisanen beseitigt, mehrere Synagogen angezündet oder anderweitig zerstört und ein jüdisches Wohnviertel mit rund 60 Häusern niedergebrannt. In den folgenden Nächten wurden in derselben Weise 2.300 Juden unschädlich gemacht.«

Insgesamt kamen - nach Raul Hilbergs (»Die Vernichtung der europäischen Juden«) Feststellungen 5.000 Tote auf das Konto des Freiheitskämpfers Klimaitis - 3.800 in Kaunas, 1.200 in anderen Städten. Auch er hat ein Anrecht darauf - falls es noch nicht geschehen ist , vom Präsidenten Landsbergis als unschuldig erklärt zu werden. Auch im Sinne der deutsch-litauischen Freundschaft.

Stahlecker: »Es war aber nicht unerwünscht, wenn sie]die Sicherheitspolizei zumindest nicht sofort bei den doch ungewöhnlich harten Maßnahmen, die auch in deutschen Kreisen Aufsehen erregen mußten, in Erscheinung trat. Es mußte nach außen gezeigt werden, daß die einheimische Bevölkerung selbst als natürliche Reaktion gegen jahrzehntelange Unterdrückung durch die Juden und gegen den Terror in der vergangenen Zeit die Maßnahmen von sich aus getroffen haben.«

Aber es waren die Nazis, diediese emporflammende deutsch-litauische Freundschaft damals in Grenzen hielten. Auf der Berliner deutsch-sowjetischen Historiker-Konferenz im Juni dieses Jahres fragte Hans-Heinrich Wilhelm: »Wären die litauischen Antibolschewisten, die in Vilnius und Kaunas sofort nationale Komitees bildeten, in der Folgezeit von sich aus noch ganz anders gegen Kommunisten und Juden vorgegangen, wenn Berlin den litauischen Selbstständigkeitsbestrebungen nicht so brüsk den Boden entzogen hätte«?, und fügte hinzu: »Allein in Kaunas sollten vier konkurrierende Partisanengruppen gewütet haben, von denen nur eine in deutsche Dienste übernommen und in der Folgezeit zunächst fast nur zur Dezimierung der jüdischen Bevölkerung verwendet wurde.« Auch Lettland sei fast ausschließlich durch einheimische »Selbstschutzkräfte« von Juden »gesäubert« worden, die schon bestanden, bevor Seite an Seite mit der Wehrmacht die Einsatzgruppe A unter Dr. Stahlecker einzog.

Der konservative Historiker Helmut Krausnick - zwar CSU-Mitglied, aber auch einer der ersten, der zusammen mit Hans-Heinrich Wilhelm 1981 in »Die Truppe des Weltanschauungskrieges« die herzliche Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den SS-Einsatzgruppen bei der Vernichtung der Juden schilderte - schrieb mit ehrlicher Empörung: »Die Vorgänge dürften eines der peinlichsten Kapitel der deutschen Heeresgeschichte bilden. Gehörte es doch normalerweise zu einer der elementaren Pflichten einer Besatzungstruppe, auch in den ersten Tagn nach ihrem Einmarsch in eine größere Stadt für ein Mindestmaß allgemeiner Ordnung zu sorgen und grundsätzlich den Schutz der - gesamten - Bevölkerung zu übernehmen. Was statt dessen damals in Kaunas geschah, sprach den traditionellen Normen einer Besetzung durch deutsches Militär Hohn und war in seinen Erscheinungsformen nach dem Zeugnis eines ehemaligen Stabsoffiziers der Heeresgruppe Nord das Abscheulichste, was er in beiden Weltkriegen erlebt hatte. Denn in aller Öffentlichkeit, auf Straßen und Plätzen der Stadt, wurden die zusammengetriebenen Juden von litauischen `Partisanen' umgebracht, an einer Tankstelle, wie zwei Augenzeugen berichten, zu Hunderten der Reihe nach - totgeschlagen. Letzteres geschah nur 200 Meter vom Quartier der Führungsabteilung der 16. Armee entfernt, unter den Augen einer großen Menschenmenge, darunter ungezählten deutschen Soldaten in ihren Uniformen, wie dies erhalten gebliebene fotografische Aufnahmen in abstoßender Weise dokumentieren. Einem als Dolmetscher verwendeten Wissenschaftler, der sich voller Empörung an den Ic der Armee wandte, wurde von diesem erklärt, man habe Befehl, in dieser internen Auseinandersetzung neutral zu bleiben.«

Solche antikommunistischen Partisanen waren ein fester Faktor im deutschen Vernichtungsprogramm. Fünf Tage vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion hatte Heydrich den Höheren SS- und Polizeiführern mündlich eine Direktive gegeben, die er am 29. Juni 1941 schriftlich so fixierte: »Den Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten ist kein Hindernis zu bereiten. Sie sind im Gegenteil, allerdings spurenlos, auszulösen, zu intensivieren, wenn erforderlich, und in die richtigen Bahnen zu lenken, ohne daß sich diese örtlichen `Selbstschutzkreise' später auf Anordnungen oder auf gegebene politische Zusicherungen berufen können. Da ein solches Vorgehen nur innerhalb der ersten Zeit der militärischen Besetzung aus naheliegenden Gründen möglich ist, haben die Einsatzgruppen und -kommandos der SP und des SD im Benehmen mit den militärischen Dienststellen möglichst bestrebt zu sein, raschestens in die neu besetzten Gebiete wenigstens mit einem Vorkommando einzurücken, damit sie das Erforderliche veranlassen können.«

Übertriebene Ansprüche auf Wiedergutmachung sollten die litauischen Selbstreinigungskräfte allerdings nicht stellen, denn ihre sicherlich großen und ehrlichen Bemühungen wurden von deutscher Seite nicht immer als voll befriedigend eingeschätzt. Anfang 1942 verglich der Befehlshaber der Einsatzgruppe A, W. Stahlecker, die Erfolge der Deutschen mit den Ergebnissen der litauischen Mordbemühungen: Während von »litauischen Freiwilligen« 5.000 Juden umgebracht worden seien, hätten seine eigenen Leute 136.421 Juden »zur Strecke gebracht«.

Heute sei es im Baltikum nicht mehr möglich, über all diese Fragen zu sprechen, jeder Versuch rufe Erbitterung hervor, sagte auf der deutsch-sowjetischen Historikerkonferenz der Rigaer Historiker Margers Vestermanis. 50 Jahre nach dem Holocaust habe er heute hier - es war der 15. Juni 1991 in Berlin - das erste Mal die Möglichkeit, über dieses Thema zu sprechen. Es sei gut, daß dies in Deutschland geschehe, sagte er und fügte hinzu: »Es wäre noch besser, wenn es in meiner Heimat geschehen könnte.«

Otto Köhler schrieb in KONKRET 9/91 über das »Recht des Siegers« in der ehemaligen DDR

Konkret 10/91, S. 30

Wolfgang Schneider

Deutschland erwacht

Ein Jahr nach der Wiedervereinigung sind die Deutschen nicht nur damit beschäftigt, ihre NS-Vergangenheit unter den Trümmern des DDR-Staates zu begraben - es scheint vielmehr, als wollten sie darüber hinaus die politischen Zielvorstellungen reaktivieren, denen sie vor 50 Jahren gefolgt sind

»Vielleicht werden die frühen neunziger Jahre dereinst als eine Inkubationszeit für den Beginn eines Anti-Antifaschismus gelten.«
»FAZ«, 28.8.91

Als der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe am 24. Juli, nach den Demonstrationen der ortsansässigen Bevölkerung für den Bau eines Supermarkts auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück, in der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« zunächst beklagte, daß »im Moment ... sich an Fürstenberg die Problematik der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt« festmache, ehe er sich anschließend darüber beschwerte, daß »viele Europäer und auch Nordamerikaner geradezu eine solche Reaktion erwartet (hätten), um sagen zu können: So sind die Deutschen, ... irgendwo noch verkappte Nazis«, da hatte er zwar mit seiner Klage vollkommen recht, fügte jedoch mit seiner Beschwerde den guten Gründen, die das Ausland längst hat, das wiedervereinigte Deutschland mit äußerstem Mißtrauen zu beobachten, bloß einen weiteren hinzu. Denn gerade weil in Fürstenberg nur geschah, was auch in Dachau, Weimar oder Neuengamme hätte geschehen können - und in Osthofen längst geschehen ist: dort haben sie ihr Einkaufszentrum auf ehemaligem KZ-Gelände und drohen mit Kirchenaustritt, sollte ihr Pfarrer sich weiterhin für die Einrichtung einer Gedenkstätte einsetzen , gerade weil also die Fürstenberger nur taten, was an ihrer Stelle die überwältigende Mehrheit ihrer Landsleute auch getan hätte, haben jene Völker, die von den Deutschen vor 50 Jahren überfallen worden sind, allen Anlaß, besonders aufmerksam zu verfolgen, was mit den KZ-Gedenkstätten und antifaschistischen Mahnmalen auf dem Territorium der ehemaligen DDR geschieht. Aus dem Umgang der Deutschen des Jahres 91 mit der Erinnerung an jene Menschen, die sie (bzw. ihre Vorfahren) in den Jahren 1933 bis 1945 verfolgt, gequält und ermordet haben, lassen sich nicht nur Schlüsse auf ihre gegenwärtige charakterliche Verfassung, sondern auch solche auf ihr zukünftiges Verhalten ziehen: Es gibt einen inneren Zusammenhang zwischen der Rehabilitation von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Funktionsträgern, die etwa mit der »Neupositionierung« der KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen unzweifelhaft verbunden ist, der Zustimmung, die der Neonazi-Schlachtruf »Deutschland den Deutschen!« bei mittlerweile der Hälfte der ostdeutschen Jugendlichen findet, und der unverhohlenen Sympathie, mit der angesichts einer keineswegs rosigen Zukunft Politiker, Journalisten und Wissenschaftler autoritär-faschistische Problemlösungskonzepte erwägen.

So selbstverständlich es daher gewesen ist, gegen Entscheidungen aufzutreten, die eine Verhöhnung von KZ-Opfern bedeuteten, so kurzschlüssig wäre es, wollte der kritische Beobachter der wiedervereinigten Deutschen seine Aufmerksamkeit ausschließlich auf die besonders spektakulären Konsequenzen einer Haltung richten, die hierzulande beinahe allen gemein ist und die in der öffentlichen Empörung über den »Privatpöbel« (Schorlemmer) von Fürstenberg sich erfolgreich verbergen konnte. Der eigentliche Skandal ist auch in diesem Fall der gesellschaftliche Konsens, aus dem sowohl die Erwartung floß, nun könne endlich auf KZ-Gelände wieder »normales Leben pulsieren« (»WAZ«), an dem aber auch diejenigen partizipierten, die für »eine würdige Auseinandersetzung mit der Geschichte« (Stolpe) plädierten, weil ihnen das internationale Ansehen der Deutschen am Herzen liegt (»Warum mußte erst wieder das Bild des 'häßlichen Deutschen' gemalt werden, bevor...?« - »TAZ«), und die nicht müde werden, den »verlogenen Antifaschismus der SED« für ein Verhalten verantwortlich zu machen, das zwar nicht gerade fein, aber durchaus verständlich sei. Die Fürstenberger, erklärte etwa Manfred Stolpe, den die »FR« nicht nur einen »Versöhner«, sondern auch einen »durchaus sensiblen Faschismus-Nachdenker« genannt und damit zu verstehen gegeben hat, daß der Mann dieselben charakterlichen Defekte aufweise wie der amtierende Bundespräsident und sich also für dessen Nachfolge eigne, die Fürstenberger seien »nicht nur von einer riesigen sowjetischen Garnison, sondern auch von einer Gedenkstätte, protegiert vom SED-Regime«, bedrängt worden: »Das war für die Fürstenberger wie eine weitere Besatzungsmacht«, die sie nun aber - wie der Historiker Janßen in der »Zeit« zufrieden feststellte - im Zuge ihrer erfolgreichen Revolution genauso abschütteln konnten wie jene andere: »Ein wesentliches Stück der Ideologie, von der sie sich eben erst befreit haben, war der Antifaschismus, der zur staatsbürgerlichen Pflicht erklärt wurde. Wen wundert es da noch, wenn jetzt das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird?«

Natürlich wundert es niemanden, und auch der »Zeit«-Redakteur, der darauf verzichtete, den DDR-Antifaschismus in Anführungszeichen zu setzen, weil er wohl ahnte, daß es einen anderen hierzulande nicht geben wird, hat gewußt, daß er eine rhetorische Frage formulierte, die sein herzliches Einverständnis mit dem in Fürstenberg allenfalls ein wenig plump artikulierten »Wunsch so vieler Landsleute nach einem normalen, von der Vergangenheit unbeschwerten Leben« (Janßen) nur um so deutlicher zum Ausdruck brachte. Dieser Wunsch und die Überzeugung, seiner Erfüllung stehe allein noch der

»von oben verordnete Antifaschismus« der DDR entgegen, einigt die wiedervereinigtuneinigen Deutschen über alle Antipathien und politischen Differenzen hinweg und erklärt die rasende Wut, mit der sie attackieren, was in der DDR auch nur vage an jenen Anspruch erinnert, den Klaus von Dohnanyi schroff von sich wies, als er in dem ihm eigenen Kauderwelsch in Zweifel zog, »ob es zu dem leistungsorientierten Übergang vom Nazi-Reich zur Bundesrepublik wirklich die psychoanalytische Alternative durch den Erwerb einer 'Fähigkeit zu trauern' gab«. Denn auch der antikommunistische Eifer der wiedervereinigten Deutschen zielt, entgegen dem Anschein, keineswegs auf die Untaten eines Regimes, das als 'stalinistisch' zu bezeichnen eine ähnlich euphemistische Vorstellung von Stalinismus voraussetzt wie die Beschimpfung der BRD als 'faschistisch' eine solche vom Wirken der Nazis, sondern er richtet sich in erster Linie auf die Entsorgung einer Vergangenheit, deren Erwähnung hierzulande noch immer heftigere Aggressionen auslöst als der Hinweis auf Stasi-Akten und Bonzen-Datschen.

Es war daher in den letzten drei Monaten beinahe vollkommen gleichgültig, welche Zeitung man las. Von der »Welt« bis zum »Neuen Deutschland« bemühten sich die Kommentatoren - selbst dort, wo sie sich empörten - um die Rechtfertigung eines Verhaltens, in dem sie ein Bedürfnis am Werke wußten, das auch sie verspüren und das die Fürstenberger unbeholfen zwar, aber stellvertretend für alle ausagierten: durch Denunziation eines Engagements, das, wie verkrüppelt auch immer, als antifaschistisches auftrat, sich die faschistische Vergangenheit ein für allemal vom Hals zu schaffen und mit den Trümmern des SED-Staates die Geschichte des NS-Staates endgültig zu verschütten. Dabei war jedes Argument recht: Während etwa die »TAZ« behauptete, daß »der verordnete Antifaschismus des SED-Staates mit seinem ritualisierten Gedenken der Opfer ... die Fürstenberger Lager-Zeugen bequem jeglicher Aufarbeitung ihrer Mitschuld (enthob)«, und auch der Berliner »Tagesspiegel« glaubte, daß in der DDR »die antifaschistische Propaganda ... wie ein Beruhigungsmittel die ernsthafte Auseinandersetzung (unterband)« - das Selbstverständnis der DDR und ihre Riten also dem allgemeinmenschlichen Bedürfnis nach Bequemlichkeit ebenso wie dem besonderen Unwillen der Deutschen, sich den Folgen ihrer gescheiterten Welteroberungsversuche zu stellen, durchaus entgegengekommen seien , waren andere ganz im Gegenteil davon überzeugt, daß »die SED durch die Monopolisierung des Antifaschismus ... eine gründliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit verhindert« habe (Stolpe), ja daß der urwüchsige und spontane Antifaschismus der DDR-Bevölkerung nicht zum Zuge kommen konnte, weil »man sie vier Jahrzehnte unmündig und in kargem Wohlstand gehalten, durch sowjetische Besatzer ständig bedrängt und durch fortgesetzte Antifaschismus-Sprechblasen ihre ernsthafte Beschäftigung mit der Vergangenheit der eigenen Umgebung mehr behindert als gefördert hatte« (»Volksblatt«).Selbstverständlich ist das eine so unsinnig wie das andere: Weder waren die Ostdeutschen damit zufrieden, daß sie ihre historische Schuld qua Teilnahme an einigen Demonstrationen, Gedenkstättenbesuchen und Kranzniederlegungen 'büßen' konnten (sie hätten sie angesichts der bolschewistischen Untermenschen und ihrer Statthalter, die ihnen nun wenigstens ein »zum plumpen Zeremoniell entartetes (!) Gedenken von Leid und Befreiung«]Rolf Schneider vorschrieben, gerne noch ein wenig vergrößert), noch hat es in diesem Land, dessen Bevölkerung von sich aus nicht mal das Morden einstellen wollte, nach der militärischen Niederlage des Jahres 45 auch nur den Versuch einer ernsthaften kollektiven Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus gegeben, einen nennenswerten Antifaschismus von unten, der durch einen »von oben verordneten« hätte abgewürgt werden können, schon gar nicht.

Ein paar Daten geben Auskunft über die Chance, die der Antifaschismus - verordnet oder spontan - hierzulande nie hatte: Eine Befragung, die die US-Militärverwaltung (OMGUS) im Dezember 1946 im besetzten Deutschland durchführte, ergab, daß die Bevölkerung sich aus 19 Prozent Nationalisten, 22 Prozent Rassisten, 21 Prozent Antisemiten, 18 Prozent 'harten' Antisemiten und 20 Prozent 'nur leicht' antijüdisch Eingestellten zusammensetzte. Die Befragung wurde im April 48 wiederholt, ihre Ergebnisse waren kaum verändert. Zwischen November 45 und Januar 48 wurden darüber hinaus mehrere Untersuchungen durchgeführt, die ermitteln sollten, ob die Deutschen bereit waren, eine kollektive Verantwortung für den 2. Weltkrieg zu tragen - zwischen 70 und 80 Prozent lehnten dies strikt ab. Auf eine entsprechende Frage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach bestritten 1961 88 Prozent der Befragten kategorisch jede Mitschuld an der Vernichtung der Juden. 1964 hält nur etwa die Hälfte der Deutschen den NS-Staat für ein Verbrecherregime (und noch 1990 meinen mehr als 40 Prozent in Ost und West, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt - ein Ergebnis, das die monströse Aussage des ehemaligen Präsidenten des Oberlandesgerichts Braunschweig, Rudolf Wassermann, erläutert, der in der »Welt« vom 28. August, in einem Beitrag, der Erich Honecker der »Folterung von Widerspenstigen« bezichtigte, voll Stolz erklärte, »daß die wissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik viel zur Desillusionierung des NS-Systems beigetragen« habe). Bereits 1969 aber fordern 67 Prozent der Befragten die Einstellung aller juristischen Verfahren und Sanktionen gegen NS-Verbrecher - nicht ganz so viele, wie heute auf einer unnachsichtigen Verfolgung von Stasi-Spitzeln bestehen.

Gelehrte Abhandlungen sind also nötig gewesen, um die Deutschen davon zu überzeugen, daß ihre Eroberungskriege und Völkermorde Verbrechen gewesen sind? Aber wer liest sowas schon? Nein, was Wassermann hier niederschrieb, belegt bloß ein weiteres Mal, daß jeder Versuch, die gründlich nazifizierte deutsche Bevölkerung zur Anerkennung ihrer Schuld und zur praktischen Kritik ihres Verhaltens anzuhalten, hat scheitern müssen - und wäre er ihren nationalistischen Impulsen und Exkulpationsbedürfnissen opportunistisch noch weiter entgegengekommen, als dies der offizielle Antifaschismus der

DDR mit seiner unangemessenen Hervorhebung des deutschen antifaschistischen Widerstands und mit seiner ignoranten Behandlung der Judenvernichtung schon tat.

Es ist daher nur folgerichtig, wenn die Deutschen nach ihrem Sieg über ein Regime, dem Willy Brandt völlig zu recht »Volksfremdheit« vorwarf, unverzüglich damit beginnen, jene Stätten zu schleifen, in denen sie vor allem »Herrschaftszeichen der Kommunisten« (»FAZ«) - also Symbole ihrer Niederlage - oder gar »Mittel der Agitation für die Opfer des Faschismus« (»Tagesspiegel«) erblicken. ‘Schleifen’ aber heißt, daß die KZ-Mahnmale der ehemaligen DDR systematisch ihrer spezifisch antifaschistischen Ausrichtung entkleidet und zu Einrichtungen umgewandelt werden, die »nicht mehr einseitig den Kampf des Guten gegen das Böse« (»Welt«), sondern »das gesamte System des Terrors« (Kultusministerium Brandenburg) in einer Weise darstellen sollen, die die Opfer der Deutschen unter den deutschen Opfern verschwinden läßt. (Aus einem Brief, den der Präsident des Internationalen Buchenwald-Komitees, Pierre Durand, am 5. August an den thüringischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Fickel, geschickt hat, geht hervor, daß in die Landtagskommission, die sich mit der »Neukonzeptionierung« der KZ-Gedenkstätte Buchenwald beschäftigen soll, kein Vertreter der deutschen Lagergemeinschaft Buchenwald, also kein Vertreter der ehemaligen inhaftierten deutschen Antifaschisten, berufen worden ist, dafür aber ein Gutachter, der »damit befaßt war, Personen zu verteidigen, die zwischen 1945 und 1950 durch Beschluß der Alliierten interniert worden sind«.)

Zwar entspricht ein derartiges Vorhaben ziemlich präzise dem Bild, das die Deutschen von sich und dem Unrecht, das ihnen im Laufe dieses Jahrhunderts zugefügt worden ist, haben, es bedarf dennoch einer massiven propagandistischen Unterstützung vor allem im Blick auf das europäische Ausland, das den antifaschistischen Widerstand nach wie vor ehrt: Mitterand läßt schließlich nicht nur atomare Kurzstreckenraketen stationieren, die auf Ziele in Deutschland gerichtet sind, er gibt auch Empfänge für Angehörige der Résistance und Vertreter der Lagergemeinschaften, was weder einem Bundeskanzler noch einem Bundespräsidenten je in den Sinn kam. Es bedarf einer publizistischen Kampagne aber auch, um sich den Genuß einer Erleichterung zu verschaffen, die daraus resultiert, daß die schuldabwehrenden Ressentiments und Nivellierungsbedürfnisse, denenzufolge das, was Honecker, Mielke und Wolf den Deutschen taten, dem, was Hitler, Eichmann und Höß über die Menschheit brachten, durchaus ebenbürtig ist, überhaupt öffentlich artikuliert und von den eigenen Landsleuten positiv sanktioniert werden. Die exzessive Art, in der dies in den letzten Monaten geschah, läßt allerdings nur den Schluß zu, daß die wiedervereinigten Deutschen entweder tatsächlich, wie Wolfgang Pohrt in KONKRET 9/91 ihr Engagement für »die völkische Diktatur eines faschistoiden Regimes« in Kroatien interpretierte, glauben, sie stünden vor einem Abgrund und jetzt sei schon eh alles Wurscht, oder - wie stets, wenn ihnen ihre Vergangenheit sauer aufstieß - bloß die Beherrschung verloren und zurück in das Wahnsystem gefunden haben, das ihre weltpolitischen Auftritte seit einigen Generationen leitet.

»Die schlimmste Hinterlassenschaft der DDR ist ein latenter Faschismus«, verkündete da am 19. August die »Süddeutsche Zeitung« - ungeachtet der Tatsache, daß die DDR einen manifesten vorgefunden hatte. »Es gibt keinen unschuldigen ‘Antifaschismus’«, tönte am 22. Juli die »FAZ« - und schlußfolgerte: »Der ist deshalb auch kein Erbe der alten DDR, das es zu bewahren gilt« (sondern eines, wir wissen es bereits, von dem die Deutschen sich nun endlich »befreit« haben). Der Vorsitzende des thüringischen Schriftstellerverbandes, Henning Pawel, der am 13. August in der »TAZ« befunden hatte, es gebe »würdige und unwürdigeFührer im Leben der Völker«, Erich Honecker aber sei »von Anfang an kein würdiger Führer (!)« gewesen, durfte eine Woche später an gleicher Stelle »ein gesamtdeutsches Tribunal für Nazis und Stalinisten« fordern, bei dem Honecker »auf einer Anklagebank« neben »den Richtern am Volksgerichtshof, die 14jährige Kinder hängen ließen ... Mielke neben dem noch lebenden Chefadjutanten der SS und Gestapohäuptlingen« und »Mittag, der Planer der DDR-Volkswirtschaft, neben den noch lebenden Planern der Nazi-Vernichtung« sitzen sollten.

Unter der programmatischen Überschrift »Die Vergangenheit bewältigen« zog am 16. August, ebenfalls in der »TAZ«, der grüne Realo Udo Knapp gegen den »verlogenen Antifaschismus der SED« und »das Antifa-Gerede Linker im Westen« vom Leder. In Wahrheit, so erklärte er, bringe Antifaschismus Faschismus hervor - »Die Skins in der alten DDR ... sagen nur laut, was sie in der antifaschistischen Erziehung in den DDR-Schulen gelernt haben« - und sei der SED-Staat die Fortsetzung des NS-Staates mit gleichen Mitteln gewesen: »Mit der Vernichtung von ungefähr 150.000 Menschen in den von der SED fortbetriebenen KZs hatte das Regime gleich nach dem Krieg unter den Augen der Anwohner und der Öffentlichkeit begonnen«; in der alten BRD dagegen sei»demokratischer Antifaschismus ... zur Staatsräson für alle demokratischen Parteien geworden«.

Wenn sich derlei auch nicht mehr angemessen kommentieren läßt (selbst der Hinweis darauf, daß Knapp, um die Effektivität der ostzonalen Gaskammern herauszustreichen, die Zahlenangabe der diesbezüglich gewiß nicht zimperlichen »FAZ« glatt verdreifachte, wirkt deplaziert und bestätigt nur die Erfahrung, daß für die »TAZ« keine Ekelschwelle zu hoch und keine Schamgrenze zu weit ist), so läßt es sich doch vielleicht noch überbieten? Bitte, Herr Schueler: »In gewisser Weise erscheint das realsozialistische Unterdrückungssystem im Rückblick sogar listiger, lückenloser und effizienter als das nationalsozialistische. ... Hitler hat seine Gewaltherrschaft - bis auf den Holocaust und die Euthanasie - offen angestrebt und betrieben; die Sowjet-Satrapen Ulbricht und Honecker haben versucht, sie zu camouflieren« - was ihnen

offenbar so gut gelang, daß der Holocaust, den sie »betrieben«, bis heute verborgen blieb. Den nämlich hätte Schueler den verschlagenen Kommunisten nicht so nebenher durchgehen lassen wie den immerhin grundehrlichen Nazis.

Wie die »Zeit«, in der Schuelers Text - überschrieben mit »Im Namen des geplagten Volkes« - auf Seite 1 erschien und die in der Woche drauf Horst Teltschik bestätigen ließ, daß der »psychische und physische Terror in der DDR ... in seiner Verfeinerung und Subtilität und damit in seiner Menschenverachtung seinesgleichen sucht« (und natürlich nicht findet), hat auch die »FAZ« Züge am Nationalsozialismus entdeckt, die ihn ihr sympathischer erscheinen lassen, als die DDR je hätte werden können: »Die vierzig Jahre Kommunismus bedeuteten in der Verwaltung einen tieferen Schnitt als die zwölf Jahre Nationalsozialismus. Das Hitler-Regime hatte in seinem 'Doppelstaat' (Ernst Fraenkel) immerhin Fundamentalplatten und Stützpfeiler der Rechtsstaatlichkeit bestehen lassen, auf die sich nach 1945 wieder aufbauen ließ«. Während Honecker & Co. mit Stützpfeilern und Fundamentalplatten hantierten, die offensichtlich nicht dazu taugten, in Deutschland eine Gesellschaft zu formen, die zu verhindern gewußt hätte, daß 50 Jahre nach dem Beginn der »Endlösung« bereits wieder öffentlich über die Rechtsstaatlichkeit der NS-Verwaltung räsoniert werden kann.

Oder über die Erfolge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik: »Aufregende Zahlen« entdeckte der Herausgeber der liberalen »Wirtschaftswoche«, Wolfram Engels, als er angesichts des ökonomischen Zusammenbruchs der ehemaligen DDR in seiner Kolumne für Heft 29/91 darüber nachdachte, »daß es auch in unserer aufgeklärten Gesellschaft ein Tabu gibt - unsere eigene Geschichte der Jahre 1933 bis 1945«. Dieses »Tabu der Nazizeit« aber müsse nun gebrochen werden, denn »die Wirtschaftsgeschichte der Nazizeit ist von ganz besonderem Interesse«. »Von 1933 bis 1936« nämlich »war Deutschland eine Marktwirtschaft, die sich deutlich von anderen Marktwirtschaften unterschied - so herrschte seit 1931 Devisenbewirtschaftung, seit 1932 Lohnstopp, seit 1933 Gewerkschaftsverbot« und seit 1936 eine Planwirtschaft, die aber Privateigentum - sofern arisch, versteht sich, aber die Juden sind Engels schnuppe - zugelassen und das Profitprinzip geachtet habe. Die Erfolge hätten sich unverzüglich eingestellt: Die Arbeitslosigkeit sei zurückgegangen und die Beschäftigung gestiegen, das Wachstum sei enorm gewesen - noch »1944 lag die Produktion trotz Bombenkrieg und Rohstoffmangel höher als 1939« - und die Preissteigerung äußerst niedrig, außerdem habe man das Haushaltsdefizit auf ein Minimum reduzieren können. »Diese Zahlen«, schrieb Engels, »sind so aufregend, daß ihre Gründe aufgedeckt werden sollten: Hat Hitler seine Wirtschaftserfolge mit brutalen Zwangsmaßnahmen - wie Stalin - erreicht, oder gibt es andere Erklärungen? Und falls es andere Gründe geben sollte ..., können wir auf Erfolgsrezepte nur deshalb verzichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat?« Weil er aber so nicht fragen würde, wenn er nicht längst überzeugt wäre, daß es höchste Zeit ist, von den Nazis zu lernen, hat Engels die Antwort, gekleidet in einen launigen Vergleich, gleich selbst gegeben: »Wir verzichten schließlich auch nicht auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, auf deutsche Schäferhunde und Chorgesang.«

II

Das war zu erwarten: Wer sich »vom Antifaschismus befreit« hat, wird mit seiner neuen Freiheit schließlich mehr anfangen wollen, als sich nur das schmachvolle Ende eines Unternehmens aus dem Kopf zu schlagen, an das jener so hartnäckig erinnerte. Er wird, so jedenfalls hofft er, wieder tun und lassen können, wonach ihm gerade der Sinn steht, ohne schlechtes Gewissen und ohne daß noch länger die Herrschaften dazwischenfunken, die ihm damals die Tour vermasselt und anschließend durch allerlei Maßnahmen, die sich aus dem Gang ihrer eigenen Geschäfte eher als aus dem Vorsatz zu strafen ergaben, dafür gesorgt haben, daß er nicht rückfällig wurde. Er wird ganz einfach neu beginnen wollen. Wie aber, wenn man ihm unverzüglich demonstrierte, daß seine Vergangenheit keineswegs vergangen ist und das, was er für abgebüßt und also erledigt hält, noch immer sein Verhalten ebenso bestimmt wie die Reaktionen der Mitwelt darauf? Wenn ihm zu dämmern begänne, daß er zum Anti-Antifaschisten nur wurde, weil er vom Faschismus nicht loskommt? Dann wird er entweder die Bemühungen intensivieren, um all das zum Verschwinden zu bringen, was ihn und andere an seine Schuld und an sein Versagen gemahnt; er wird möglicherweise aber auch - resigniert, trotzig, haßerfüllt - tatsächlich ganz von vorne beginnen und schon mal Zwangsarbeit mit Chorgesang und die Zerschlagung der Gewerkschaften mit einer Sportveranstaltung assoziieren.

Nur ein Vierteljahr lang konnten die Deutschen sich nach der Vereinigung ihrer beiden Staaten in dem Glauben wiegen, daß mit der Auflösung der DDR und dem Ende der über sie verhängten Reglementierungen das Ende einer Sühne für die Verbrechen des Nationalsozialismus gekommen sei, als die sie nicht nur ihre Zweiteilung, sondern auch die gesamte Nachkriegsordnung irrigerweise stets empfunden hatten, konnten die wahre »Stunde Null« beschwören, auf ihre nunmehr vollständige Rehabilitation verweisen und von einem Neuanfang träumen, bis Mitte Januar dieses Jahres der Golfkrieg ihnen schlagartig ins Bewußtsein rief, was sie längst ahnten, aber nicht wahrhaben wollten, und was sich wie Meltau schon über ihre Aufbruchsstimmung gelegt hatte: Nichts war vorbei, nichts abgegolten, nicht einmal sie selbst hatten wenigstens vergessen - noch immer bestimmten Gefühle einer Schuld sowohl ihre Wahrnehmung der Welt als auch ihr Verhalten, die sie nie würden abtragen können, noch immer reagierten sie mit Ablehnung und Haß auf diejenigen, die ihnen damals in die Quere gekommen waren und die sie, was gar nicht ihre Absicht war, nun wieder daran erinnerten. In einer Konstellation, in der sich ihre Vergangenheit immerhin so genau zu spiegeln schien, daß sie sie reflexhaft nochmals zu durchleben meinten, war plötzlich all das, was sie gerade endgültig losgeworden zu sein hofften, wieder da - der Diktator mit Großmachtplänen

und Völkermordambitionen, das erklärte Ziel, die Juden zu vergasen, der Bombenkrieg der Alliierten und ihr Sieg. Indem sie aber Bagdad mit Dresden identifizierten und sich durch die Bomben, die den Irak trafen, aus dem Frühjahr 91 ins Frühjahr 45 zurückkatapultiert wähnten, mußte den Deutschen aufgehen, daß die Absolution, die sie sich mit dem Niederreißen der Mauer selbst erteilt hatten, wirkungslos geblieben und keines ihrer Verbrechen je gesühnt worden war.

Der Schock des Dementis eines Versprechens, das die Deutschen sich selbst machten, das sie mit der Wiedervereinigung aber auch durch die ehemaligen Siegermächte beglaubigt sahen, sitzt tief, und man hat den Eindruck, als präge er in paradoxer Weise ihre gegenwärtigen innen- wie außenpolitischen Aktivitäten, indem er sie einerseits zur Intensivierung ihrer Entschuldungsbemühungen antreibt, indem er sie andererseits aber zunehmend von ihren letzten Hemmungen befreit. Diese Aktivitäten wirken nämlich zu einem Gutteil, als würden sie von Leuten durchgeführt, die wissen, daß sie keinen Ruf mehr zu verlieren haben, und die deshalb Rücksicht auf irgendeine Öffentlichkeit nicht mehr nehmen. Nach außen treten sie ganz offen in die Fußstapfen ihrer nationalsozialistischen Vorgänger und leisten den völkischen Bewegungen vom Baltikum bis nach Südosteuropa auf eine Weise Vorschub, die es schwer macht, darin nicht das Zitat zu erkennen. Auch im Innern sind sie nun nicht länger mehr allein damit beschäftigt, ein Bild der Nachkriegszeit zu entwerfen, das geeignet erscheint, den Blick auf ihre Kriegs- und Vorkriegsvergangenheit zu verstellen - es scheint vielmehr, als wollten sie darüber hinaus die Wert- und Zwangsvorstellungen wieder stimulieren, die in dieser sich austobten.

Noch allerdings sind sie vor allem damit beschäftigt, die nazistischen Völkermorde durch rückhaltlose Darstellung und geflissentliche Wiedergutmachung des Ungemachs, das den Mördern, ihren Unterstützern und Sympathisanten widerfuhr, zu ahnden, und so wird mit geradezu unheimlichem Eifer an der Kopie eines Engagements gearbeitet, für das es hierzulande ein Original gar nicht gibt: Da schlägt die Landtagsfraktion der sächsischen CDU vor, für »die Opfer des Kommunismus« Gedenkstätten »an den Orten des Grauens«, also etwa in Bautzen, zu errichten - während gleichzeitig die »FAZ« anregt, die KZ-Gedenkstätten in der ehemaligen DDR »bis zur Neukonzeptionierung ganz zu schließen«; da überbieten sich die Medien des Landes in ihren Forderungen nach »Wiedergutmachung« stalinistischen Unrechts und verkünden unisono: »Es darf nichts verjähren« - während gleichzeitig, von der Öffentlichkeit kaum registriert, das Oberlandesgericht München die Klage der 71jährigen Waltraud Blass auf Entschädigung für die Zwangsarbeit, die sie als Häftling des Konzentrationslagers Ravensbrück von 1943 bis 1944 hatte leisten müssen, wegen »Verjährung« abweist; da wird die Entschädigungsregelung als »Beleidigung« zurückgewiesen, die »SED-Opfern« pro Haftmonat 600 Mark zuspricht - während über die 150 Mark, die die NS-Opfer für jeden KZ-Monat erhalten, kein Mensch mehr spricht; da steht mit der Unrechtssprechung der DDR-Justiz auch der Status der von ihr Verurteilten als politisch Verfolgte und damit deren Rechtsanspruch auf Entschädigung schon längst außer Frage - während doch bis heute weder die im Zuge der NS-Euthanasie Ermordeten noch die Zwangssterilisierten, weder Zwangsarbeiter noch kommunistische Widerstandskämpfer, weder Schwule noch Kriegsdienstverweigerer, weder die Opfer medizinischer Versuche noch die als sog. »Asoziale« Eingesperrten und Umgebrachten als Verfolgte des NS-Regimes anerkannt worden sind (was sie bzw. ihre Angehörigen vom Rechtsanspruch auf Entschädigung ausschließt); da wird auch solchen »Justizopfern« volle Rehabilitierung und Anspruch auf Entschädigung zugesichert, »die gewaltsam Widerstand gegen das SED-Regime geleistet haben oder in der Nachkriegszeit von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt ... wurden« (»Spiegel«) - während hierzulande noch immer die 50.000 Todesurteile der NS-Militärjustiz als rechtens gelten; da verspricht die Bundesregierung, die Rehabilitations- und Entschädigungsverfahren für DDR-Opfer weitestgehend zu vereinfachen und zu beschleunigen - während sie gleichzeitig bekanntgibt, daß es auf absehbare Zeit keine Entschädigungsregelung für die noch lebenden etwa 700.000 Polen und 800.000 Sowjetbürger geben wird, die von den Nazis zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt worden waren (eine entsprechende Anfrage aus Prag hat die deutsche Regierung bislang nicht mal beantwortet); da kommt, ganz im Gegenteil, der österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora in einem für die bayerische Landesregierung erstellten Gutachten zu dem Schluß, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen 1945 aus der Tschechoslowakei den »Tatbestand des Völkermords« erfülle, weil sie von langer Hand vorbereitet und mit dem »Willen zur Zerstörung einer Volksgruppe« durchgeführt worden sei - ein Ergebnis, das, so vermutet am 7. August die »Frankfurter Rundschau«, »der Debatte über die von den Sudetendeutschen verlangte Entschädigung für ihre Verluste durch die CSFR neue Nahrung geben (dürfte)«.

Diese Liste, die sich unschwer erweitern ließe, dokumentiert nicht nur, daß das Rechtsbewußtsein hierzulande seit der Nazi-Zeit keinerlei Fortschritte gemacht hat, sie zeigt vor allem, mit welch zynischer Sorgfalt die »Befreiung vom Antifaschismus« dazu genutzt wird, den Faschismus vergessen zu machen. Man läßt ihn gleichsam hinter einer Version der DDR-Geschichte verschwinden, die, weil sie nichts als seine grobe Kopie ist, besonders geeignet erscheint, ihn zu verdecken, und die sogar dazu herhalten muß, die Tatsache, daß nun an den Deutschen wiedergutgemacht wird, was sie ihren Opfern antaten, als Effekt eines Lernprozesses zu verkaufen. »Der Bundesrepublik wird immer wieder der Vorwurf gemacht, bei der NS-Vergangenheit versagt zu haben. Man durfte deshalb erwarten, daß aus den damals gewonnenen Erfahrungen Lehren für den Umgang mit den Hinterlassenschaften des DDR-Regimes gezogen würden«, schrieb die »Welt«. Sie hat damit zu verstehen geben wollen, daß, wo eine DDR-»Hinterlassenschaft« anfalle, von einer solchen des NS-Staates keine Rede (mehr) sein könne.

Es sei denn, sie werde von einer Respektsperson gehalten, die zudem noch aus den NS-Hinterlassenschaften die richtigen Lehren zu ziehen versteht: »Ich glaube«, erklärte am 20. Juli dieses Jahres Manfred Stolpe während der Feierstunde in der Gedenkstätte Plötzensee, »der 20. Juli 1944 ist uns seit dem Oktober 1989 und dem Oktober 1990 näher gekommen, muß uns wichtiger werden. Denn der 20. Juli 1944 hat den Deutschen die Ehre gerettet und gibt die moralische Berechtigung, wieder in einem deutschen Staat zusammenzuleben.«

Man sollte sich in aller Ruhe klarmachen, was Stolpe da, im Jahr 1 nach der Wiedervereinigung, sagte, denn seine Botschaft reicht über den gewöhnlichen Anti-Antifaschismus weit hinaus. Sie ruft - auch wenn der »durchaus sensible Faschismus-Nachdenker« sich dessen nicht bewußt war - zur Neuauflage der nationalsozialistischen Macht- und Großraumpolitik ebenso auf wie die Erwägungen Wolfram Engels zur Anknüpfung an die NS-Wirtschaftspolitik. Was also wollten jene Militärs, an deren gescheitertem Attentat die Ehre der Deutschen hängt? »Sie verfolgten«, schrieb der Historiker Hans Mommsen, »anfänglich die Zielsetzung, das Regime im konservativ-autoritären Sinne umzubilden, den Einfluß von NSDAP und SS zu beseitigen, ohne die übrigen ‘Errungenschaften’, d.h. die Zerschlagung der selbständigen organisierten Arbeiterbewegung, die Herstellung der ‘Volksgemeinschaft’, die Wiederaufrüstung und die ersten Schritte der nationalsozialistischen Expansionspolitik sowie auch die Judengesetzgebung rückgängig machen zu wollen.« Später arbeiteten sie »in Fragen der unmittelbaren Kriegsführung« loyal mit der Staatsführung zusammen, da sie sich hinsichtlich der deutschen Eroberungsbestrebungen und der Vernichtung des Bolschewismus mit ihr in völliger Übereinstimmung befanden.

Ihre Kritik richtete sich im wesentlichen gegen SS und Gestapo, durch die sie die Position der Militärelite gefährdet sahen, und gegen Termine wie mangelhafte Vorbereitung der deutschen Raub- und Eroberungszüge (»Krieg zu unpassendem Zeitpunkt und unter ungünstigen Bedingungen eine Katastrophe für das Reich« - General Beck); nach den militärischen Erfolgen der Jahre 40 und 41 aber waren sie wieder begeistert bei der Sache. 1941 kommentierte Graf von der Schulenburg, ein enger Vertrauter Stauffenbergs, den Überfall auf die Sowjetunion so: Der »Führung des Reiches« sei »vom Schicksal übertragen die Auslöschung des Bolschewismus, die Schaffung des Reiches und Großwirtschaftsraumes Europa mit östlichen Aufbaugebieten, die Auflösung Rußlands und die Ersetzung des parasitären Kapitalismus durch eine neue Gemeinschaftsordnung.« Die ‘Ausschaltung’ der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben brauchte Schulenburg nicht eigens zu erwähnen, die verstand sich auch für die Männer, die die »moralische Legitimation für das neue gemeinsame Deutschland« (Stolpe) schufen, von selbst. Mitunter protestierten sie gegen antijüdische Maßnahmen, die ihnen zu weit gingen, gegen Massenerschießungen etwa - aber wie: »Die Erschießungen werden als eine Verletzung der Ehre der deutschen Armee, insonderheit des deutschen Offizierskorps betrachtet« (Freiherr von Gersdorff).

Und der 20. Juli? »Der bewußte Opfertod für die Nachgeborenen« (Stolpe)? Das Programm der Attentäter, die natürlich keineswegs sterben, sondern die Macht übernehmen wollten, und die sich auch dazu erst entschlossen, als die militärische Niederlage sich abzeichnete und die von ihnen angestrebte »hegemoniale Großmachtposition des Reiches in Mitteleuropa« (Klaus-Jürgen Müller) bedroht war, änderte sich in seinen Grundzügen kaum - noch 1944 wollte Staufenberg gemeinsam mit den westlichen Alliierten gegen die Sowjetunion marschieren. Auszug aus dem Entwurf der Regierungserklärung, die nach erfolgreichem Putsch über den Rundfunk verbreitet werden sollte: »Jeder wehrfähige Mann kann an der Front beweisen, was er ist und wie es mit seinem Willen zum Durchhalten steht. Maulhelden wollen wir nicht mehr dulden ... Die Familie als Urzelle völkischer Gemeinschaft wieder zu gestalten, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben ... Alle Deutschen, die deutsch fühlen und handeln, gehören zusammen ... Aber noch ist Krieg. In ihm gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland an der Front verteidigen.«

Was aber hat es zu bedeuten, wenn im wiedervereinigten Deutschland ein sozialdemokratischer Ministerpräsident für die Protagonisten eines politischen Programms wirbt, in dessen Zentrum deutsche Großmachtambitionen, die Gewinnung von Großwirtschaftsräumen, die Ausrottung der Kommunisten, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Schaffung der Volksgemeinschaft, die Errichtung eines autoritären Staates und die Diskriminierung der Juden steht? Nichts? Nur das, was es in all den Jahren auch bedeutete, in denen hierzulande mit dem 20. Juli eine der Lebenslügen der Nachkriegsdeutschen gepflegt worden ist, die es ihnen möglich gemacht hat, sich von Hitler - diesem Verräter - zu distanzieren, ohne sich ‘vom Faschismus befreien’ zu müssen? Aber wir sind nicht mehr in ‘all den Jahren’. Die Deutschen haben die Folgen ihres zweiten Griffs zur Weltherrschaft - soweit sie selbst davon betroffen waren - weitgehend wieder rückgängig gemacht und wissen nun, daß ihre Verbrechen ungesühnt bleiben. Berlin ist wieder die Hauptstadt eines deutschen Einheitsstaates, Genscher folgt Ribbentrops Spuren, »Rußland« ist »aufgelöst«, der Bolschewismus »ausgelöscht«, die »östlichen Aufbaugebiete« liegen offen, und auf Seite 1 der »Zeit« wünscht Gräfin Dönhoff den Deutschen »ein wenig mehr« vom Geist Friedrichs des Großen, der »sich die Macht, die er von Haus aus nicht besaß, zusammenrauben (mußte), gleich, mit welchen Mitteln«. Das machte aber nichts: »Vertragsbrüche, Koalitionswechsel, Überfälle auf den Nachbarn, das verursachte niemandem Kopfzerbrechen.«

Wolfgang Schneider kommentierte in KONKRET 8/91 die 100-Jahr-Feier der IG Metall

Konkret 10/91, S. 35

Oliver Tolmein

Nie wieder deutsche Linke?

Abschied von einem Zerfallsprodukt

Das gar nicht so neue Deutschland war gerade ein Vierteljahr alt, die Zeitungen hatten die Meldungen über Attacken neonazistischer Gewalttäter auf Flüchtlingsunterkünfte bereits in die Kurzmeldungsspalten verbannt, da war die Halbwertzeit der »Nie wieder...« Parole schon überschritten. Heute steht nicht mal mehr ihre Endlagerung an. Als Zerfallsprodukt der in den letzten Monaten stark beschleunigten Atomisierung der Linken wurde sie, dem ökologischen Trend der Zeit zum Wohlgefallen, rückstandsfrei entsorgt.

Als eine der ersten hatte Jutta Ditfurth, damals noch grüne »Radikale Linke«, angesichts der bevorstehenden Reichtstagswahlen und ihrer eigenen Kandidatur das »Nie wieder...« in ein »Na wenn schon« umgebogen. Während des Golfkrieges überzeugte dann die deutsche Friedensbewegung den einen und den anderen in der antinationalen Kampagne aktiven Linksradikalen vom Auseinanderbrechen der Volksgemeinschaft, so daß er sich die Frage stellte: »Wie kann man... antideutsch sein, wenn es keinen nationalen Konsens gibt, sondern die Nation zerstritten ist?« Schließlich zog »Heiner«, ehemals Redakteur der »Nie wieder Deutschland«-Kampagnen-Zeitung, den Schlußstrich unter das kaum über das Entwurfsstadium hinaus geschriebene Kapitel außerparlamentarischer Politik: »Die antinationale Orientierung, die ein Teil der Linken gegen die Wiedervereinigung vorgenommen hat, hat im Golfkrieg einen Knacks bekommen, obwohl ihre strategische Relevanz für Politikentwicklung bereits vorher in die Krise geraten war. `Nie wieder Deutschland' taugte zur Agitation gegen den Vereinigungsprozeß und zur Schärfung des Bewußtseins gegenüber der deutschen Geschichte. Als Theorieersatz ist die Formel untauglich, Konflikte wie den Golfkrieg zu erklären.«

Nun hat niemand den Golfkrieg ernstlich mit dieser »Formel« erklären wollen, so wenig wie die heute noch gern skandierten »Feuer und Flamme für diesen Staat«oder »Hoch die internationale Solidarität« als Staatsanalyse oder als Erklärung für die Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten gemeint sind. Daß der Versuch einer antinationalen Orientierung zudem plötzlich mit dem Etikett »Theorieersatz«, Prädikat »untauglich«, versehen und im nachhinein als, gerade mal, Agitationsformel und linksradikaler Sensibilisierungskurs in Sachen deutscher Geschichte gedeutet wird, macht die Kritik zwar nicht klarer, ebnet aber vielleicht den Weg zu ihrem (Miß-)Verständnis.

Das Engagement gegen die Wiedervereinigung erscheint im Nachhinein nicht als Beginn einer Reflektion grundsätzlicher Fehler der deutschen Linken, sondern als verschreckter Reflex auf eine überraschende Wende der Politik der Herrschenden. Es war die antinationale Variante der Betroffenen-Politik, eine Ein-Punkt-Bewegung, die sich allerdings dadurch auszeichnete, daß sie sich dem volksgemeinschaftlichen Konsens an einem zentralen Thema, wenn auch nur für kurze Zeit, entgegenstellte: bewußt - aber, wie sich dann zeigte, ohne die Bereitschaft, auch das eigene Selbstverständnis in Frage zu stellen. Der Blick blieb auf die Aktivitäten des Staatsapparats und die Operationen »des Kapitals« gerichtet. Da im Zentrum der Gesellschaft weniger durcheinandergewirbelt wurde als anfangs befürchtet und man die zentrifugalen Kräfte, die an den Rändern Minderheiten zusehends ins Abseits drängten und drängen, nicht wahrnahm, gaben die Kommentatoren und Kommentatorinnen bald schon Entwarnung: kein fahnenschwenkender Nationalismus, kein sofortiger Einsatz deutscher Truppen in aller Welt, kein sofortiges Verbot aller linken Organisationen - alles wird nur halb so deutsch bzw. schlimm.

»Manche unserer Prognosen aus dem letzten Winter treffen heute nicht genau zu«, resümierten, zwei für viele, »mir. und mar.« im »Arbeiterkampf«; es sei deshalb »unangebracht..., Assoziationen zum Nazifaschismus« herzustellen. Die parallel zum Vereinigungsprozeß etablierte »Euthanasie«-Diskussion (und ihre verborgene Praxis), die immer aggressiveren antisemitischen Aktionen und rassistisch motivierten Überfälle, aber auch die von Regierungsseite initiierte Grenzdiskussion, die zu Taten drängende Asylrechtsdebatte, die Legitimierung des Bundeswehreinsatzes außerhalb des NatoTerritoriums spielten in diesem Szenario so wenig eine Rolle wie die mittlerweile allgemein akzeptierte politische (und juristische) Gleichsetzung des real existierenden Sozialismus mit dem NS-Regime.

Die Wende zum Ende der antideutschen Orientierung brachte aber der Golfkrieg, genauer: die Angriffe des Irak auf Israel und der aus dem beredten Nicht-Verhalten (oder dem nicht nur gelegentlich ungleich beredteren Verhalten) der verbliebenen Linken von interessierter und weniger interessierter Seite entwickelte Antisemitismus-Vorwurf. Unversehens hatte die Geschichte auch die deutschen Antinationalisten und Antinationalistinnen eingeholt. Und wieder folgte auf die unerwartete Konfrontation mit unserer Vergangenheit der Reflex Betroffener anstelle der Reflektion von Revolutionären.

Statt der inflationären Verwendung des Antisemitismus-Vorwurfs mit einer präziseren Kritik an der katastrophalen Haltung weiter Teile der deutschen Linken zu Israel und gegenüber Jüdinnen und Juden zu begegnen und der zweifelsohne praktizierten Funtionalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs zum »Kampfbegriff innerhalb des innerlinken Stellungskriegs« (»hr.« im »AK«) durch eigene, anders motivierte Interventionen die Wirkung zu nehmen, wurde in schlechter alter Tradition »politische Desorientierung« gerügt und der angebliche Neben- dem vermeintlichen Hauptwiderspruch bedingungslos untergeordnet. Mehr noch: Daß antiisraelische und sogar antisemitische Positionen in der

Linken virulent wurden, wurde den Antisemitismus-Kritikern zur Last gelegt. »Broder hat m.E. viel zielgerichteter und routinierter all die Elemente an wirklichem und vermeintlichem Antisemitismus herausgekitzelt/-provoziert, die er vorher kannte...« Zwar beendet »hr.« seinen Artikel mit der Sollens-Erklärung: »Sowohl die theoretische als auch die politische Definition des Antisemitismus und ihre Scheidung von unmittelbarer politischer Interessenlage steht daher... bei uns noch an« - bei dieser pflichtbewußt-routiniert formulierten Absichtserklärung ist es dann, obwohl mit dem Ende des Kriegs am Golf die Gefahr »politischer Desorientierung« minimiert worden sein dürfte, aber auch geblieben und damit bei der in ihrer formelhaften Genügsamkeit skandalösen Feststellung: »Es geht nicht darum, linken Antisemitismus zu leugnen... Selbstverständlich gibt es ihn bei uns, und wir haben ihn in unserer Geschichte aufzuarbeiten.«

Es fällt schwer, als Zufall zu begreifen, daß ausgerechnet jetzt, da sich in Deutschland zusehends die Volksgemeinschaft formiert, die das vielfältig vorhandene Ressentiment bekanntlich mit besonderer Konsequenz in Taten übersetzen kann, die übriggebliebenen einheimischen Linken die Ausflucht ins kapitalistisch Allgemeine suchen: Allenthalben wird wieder über die Weltordnung, über Umstrukturierung im Kiez, über Brückenköpfe des Imperialismus und Kolonisierung der Dritten Welt geredet, geschrieben und räsoniert, als seien zwischendurch nicht viel mehr als ein paar Wiesen wiedervereinigt und zum Bauplatz gemacht worden. Dieser leidenschaftslose Abschied von der Kampagne »Nie wieder Deutschland« wird so zum Ausdruck eines vollständigen Scheiterns: Die Linke - jetzt und in diesem Kontext erweist sich die Verallgemeinerung als notwendig - ist nicht nur als staatsfeindliche Kraft von einiger Relevanz am Ende, sie paßt sich derzeit, wenngleich auf die ihr eigene Weise und mit der ihr eigenen Verzögerung, dem Zeit-Ungeist an und wird zum (oppositionellen) Teil im Deutschen System: ein bißchen sensibler im Umgang mit der Geschichte, doch auch »selbstverständlich« ein wenig antisemitisch, behindertenfeindlich und rassistisch - aber als antiimperialistische Antikapitalisten lassen wir nichts auf uns kommen.

Konkret 10/91, S. 36

Rainer Trampert

Förderung bei Wolgograd

Die Übernahme der DDR hat dem westdeutschen Kapital einen so unverschämten Boom beschert, daß Freude über jeden herrscht, der die Konkurrenz mit ein paar deutschen Ängsten tröstet

Am ersten Jahrestag der Wiedervereinigung ist die gesamtdeutsche Stimmung im Keller. Der Ostdeutsche hatte sich das verlockende Kaufhaus ganz anders vorgestellt, und der Westdeutsche fragt sich: Haben wir uns übernommen? Bleibt unsere D-Mark stabil? Ist der Staatshaushalt noch zu retten? Werden japanische, amerikanische und südkoreanische Konkurrenten wie die Geier über eine hilflose BRD herfallen? Überall lauern Schmarotzer: »Wir überweisen an unsere Brüder und Schwestern... allein in diesem Jahr über 140 Milliarden Aufbauhilfe, die Sowjets bekommen ... 13 Milliarden Abzugshilfe, die USA... haben von uns... über 18 Milliarden Aufmarschhilfe kassiert«, stöhnt die »Wirtschaftswoche«.

Was ihre politische Führung der BRD aufgehalst hat, kann auch Wolfgang Pohrt nicht »wirklich ganz begreifen«, denn »auch die überzeugtesten Großraumpolitiker... hätten inzwischen erkennen können, daß das Streben nach politischen Macht- und Einflußsphären im Osten eines nach dem eigenen ökonomischen Ruin geworden war« (KONKRET 9/91). Völlig entfesselt läßt der linke Krisentheoretiker Robert Kurz in seinem Buch »Honeckers Rache« auf Seite 88 die BRD mit einer halben Billion Mark Ausgleichslasten in die Knie gehen, auf Seite 89 steigert er sich auf eine Billion und auf Seite 93 sind es schon Billion*en*. Nur noch rhetorisch fragt er sich: Wird die ehemals reiche BRD, »die bisher den Ereignissen der Weltmarktkrise aus der Königsloge zuschauen konnte, gerade durch die Wiedervereinigung... in den Strudel der Zusammenbrüche mit hineingerissen«? Als Drahtzieher dieser Verschwörung macht er Erich Honecker aus, dessen Ossis »eine instinktive Arbeiter- und Bauernschläue an den Tag legen«, indem sie »ihr Wohlergehen einem der letzten übriggebliebenen Weltmarktgewinner aufgehalst« haben, während der dumme Helmut Kohl in die von den Ossis ausgelegten Fußangeln »getappt ist wie der Bär in die Falle«.

Den Ruin der Nation vor Augen, stammelt der Chefredakteur der »Wirtschaftswoche«, Prof. Dr. Wolfram Engels: »Wie naiv waren wir in unserem nationalen Freudentaumel.« Und er fragt sich, »wessen Errungenschaften eigentlich bedroht sind, wer eigentlich wen geschluckt hat, wer an wen angeschlossen wurde«? Die alternative »Tageszeitung« findet es allein schon »für die politische Hygiene wichtig..., allen Mythen über das Ende der DDR den Boden zu entziehen: Es war kein Anschluß, vielmehr die gnädige (!) Aufnahme einer völlig zerrütteten und ruinierten Gesellschaft.« Der »Spiegel« läßt auf dem Titelblatt einen zu Tode erschrockenen westdeutschen Bürger von überdimensionalen, fetten Wurstfingern auswringen.

Eine Versachlichung oder versuchsweise dialektische Verarbeitung des Themas scheint zu spät zu kommen. Der belgische Euro-Manager Andre Leysen wird von der »Wirtschaftswoche« gefragt: »Wird Ihnen auch angst und bange, wenn sie an die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands denken?« Er antwortet: »Nennen Sie mir mal ein Thema, bei dem die Deutschen ihre Ängste nicht zu Markte tragen. Das wird geradezu lustvoll zelebriert... Ihr Land hat ja noch immer die geringste Staatsverschuldung, die es in Europa gibt. Transferzahlungen in den Osten kann sich das alte Westdeutschland durchaus einige Jahre leisten... Das sind doch nicht nur verlorene Ausgaben, sondern lohnende Investitionen.« Wilhelm Nölling, Chef der Hamburgischen Landeszentralbank und einer, der als Sozialdemokrat mit der SPD die viel zu hohe Staatsverschuldung beklagt, kommt nicht ganz an einer Sachbetrachtung vorbei: »Das herausragende Ergebnis der westdeutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr ist entscheidend auf die positiven und belebenden Auswirkungen der deutschen Vereinigung zurückzuführen. Dieser Prozeß wirkte im Westen wie ein Konjunkturprogramm und stimulierte Einkommen, Verbrauch, Investition und Beschäftigung... Von der wirtschaftlichen Vereinigung gingen... auch positive Angebotswirkungen auf die westdeutsche Wirtschaft aus. Durch den starken Zustrom von Übersiedlern und die kräftig steigende Zahl von Einpendlern aus Ostdeutschland konnte das Produktionspotential... in beträchtlichem Umfang erhöht werden.« Und trotz aller Alimentierungen im Osten: »Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in unseren westlichen Haupthandelsländern nehmen in starkem Maße zu, weshalb sich ihre relative Position zur Bundesrepublik schwerlich verbessern dürfte...«

Das westdeutsche Kapital boomte wie kein anderes auf der Welt. Doch was Bolschewismus, Saddam Hussein und der Islam nie ganz vermochten, vermag allein die Spekulation darüber anzurichten, daß Deutschland nach zwei großen Niederlagen in diesem Jahrhundert wieder der Verlierer seiner eigenen Raubzüge werden könnte: Alle fühlen sich bedroht. Und so wird an den Ostdeutschen, an denen vieles wahrhaft zu fürchten ist, das Zubrot für Rentner und Arbeitslose gefürchtet. Dieses Zubrot macht sie erst zu dem Haßobjekt, das Meinungsforscher, Kolumnisten und Stammtische, rechte wie linke, verkünden.

Sie, die Ruinösen, halten sich »bauernschlau« schadlos an unserer Effizienz, statt sich anspruchslos »unserer Gnade« zu ergeben. Dadurch reißen die Ruinösen die Effektiven mit in den Strudel, halsen dem bisherigen Weltmarktgewinner ihr Wohlergehen auf (Kurz). So werden die Ineffektiven zu den eigentlichen Tätern, zu feisten Wurstfingern, die den

Produktiven auspressen. Das Bild vom Sieger, der gut ist, weil er Sieger ist, durchzieht nicht nur die politische Ökonomie, sondern alle Vergleiche. Der Westagent ist ein guter Agent, der Ostagent gehört verhaftet. Die westliche Polizeikugel schützt das Recht, die ostdeutsche kommt aus dem Gewehr Krimineller. Der westdeutsche Miethai erhält die Bausubstanz, der östliche Wohnungsinhaber wollte sie verkommen lassen. Westdeutsche Waren erhalten einen grünen Punkt, ostdeutsche gehören auf den Müll. Wer in der Sowjetunion Zeitungen und Parteilokale von Kommunisten schließt und Jagd auf sie macht, wie Jelzin dies tut, ist ein Demokrat. Wer die »Bild«-Zeitung verbieten möchte, wäre ein Diktator.

Die Jubelfeiern anläßlich der Grenzöffnungen trugen den Keim des späteren Hasses schon in sich. Die Westdeutschen hatten sich bis zum letzten Lumpenhund selber bejubelt, weil sie sich durch die Unterwerfung der anderen befreit fühlten von den nagenden Zweifeln an ihrer eigenen unterwürfigen Eingliederung in das Räderwerk der Effizienz. An bedrohlich wachsende Staatsschulden war da noch nicht gedacht worden. Daß nun von nichts anderem mehr die Rede ist, entzieht den Ossis noch jenes Mitleid, das den Flüchtlingen aus Ostpreußen einst zuteil wurde. (Nur nebenbei sei angemerkt, daß eine hohe oder niedrige Staatsverschuldung sehr wenig zum Glück oder Unglück der Menschen beiträgt. Jedenfalls läßt sich kein Indiz dafür nennen, daß Italienerinnen und Italiener doppelt so unglücklich sind wie Deutsche, weil dort der Staatshaushalt doppelt so tief im Minus ist; genausowenig ist erkennbar, daß Engländerinnen und Engländer achtmal glücklicher sind als ItalienerInnen, weil der englische Etat nach einem barbarischen Schrumpfungsprozeß auf ein Achtel der italienischen Schulden gesenkt wurde; gemessen am Sozialprodukt.)

Das wohl schaurigste Bild der aus dem finsteren Osten bedrohten Westdeutschen malt Robert Kurz in dem schon erwähnten Buch »Honeckers Rache«. Es soll hier beachtet werden, weil es beachtet wird und weil es stellvertretend für viele die tragische Anpassung Linker an das scheinbar Unvermeidliche bezeugt.

Den »antiquierten Linken« wirft Kurz vor, sie sähen unbegründet durch »ein vermeintliches ‘Viertes Reich’ den Revanchismus« neu »aufleben und die Oder-Neiße-Grenze bedroht«. Ihnen hält er entgegen, es fehle »nicht viel, und sämtliche Völker bis zum Ural würden sich freiwillig zu Provinzen dieses Reiches machen lassen«. Er bestätigt somit, wie gefährdet die Oder-Neiße-Grenze ist, aber ihm dient die mitleiderregende Vorstellung, daß alle »Völker« sich freiwillig dem deutschen Reich unterwerfen könnten, als Qualitätsbeweis: »So großartig die westliche Kreierung der unmittelbaren Weltgesellschaft auch genannt werden muß,... es kann dies nicht das letzte Wort der menschlichen Entwicklung bleiben.«

Großartig findet Kurz, daß die internationalisierten Kapitalströme »beim besten Willen nicht mehr in Kriege kapitalistischer Nationen untereinander umschlagen« können. »Jede nationalistische und imperialistische Option im alten Sinne« müsse sich so »ad absurdum führen und verdampfen«.

Ob die Zuspitzung der Konkurrenzen unter den imperialistischen Blöcken Europa, Nordamerika und Fernost gerade nach dem Wegfall des gemeinsamen Feindes »Bolschewismus« innerimperialistische Kriege verhindern wird, bleibt zumindest recht fraglich. Alles andere ist eine Frage der Definition. Sind Kriege um die Rohstoffverteilung keine imperialistischen im alten Sinne? Sind die Annexion der DDR, die Eindeutschung Kaliningrads und Schlesiens, die Anbindung der Balten und Kroaten, die Umsiedlungsaktion Rußlanddeutscher in die eingenommenen Freihandelszonen etc. keine imperialistischen Optionen?

Besonders großartig empfindet Kurz aber die durch »Adenauer« über die Westintegration geschaffene »Verwandlung der BRD in eine offene Weltmarktdemokratie«, in der heute »selbst in den Gerichtskorridoren... schon beamtete junge Männer mit Zöpfen und Ohrklips« herumtanzen. Dies habe sich entfalten können, weil die »Weltmarktvergesellschaftung im Westen die Arbeit entzauberte« und »trotz drohender Arbeitslosigkeit die Arbeitsmoral stetig (sinkt)«. Das internationale Kapital sei an die »Aufhebung der Arbeit herangerückt«, und »selbst bei den Top-Managern breiten sich... in Wirklichkeit... Fleiß-Unlust und Hedonismus aus«. Nur die Amerikaner sähen »fälschlich in den Krauts immer noch eine zähnefletschende Großmachtbestie, ... die diese beim besten Willen nicht sind«. Anders ging es im Ostteil der Nation zu: »Die DDR aber hatte ihrerseits die kapitalistische Form der Arbeit«, die in Westdeutschland überwunden ist, »nicht überwunden, sondern auf dem Totalisierungsniveau der Kriegswirtschaft historisch eingefroren«.

In Westdeutschland dagegen habe sich »ein multikulturelles Klima... als wechselseitiger Assimilationsprozeß« entfaltet, mit einem »Gaststättenwesen... in griechischer und italienischer Hand«, wo es mittlerweile »junge Spanier, Türken, Jugoslawen« seien, »die am lautesten ‘Ausländer raus’ brüllen«. Und »etliche Lokalfunktionäre der Republikaner« seien »selbst mit Türkinnen und Philippinas verheiratet, was... in der Ausländerfeindlichkeit Brüche erzeugen muß«... »Und gar für antisemitische Pogrome müßten sich die Deutschen heute, da auf diesem Gebiet ihre Vorfahren schon ganze Arbeit geleistet haben, wiederum selber gegenseitig als Juden definieren.« In dieser großartigen Welt sieht Robert Kurz selbst in dem Wuchern von nationalistischen und rassistischen Parolen etwa in Fußballstadien nur noch »ein Nachzucken der... schon toten nationalistischen Gefühlswelt«.

Ich kenne keine Türken, die am lautesten »Ausländer raus« rufen, sondern nur welche, die so beschimpft werden. Gäbe es sie, wäre dies ganz und gar kein Beweis für eine großzügige Weltgesellschaft, sondern einer für das elendeste Dasein, in

dem die Brutalität, die ihnen angetan wird, nur noch in der Überkompensation erträglich schiene. Dieses psychische Phänomen ist aus der Nazi-Zeit bekannt.

Wenn ein Republikaner-Nazi von seiner Bums-Klipper-Reise nach Fernost gleich eine philippinische Frau für Bordellarbeiten und den Hausputz mitbringt, wird er nicht zum Weltbürger, sondern bleibt das alte Dreckschwein. Der Hinweis, daß Deutsche sich schon selber als Juden definieren müßten, um überhaupt noch Pogrome zu entfachen, ist einfach schamlos. Daß das westdeutsche Proletariat faul geworden sei, ist eine Erfindung der Propagandaabteilungen in Kapitalisten- und Handwerkerverbänden, die Stimmung für die Aufhebung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und andere »Deregulierungen« erzeugen wollen. Der moderne Top-Manager, der sich einmal im Jahr für eine Woche in einem Esoterikkurs für 6.000 Mark ein früheres Leben als Abenteurer vorgaukeln läßt, ist die Inkarnation der Genußunfähigkeit. Der allgemeine Hedonismus läßt sich an den Verkehrsampeln studieren.

Dieser »feinen« Gesellschaft »lauert genau jene unproduktive staatsökonomische Version der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft« auf, »die soeben Bankrott angemeldet hat«. Die Philosophie dieser »kriegswirtschaftlichen Produktionsstrukturen... von Nordkorea bis zur DDR« könne nur so charakterisiert werden, daß Adolf Hitlers »Mein Kampf« und Ulbrichts Werke neben »den gesammelten Aussprüchen Fidel Castros funktionell auf derselben Stufe« stehen. Diese faschistoiden Bankrotteure zwängen jetzt den weltoffenen Bürger, Steuern zu zahlen, »die vom schwarzen Loch der Ex-DDR verschluckt« würden, ohne »daß die zur Kasse gebetenen Bundesbürger daraus den geringsten Nutzen ziehen könnten«. Wie der Vergleich mit Adolf Hitler ankündigt, droht aber nicht nur die wirtschaftliche Ausplünderung: »Es bleibt das autoritäre, rückständige, militarisierte Bewußtseinspotential der ehemaligen DDR selber, das seiner strukturellen Affinität zum alten Preußentum und sogar zur faschistischen Kommandowirtschaft wegen plötzlich ganz unerwartet wieder Morgenluft wittern könnte.« Das »Stasi-Syndrom« würde sich »umdrehen«, »um in die westlichen Apparate hineinzuwuchern«, und die Treuhandanstalt würde übermächtig werden, »wenn Regierung und politische Klasse nicht doch noch ... die Auflösung der Treuhand ansteuern« sollten. Da nunmehr Birgit Breuel Arm in Arm mit Stasis und Kommandofaschisten anrückt, fragt Robert Kurz resigniert: »Aber wer sollte die gerufenen Geister noch bannen können und auf welche Weise?«

Diese Beschreibung der Verhältnisse beruht auf viel Angst und wenig dialektischer Vernunft. Sie zeigt, wie unmittelbar die Angst vor einem Verlust der Reichtumsgesellschaft zu einer Anlehnung beim politischen Konservativismus führt und zur Übernahme des marktwirtschaftlichen Vernunftprinzips: Der Sieg des Starken und der Ruin des Schwachen sind moralisch legitim; wer nicht effizient ist, wird verdächtigt. Offenbar benötigen die Kritiker des deutschen Imperialismus das beruhigende Bewußtsein, er werde trotz linker Kritik schon siegen - wie die Grünen alle Diätenerhöhungen und Wahlkampfkostenrückerstattungen in dem sicheren Bewußtsein kritisieren, anschließend dennoch kassieren zu können. Der Gedanke, es könnte irgendwann nicht mehr so sein, macht die »Mitesser« dieser Welt zur Bedrohung und den bisher kritisierten deutschen Imperialismus zu einer großzügigen weltoffenen Gesellschaft.

Im einzelnen betrachtet ist an dem Gesamtbild wenig richtig, das meiste falsch und vieles genau entgegengesetzt. Daß das Arbeitsethos in der DDR nicht das geringste mit dem des Kommandofaschismus zu tun hatte, könnte Kurz beim Herausgeber der »Wirtschaftswoche«, Professor Dr. Wolfram Engels, lernen, der kürzlich die ‘Erfolge` der nazistischen Wirtschaftspolitik aufgezählt und angeregt hat, sie gegebenenfalls zu kopieren (vergl. den Beitrag von WolfgangSchneider in diesem Heft). Die Honeckers haben zwar die Menschen bis in die Wohnzimmer hinein ideologisch zu disziplinieren versucht, in den Betrieben jedoch, wo die Effizienz erzwungen werden mußte, fehlten die dazu notwendigen Instrumente. Dort herrschten weder kommandofaschistische Kriterien - wer nicht bis zum Umfallen arbeitet, wird als Volksschädling betrachtet , noch kapitalistische - wer nicht diszipliniert arbeitet, wird gnadenlos ausgesondert. Arbeiter, die stereotyp einen Eid auf den Sozialismus ablegten, was auch keine Freude ist, konnten morgens verschlafen, tagsüber »bummeln« und den Betrieb unter Mitnahme allerlei nutzbarer Sachen früher wieder verlassen. Obendrein, und darin liegt die Ironie einer scheinsozialistischen Gesellschaft, wurden sie noch als das Rückgrat der Republik besungen und gefeiert. In kapitalistischen Produktionsstätten hingegen herrscht eine disziplinarische und von der Lückenlosigkeit technischer Abläufe erzwungene Betriebsdiktatur.

Die Kritik an der Ex-DDR, soweit sie als bedrohlich empfunden wird, konzentriert sich auf ihre Ineffektivität. Diese Kritik muß konsequenterweise zumindest die Betriebsdiktatur wohlwollend in Betracht ziehen. Folgerichtig laufen einem immer häufiger Linke und Rechte über den Weg, die eine Überlegenheit der Marktwirtschaft mit Hinweis auf Taiwan und Südkorea beweisen wollen. Südkorea erzielte unzweifelhaft respektable Wachstumsraten zunächst über ausländisches Kapital, das deshalb nach Südkorea floß, weil dort erstens kein »Kommunismus« herrschte, sondern eine westfreundliche Diktatur, die zweitens die Löhne unten hielt und Streiks verbot, drittens das Land ausbluten ließ für Investitionsanreize, und es floß, weil viertens ein faschistoider Gleichschritt in der Arbeit angeboten wurde: Morgens Frühgymnastik, ein Gebet zur Ehrung der Firmenflagge, Absingen der Firmenhymne, tagsüber das motorische Abspulen von Denk- und Bewegungsabläufen, die dem konstanten Kapital die Angst einflößen, es müßte wieder durch das variable ausgetauscht werden. Dazu kommen vier Tage Jahresurlaub.

Nur durch diese totale Entmenschlichung ist eine gewisse industrielle Aufholjagd denkbar, wenn ein Land sich nicht über die Sklaverei, weltweite Rohstoffsicherung, räuberische Tauschverhältnisse und Kriege entwickelt. Dabei bleibt Südkorea dem Risiko ausgesetzt, daß das internationale Kapital noch günstigere Standorte finden könnte. Wer diesen Weg lobt, begräbt jeden Gedanken an Befreiung.

Wiederum nicht die aus dem Osten, sondern die weltoffenen Jungbürger mit den Ohrklips wagten einen endgültigen Tabu-Bruch. Über eine halbe Seite ging die »Tageszeitung« der Frage nach: »Ist eine Diktatur das größte annehmbare Unglück?« Sie ist es nicht. »Zwischen Kommandowirtschaft und einer sozial effektiven Marktwirtschaft liegt ein Abgrund, der nicht einfach durch Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnungspolitik überwunden werden kann. Einige sowjetische Ökonomen hatten in letzter Zeit nicht zufällig großes Interesse für Südkorea und Chile gezeigt, wo sich unter langandauernden diktatorischen Bedingungen letztlich Marktwirtschaften herausbildeten, was seinerseits nach einer Weile demokratische Entwicklungen immerhin begünstigte... Was ist, wenn (dieser Weg) sich unter bestimmten Bedingungen als der einzig gangbare erweist und als Alternativen nur Chaos, Bürgerkrieg und Armut bleiben? Sollte man dann jede Form einer Diktatur von vornherein verteufeln?«

Weder dem Herausgeber der »Wirtschaftswoche« noch den »TAZ«-Redakteuren darf unterstellt werden, sie würden die aktuell ausgegrabenen Leichenberge in Chile nicht bedauern. Der als Mythos denunzierten Utopie folgte die Fügung in das Unvermeidliche. Es ist dieser Geist, von dem Adorno sagte, er verhielte »sich zur Natur und zu den Menschen nicht anders als die Versicherungswirtschaft im besonderen zu Leben und Tod. Wer stirbt, ist gleichgültig, es kommt aufs Verhältnis der Vorfälle zu den Verpflichtungen der Kompanie an.« Und je lauter die zivilisatorischen Errungenschaften der ‘freien Welt’ gepredigt werden, desto barbarischer wird das Denken in diesen Gesellschaften.

Die Verteidigung von relativem Wohlstand kommt bisweilen dem großnationalen Gedanken in die Quere, wenn regionale Volksgemeinschaften der »Reichen« gegen den Versorgungsanspruch von Peripherien auftreten. Die lombardische Regionalpartei holte viele Stimmen mit der Forderung, der reiche Norden Italiens solle nicht länger die »Afrikaner« südlich von Rom alimentieren. Freude über den gebrochenen großnationalen Geist ist nicht angebracht, wenn man sich ansieht, wodurch er ersetzt wird. Die Metropolenideologie wendet sich gegen die Ansprüche aller Verarmten auf der Welt. Jeder - utopisch gedachte - Entwicklungsausgleich würde tiefgreifende Rückverteilungen an ökonomisch weniger entwickelte Regionen bedeuten. Die weltöffentlich inszenierte Vertreibung der Albaner aus Italien war eine bewußte Abschreckung, die nur noch eine Steigerung zuließ: Schießbefehl. Die Stimulierung gesamtnationalistischer Ressentiments ist dadurch nicht ausgeschlossen, wie das deutsche Beispiel zeigt. Westdeutsche grenzen Ostdeutsche aus, die sich schadlos halten an »fremden Eindringlingen«. Ich wiederhole, was ich anläßlich der deutschen Wiedervereinigung gesagt und geschrieben habe: Der gesamtdeutsche Nationalismus wird erst dann wirklich gefordert, wenn »Deutschland« das wieder genommen werden soll, was ihm heute zufällt. Die Gesamtversorgung der BRD aus den »Ostgebieten« wird einen Grad erreichen, der die Profiteure in der BRD West und Ost - wenngleich dort in bescheidenerem Umfang - Schulter an Schulter gegen renitente Russen vorgehen lassen wird. Die Basis für ein solches großnationalistisches Denken wäre dieselbe, mit der heute die Ossis als Bedrohung empfunden werden.

Nun zu der ökonomischen Seite der Frage, wer da eigentlich wen geschluckt habe. Unbestreitbar hat zunächst die BRD die DDR annektiert und mit der Währungsunion eine im Weltvergleich hoch entwickelte Industrieproduktion samt ihrem Binnenmarkt ruiniert. Dieser Markt hatte trotz der Unproduktivität der Bevölkerung ein Konsumniveau geboten, das 90 Prozent der marktwirtschaftlich organisierten Regionen auf der Erde nicht offerieren können. Der schon zitierte Prof. Engels faßte in der »Wirtschaftswoche« sachlich zusammen: »Stellen wir uns vor, Österreich träte der Bundesrepublik bei und der Schilling würde zum Kurs von eins zu eins auf Mark umgestellt. Dann gäbe es dort keinen Betrieb mehr, der noch wettbewerbsfähig wäre. Die heute so leistungsfähige österreichische Marktwirtschaft würde innerhalb weniger Wochen kollabieren. Dafür ist weder Markt noch Planwirtschaft... verantwortlich.«

Unbestreitbar hat die Zerstörung des Produktionsstandortes DDR höhere soziale Befriedungskosten verursacht als die Okkupanten sich das vorgestellt haben. Für wen sich das nationale Unterfangen nicht gelohnt hat, läßt sich ökonomisch leicht bestimmen. Zunächst haben die Bewohner der Ex-DDR einen erkennbaren Schaden. Das westdeutsche Kapital ist neben den Deutschnationalen, denen die Wiedervereinigung als solche ein vaterländischer Genuß ist, zunächst der große Nutznießer.

Die BRD-Branchen boomten fast haltlos. Im Juni 1991 hatte die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahresmonat noch einmal um 5,4 Prozent zugelegt. Das Wachstum des Sozialprodukts hielt sich zwei Jahre lang bei 4,5 Prozent. In England sank die Industrieproduktion um 5,6 Prozent, in den USA um 2,5 Prozent, in Österreich um 4,2 Prozent usw. Nur Japan kam mit einem Plus von 1,9 Prozent noch hinterher. An dem DDR-Boom waren fast alle Branchen beteiligt. Der Bankenumsatz explodierte um 21,4 Prozent in einem Jahr, der Straßenfahrzeugbau um 15,3 Prozent, der Einzelhandel um 13,6 Prozent. Auch die anderen Branchen hatten ansehnliche Wachstumsraten zwischen 6 und 10 Prozent. Nur der Maschinenbau kränkelte wegen des rezessionsbedingten Auftragsrückganges bei einem Plus von 1,6 herum.

Die Fachwelt frohlockte, daß die Zertrümmerung der DDR der BRD-Wirtschaft just über eine weltweite Rezession hinweggeholfen habe und sie jetzt wieder schadlos in die verbesserte Konjunktur hineingleiten könne. Erstes Anzeichen dafür sei die Auftragslage im Maschinenbau, die im Monatsvergleich Juni zu Mai 1991 um 12,5 Prozent angezogen habe. Im September wird gar ein Nachfrageschub für ostdeutsche Industriewaren um 63 Prozent gemeldet.

Diese hervorragende Konjunktur war auch ein Grund dafür, daß die D-Mark seit der Wiedervereinigung gegenüber den Konkurrenzwährungen um 8,5 Prozent an Wert gewonnen hat, während der Dollar 15 Prozent und der Yen 12 Prozent verloren.

»Ungünstige« Zahlen weist die Leistungsbilanz aus. Die Exporte litten unter der Rezession bei den Konkurrenten, und für die DDR-Nachfrage wurde außergewöhnlich viel importiert. Dazu kommt, daß die Exporte in die DDR nicht mehr als Exporte ausgewiesen werden. Den Devisenreserven tat das bisher nicht weh. Sie sanken unbedeutend von 95 auf etwas über 90 Milliarden.

Auf der anderen Seite der Bilanz steht, daß am Ende des Jahres in der Ex-DDR nur noch rund 50 Prozent der ehemals Beschäftigten in Lohn und Brot sein werden. Die anderen sind arbeitslos, im Vorruhestand, in Weiterbildungskursen, auf ABM-Stellen, in Kurzarbeit oder in den Westen immigriert (bisher rund 1 Million).

Der »Wermutstropfen« sind die Alimentierungskosten. Der Staat mußte sich für die hohen Transferzahlungen zusätzlich zwischen 150 und 170 Milliarden Mark über die Kreditaufnahme verschulden. Diese Verschuldung kann insofern in einem zweiten Schritt akkumulationsschädigend wirken, als ein Staat den produktiven Sektoren dadurch Geld wegnimmt, sie umlenkt in unproduktiven Verbrauch und eine Spirale in Gang setzt, in der sich die Wertschöpfung zudem durch Zinslasten des Staates schmälert, die er wiederum aus dem Wirtschaftskreislauf herauszieht. Deshalb wird verlangt, daß sich in der Ex-DDR möglichst bald eine eigene Wertschöpfung entfaltet. Aus diesem Zusammenhang läßt sich aber kein Zusammenbruchsszenario entwickeln, welches die Aussage zuließe, die Wiedervereinigung habe sich nicht gelohnt.

Das »Risiko« muß aus mehreren Gründen relativiert werden:

· Nicht die gesamten Transferzahlungen werden über Schulden finanziert und die Schulden nehmen dem Kapital nicht einschneidend Finanzierungsmasse weg. Der Staat greift zunehmend in den Konsum der Bundesbürger ein und verteilt so Konsummasse von hüben nach drüben.

· Bisher wurde die Kreditaufnahme des Kapitals nicht eingeschränkt, weil die »vermögenden« westdeutschen Privathaushalte Weltmeister im Sparen sind. Das Sparvolumen stieg in einem Jahr um 203 Milliarden auf knapp 3 Billionen Mark. Das ist gemessen am Sozialprodukt einmalig auf der Welt. Insgesamt akkumulierte das deutsche Kapital berauschend, es schlug sich nur nicht besonders in Investitionen drüben nieder.

· Mit den Transferzahlungen finanziert der Staat nicht nur akkumulationseinschränkenden Verbrauch, sondern auch Investitionen, mit bis zur Hälfte der transferierten Summen. Es wird also mit dem geliehenen Geld auch Produktion und Infrastruktur aufgebaut, die Voraussetzungen für eine sich selbst tragende Wirtschaft sind. Im innerdeutschen Handel waren im Juni von den Exporten in die Ex-DDR sogar 54 Prozent Investitionsgüter.

· Wie von Nölling gesagt, hängt die Konkurrenzkraft der BRD auch von der Entwicklung der Konkurrenten ab. In diesem Punkt sieht es voraussichtlich besonders günstig aus. Trotz der »gewaltig« gestiegenen Staatsschulden steht die BRD in der Staatsverschuldung besser da als die USA, Japan oder Italien. In Japan wackeln derzeit 650 Milliarden Mark Realkredite, in den USA mehr. Die BRD hat eine relativ seriöse Kreditgewährung.

· Weitere Reduzierungen des Konsumniveaus werden in der BRD auf wenig Widerstand stoßen. Außerdem hat die BRD im Konkurrenzvergleich die höchsten Deregulierungsreserven. Nur ein Beispiel: In Holland wird ab 1992 jede Krankmeldung mit einem Urlaubstag bezahlt, und das Krankengeld beträgt nur 70 Prozent vom Lohn. In Schweden müssen Kranke an den ersten drei Krankheitstagen auf 35 Prozent ihres Lohnes verzichten und danach auf 20 Prozent. Das sind Milliarden-Reserven. Der Widerstand gegen die Opferbeiträge wird schon deshalb gering sein, weil DGB, Sozialdemokraten und alternative Wirtschaftsgutachter sich aus realpolitischer Vernunft mit ihren Beschäftigungsprogrammen nie über 50 Milliarden Mark hinauswagten. Nachdem ihnen jetzt die Bundesregierung ein 150-Milliarden-Programm aus dem Hut zauberte, ruft die gesamte sozialdemokratische Welt nur noch »Sparen«. Nicht einmal geringfügiger Widerstand gegen »Rotstiftpolitik« regt sich heute.

· Die strategische Entwicklung wird davon abhängen, ob die Erschließung der Sowjetunion vorankommt. Dann könnten westdeutsche Kapazitäten schnell zu eng werden, was entweder der Ex-DDR an Investitionen zugute käme oder zu einem Exodus aus der Ex-DDR führen würde, falls die Kapazitäten in der BRD-West ausgeweitet würden. Ökonomisch liefe beides auf das Gleiche hinaus. Die Chancen für DDR-Investitionen wachsen mit der Bereitschaft der Bevölkerung, für Billiglohn zu arbeiten.

Wahrscheinlich ist eine Entwicklung, in der die BRD ebenso wie England oder Italien mit einer Peripherie wird leben müssen. Wanderungsbewegungen in den produktiven Westen können dann für die Zurückbleibenden einigermaßen

Beschäftigung bieten im Konsum- und Dienstleistungsgewerbe, partiell auch in Industrieprojekten. Viele werden aber zu niedrigeren Löhnen auf Tankstellen, in Supermärkten, Sparkassen, Hotels, Pornoshops etc. ihre Arbeit finden.

Unwahrscheinlich ist eine Entwicklung, die das westdeutsche Kapital ruiniert. Das liegt daran, daß die Annexion der DDR Teil einer imperialistischen Gesamtstrategie ist. Die Niederwerfung des »realen Sozialismus« hat einen auf die Ökonomie übertragbaren Wert im Verlust der Utopien und im Verlust realer Alternativen in Ländern der 3. Welt. Jede nationale Befreiungsbewegung konnte auf Unterstützung hoffen und, zum Staat geworden, einen relativ günstigeren Tausch abwickeln. Kuba leidet aktuell noch unter dem sich abzeichnenden Verlust dieser Möglichkeit. Die anderen sind bereits fertig. Die Ausbeutbarkeit der Welt ist sozusagen konkurrenzlos geworden. Kriege werden gemeinsam geführt und finanziert.

Die ökonomische Erschließung des Ostens als Vorgarten der BRD steht erst am Anfang. Auf die Frage nach der Rendite aus dem gesamten Ostengagement antwortete der Industrie-Präsident Heinrich Weiss: »Es kann nicht das vorrangige Interesse der Unternehmen sein, schon im zweiten oder dritten Jahr (im Geschäft mit der Sowjetunion) eine Dividende zu erwarten. Wenn man einen neuen Markt erobern will, muß man große Vorleistungen bringen... (Man) darf aber keine Zeit verlieren... Die gesamte Industrie der westlichen Welt und Asiens (wird sich) auf den sowjetischen Markt stürzen... Vorrangig wird es darauf ankommen, die (sowjetischen) Exportquellen wieder mehr sprudelnzu lassen. Das sind vor allem Energie, also Öl und Gas...« Interessant sei die Sowjetunion als Markt für »Maschinen- und Anlagenbau, die Chemie und den Fahrzeugbau..., auch für die Herstellung von Konsumgütern« (»WW«, 30.8.91). Der Sprecher der »Deminex« (eine gemeinsame Tochtergesellschaft von Veba, BASF und RWE/DEA, die 98 Prozent der deutschen Ölförderung im Ausland besorgt) erklärte: Schon heute »liegen wir im Vergleich mit den US-Firmen sehr weit vorne. Im nächsten Jahr soll bereits mit Exploration und Förderung bei Wolgograd begonnen werden.«

Man darf also keine Zeit verlieren, sagt der Kapitalistensprecher, und Genscher handelt entsprechend. Im Eiltempo geht es nach der Annexion der DDR auf die Balten, Kroaten, Sudeten, Schlesier und auf russische Gebiete zu. Auf der Moskauer KSZE-Konferenz forderte Genscher einen Vertrag, der die gegenseitige militärische Intervention auch ohne Zustimmung des okkupierten Landes absichern soll. Die Hast bei der Wiedergewinnung der nationalsozialistischen Einflußsphären scheint auf den ersten Blick nicht immer ökonomisch rational zu sein. Eine gewisse großdeutsche Irrationalität wird wohl auch dabei sein. Selbstverständlich sieht Helmut Kohl sich in seinen Tagträumen in einer Linie mit Friedrich II. und Bismarck. Adolf Hitler paßt nur deshalb nicht in diese Kette, weil er verloren hat. Strategisch gedacht macht die Hast auch ökonomisch Sinn. Für das Ziel, den gesamten Ostraum ökonomisch für die BRD zu erschließen, sollen potentielle Rückentwicklungen im Keim erstickt werden. Die seit Nazizeiten »befreundeten Völker« sollen als Brückenköpfe der Stabilisierung dienen. Nebenbei wird auch die Tourismusbranche schon Pläne für die Eindeutschung der kroatischen Devisengebiete haben. Das Eiltempo erklärt sich demnach nicht oder nicht nur aus einem Eroberungs*wahn*.

Für die westdeutsche Industrie fertigten »Deutsche Bank« und »Frankfurter Allgemeine« Expertisen an, wo in der Sowjetunion was zu holen sei. Die Pläne sind durchaus mit Generalstabsplänen vergleichbar. Je nach Republik werden Eroberungsklassifizierungen aufgestellt. Die Höchstwertung liegt bei 10 Punkten, ab 5 könnte es interessant werden:

· Im Industriealisierungsgrad erhielten die Balten 10 Punkte, die Ukraine 9, Weißrußland und Zentralrußland 8. Moldawien, Turkmenistan, Kirgisien und Tadschikistan werden mit jeweils 2 Punkten als völlig uninteressant abgetan.

· Der Ukraine, den Balten und Zentralrußland wird eine Potenz für Industrieexporte zugetraut. Für Agrarexporte stehen die Karten für die Ukraine, Georgien und Moldawien gut. In Sachen Rohstoffexport kommen neben der Ukraine und Zentralrußland Kasachstan, Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenistan in Frage.

Die Rohstoffausbeute verspricht am allermeisten. Zentralrußland besitzt ein Fünftel der Welt-Goldreserven, 50 Prozent der Welt-Kohlereserven und mehr als die Hälfte der Welterdöl- und Erdgasreserven. Andere strategische Rohstoffe gibt es in großen Mengen in anderen Republiken: Mangan in der Ukraine; Blei, Zink, Uran, Kobalt, Baryt in Aserbaidschan; Kupfer, Zink, Bauxit, Edelmetalle in Armenien; Buntmetalle, Stickstoff, Magnesium in Turkmenien; Quecksilber, Gold, Kohle, Erdöl und Erdgas in Kirgisien; Erdöl, Erdgas, Eisen, Nickel, Wolfram, Chrom, Vanadium, Titan, Thallium, Wismut, Gold, Silber und die Hälfte der sowjetischen Zinkvorkommen in Kasachstan.

In der »marktwirtschaftlichen Mentalität« stehen Balten, Georgier und Armenier in dieser Reihenfolge obenan. Die transportgünstige Nähe zu Europa setzt die Balten, Weißrussen und ein wenig auch die Ukrainer nach oben. In Sachen Infrastruktur führen wieder die Balten mit 10 Punkten. Es folgen die Ukraine mit 8, Moldawien 8, Armenien, Weißrußland und Georgien mit 6 Punkten. Als weiteres Investitionskriterium gilt die Homogenität der Bevölkerung. Am wenigsten Ungemach wird von den Ukrainern, wieder den Balten und den Weißrussen erwartet.

In diesen Bewertungen liegen etwa die Gründe dafür, daß die Sowjetunion ganz besonders bei der BRD verschuldet ist. Von ihren 114 Milliarden Mark Auslandsschulden gehören 60 Milliarden den Banken und der öffentlichen Hand der BRD. Weniger als ein Fünftel der BRD-Kredite hat Japan in die Sowjetunion hineingesteckt, und kaum wahrnehmbare 0,5

Milliarden Dollar hatten die USA zum Vorfinanzieren. Keine einzige Mark ist verschenkt. Jede verlangt Gegenleistung. Jede Umschuldungsverhandlung wird der BRD ein weiteres Stück abbaubares Gebiet servieren.

Die strategische Eroberung wird sich für den BRD-Imperialismus gewaltig lohnen, es sei denn, ihm wird dabei kräftig in die Suppe gespuckt. Leider gibt es im Innern der Großmacht keine Anzeichen dafür, daß sich das ereignet, was die Arbeiterinnen und Arbeiter Ende der 60er Jahre in Italien taten. Die vielen in den Norden immigrierten Süditaliener kämpften gegen die ungewohnte Maschinendiktatur, ihre schlechten Behausungen und verlangten gemeinsam mit Norditalienerinnen und -italienern die Aufhebung der diskrimierenden Lohnzonen im Mezzogiorno. Niemand von ihnen hatte ausgerechnet, wie hoch das den Staatshaushalt belasten würde.

Rainer Trampert schrieb in KONKRET 10/1990 über »Deutschland von links«

Konkret 10/91, S. 42

Boris Gröndahl

Bewährungshelfer SPD

Die SPD hat durch die Niederlage des Sozialismus nicht nur ihren »welthistorischen Bezugsrahmen« (Reemtsma), sondern zugleich ihren wichtigsten Bündnispartner für die Integration antikapitalistischer Kräfte verloren. Auf der Suche nach einer neuen Identität ist sie beiden Deutschen fündig geworden

Als »wichtigen Spion der DDR« bezeichnete der SPD-Obmann im Bonner Schalck-Ausschuß, von Bülow, den früheren CSU-Vorsitzenden, Strauß. (»FAZ«)

»'Der Kommunismus sowjetischen Stils... war meiner Überzeugung nach von Anfang an ein schrecklicher Irrtum... Der Marxismus aber und ein kritischer linker, nennen wir es ruhig revolutionärer Sozialismus... ist meiner Meinung nach nicht erledigt.` Man soll über von Oertzens logische Purzelbäume nicht lachen. Er spricht stellvertretend für viele als tragikomische Figur. Er wird dazu wegen eines linken Denkverbots: Die sozialistische Idee, das Ideal darf nicht schuldig sein. Solange dieses Tabu aufgerichtet bleibt, wird die Linke nicht begreifen, daß das sozialistische Ideal, die Idee der Gleichheit und sozialen Homogenität, die Idee einer das Glück aller garantierenden Ordnung am Anfang eines Zivilisationsbruchs steht, der an Dramatik und Grausamkeit Auschwitz in nichts nachsteht.« Eckard Fuhr in der »FAZ«

»Historiker verliert Prozeß gegen kommunistischen KZ-Häftling... Noch vor der Urteilsverkündung waren die Beklagten von renommierten Historikern, Sozialwissenschaftlern und Publizisten unterstützt worden, darunter Iring Fetscher, Hans Mommsen, Helmut Dahmer, Helga Grebing, Klaus Schönhoven und Hermann Weber. 'Die Freiheit des Historikers und Publizisten, aus Dokumenten zu zitieren', erklärten sie, 'muß gegenüber den Zensurwünschen von Interessenten... verteidigt werden.`« (»Frankfurter Rundschau«)

Der Kakao, von dem hier getrunken wird, heißt: »Die Niederlage des sozialistischen Lagers ist auch eine der sozialistischen Idee«, und der hastige Versuch derer von Oertzen und von Bülow, ihn so schnell wegzuschlabbern, daß sie nicht mehr durch ihn gezogen werden können, ist mal rührend, mal tragisch und oft widerwärtig. Einen anderen Erfolg als den, daß sie sich vollkleckern, kann er nicht haben. Denn abgesehen von seiner Extraportion Historikerstreit hat Eckard Fuhr recht.

Was ist das schon, die »sozialistische Idee«? Karl Marx hat *liberté, égalité, fraternité* nicht erfunden. Er hat nur angemerkt, daß Eigentumsfreiheit, gleiches Wahlrecht und ein Gesetz, das auf Gabriele Henkel und die, die ihr Persil kaufen, dieselben Paragraphen anwendet, weder Gleichheit und Brüderlichkeit noch Freiheit schaffen. Er hat gesagt, daß es ein Hindernis gibt, diese Ziele durchzusetzen: das Kapital, und daß es eine Klasse gibt, die dieses Hindernis beseitigen kann: das Proletariat. Er hat damit die edlen Ziele, die hilfreiche und gute Menschen schon immer hatten, in ein Licht gerückt, das nicht von einem Heiligenschein kommt, und sie dadurch zu etwas gemacht, dem nicht durch Gebete und Kommunen, sondern durch Streiks und gegebenenfalls durch Gewehre näherzukommen ist.

Das ist alles. Und es ist das, worauf sich die Existenz der sozialistischen Staaten gründete. Der Versuch, diese Erkenntnis staatsförmig umzusetzen, mußte notwendig anders aussehen als eine Landkommune - und je mehr er dieser doch mal ähnelte, desto weiter entfernt war seine Lebensdauer von jenen siebzig Jahren, die der »Kommunismus sowjetischen Stils« immerhin erreicht hat. Siehe Paris 1871, Griechenland 1947, Chile 1973, Portugal 1974 oder Nicaragua seit 1979. Doch obwohl der Versuch, der 1917 begann, aus vielen Gründen nicht dem schönen Bild glich, das sich merkwürdigerweise gerade seine Gegner vom Sozialismus machten, war er anerkanntermaßen etwas, das an Marxschen Maßstäben zu messen sei und von dem man - je nach Standpunkt - erhoffte oder befürchtete, es könnte ihnen irgendwann einmal ähnlicher werden.

Dieser Versuch ist nun endgültig gescheitert, und nichts könnte deutlicher belegen, daß dieses Scheitern eine Niederlage für alle ist, die sich in irgendeiner Weise auf den Marxismus beziehen, und also eine Niederlage der »sozialistischen Idee«, als ein Vergleich der Erwartungen des Peter von Oertzen für die Zeit nach dem Zusammenbruch des »Kommunismus sowjetischen Stils« mit der nun eingetretenen Realität:

»Ich kann mir das nicht vorstellen, daß die Arbeiterklasse der DDR, wenn man ihr das Recht gäbe, sich wirklich frei zu organisieren, etwa zum Privateigentum an den Produktionsmitteln und zur Alleinherrschaft des Unternehmers im Betrieb zurückzukehren wünschte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bevölkerung der DDR bereit wäre, ein Wirtschaftssystem zu akzeptieren, das zur Rückkehr von periodischer Arbeitslosigkeit führen müßte.«

Die Arbeiterklasse nicht nur der DDR, sondern jetzt auch der UdSSR war, frei organisiert, zu all dem und zu noch viel mehr bereit. Und weil genau das, was Peter von Oertzen in KONKRET 8/78 und mit ihm irgendwann einmal von Wolf Biermann bis Hermann L. Gremliza (»Schick, der Bolschewik«) praktisch die gesamte Linke als Fortsetzung des »Kommunismus sowjetischen Stils« herbeireden wollte, nicht eingetroffen ist, weil am Ende dieser Form des Sozialismus

keine neue steht, sondern hundert aufeinander eindreschende Völker, im Kampf um das Stück vom Kuchen Weltmarkt, das IWF und Weltbank ihnen zudenken mögen - deswegen ist dessen Niederlage eine Niederlage der sozialistischen Idee.

Daß es auch eine der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, hat diesen Grund und noch einen zweiten. Der Erfolg dieser Partei bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, Stahlkochern, Revoluzzer-Studenten und südamerikanischen Präsidenten, allen also, die sich gegen das Kapital regen oder einmal regen könnten, Zuwendungen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Lehrerstellen und Ford Escort zu versprechen, beruht auf dem von ihr zuweilen sehr gepflegten Glauben, sie hätte mit dieser sozialistischen Idee etwas zu tun. Die Verbindung zwischen der SPD und der sozialistischen Idee besteht vor allem darin, daß sie alles das, was Marx sich zur Durchsetzung der edlen Wünsche, die edle Menschen schon immer hatten, ausdachte, wieder vergessen hat, das Erzeugnis dieses Vorgehens »ethischen Sozialismus« nennt und folgerichtig einen Pfaffen ihr Parteiprogramm schreiben läßt, das außer ihn und ein paar intellektuellen Mitgliedern niemanden interessiert.

Wegen dieser vagen Verbindung konnte sich hartnäckig der Glaube halten, mit der SPD sei es nicht nur möglich, den Kapitalismus weniger unerträglich zu machen, sondern sogar, ihn zu überwinden. Daß die, die uns verraten haben, so oft Sozialdemokraten hießen, und daß eben nur Sozialdemokraten dies konnten, weil von ihnen immer noch anderes erwartet wurde, daß also die Doppelrolle der Sozialdemokratie auf der Idee beruht, die jetzt eine Niederlage erlitten hat - das ist einer der Gründe für die sozialdemokratische Suche nach einer neuen Identität, deren Zwischenergebnis das unwürdige Schauspiel ist, das dieser Verein unter dem Titel »Vergangenheitsbewältigung« anläßlich der Niederlage des Sozialismus aufführt.

Der zweite Grund ist, daß mit dem Verschwinden der sozialistischen Welt der wichtigste Bündnispartner der SPD verschwunden ist. Daß Subvention und Integration von potentiell antikapitalistischen Kräften überhaupt ein Weg zum Erhalt des Kapitalismus war, hatte auch damit zu tun, daß es in einem nennenswerten Teil der Erde ein Wirtschaftssystem gegeben hat, das um keinen Preis bessere Lebensbedingungen bieten durfte als jener. Eine BRD, in der nicht so gelebt worden wäre wie in der, die wir kennen, sondern so wie in, sagen wir, Großbritannien, hätte andere Probleme mit ihrem sozialistischen Nachbarn gehabt als die Eingliederung von Republikflüchtlingen. Im kleinen hat es so etwas gegeben: In den Jahren vor der Wende arbeiteten in der DDR 105 Ärzte aus Westberlin, die dort keine Stelle gefunden hatten, auch einige Westdeutsche wanderten aus demselben Grund in die DDR aus. Peanuts, natürlich.

Relevant durften solche Tendenzen nicht werden, in der BRD, dem Aushängeschild des Imperialismus. Deshalb wurden DKP-Gewerkschafter zu unrecht ausgelacht, wenn sie sagten, daß die DDR der dritte Partner bei westdeutschen Tarifverhandlungen sei. Diese Behauptung mußte lächerlich klingen, und indem sie dies tat, war sie bewiesen. Ihre Wahrheit konnte nur darin bestehen, daß alle sie lächerlich fanden, denn wäre sie nicht mehr lächerlich gewesen, dann hätte das BRD-Kapital andere Probleme gehabt, als Tarifverhandlungen zu führen. (Probleme, die im Weltmaßstab, bei den Tarifverhandlungen zwischen Imperialismus und Dritter Welt, durchaus bestanden, dort auch mitunter mit Waffengewalt gelöst wurden.)

Die Tatsache, daß einerseits der in den Metropolen erwirtschaftete Reichtum so verteilt wird, wie er verteilt wird, und daß andererseits die Macht in den Metropolen so unerschütterlich ist, gilt zurecht als eine der wesentlichen Errungenschaften der Sozialdemokratie. Diese Errungenschaften, die ihr bei ihren Anhängern und beim Kapital den Ruf des »kleineren Übels« einbrachten, sind also zu einem großen Teil ihrer Beziehung zu einer Idee geschuldet, mit der sie sich nun nicht einmal mehr in Täuschungsabsicht schmücken will, und der Macht von Kurt Schumachers »rotlackierten Faschisten«, die nun nicht mehr besteht. Sie nimmt das vor allem denjenigen übel, die für das Kapital das größere Übel waren, ihr dadurch den komfortablen Platz in der Mitte freihielten und nun ärgerlicherweise verloren haben. Sie schreit darum am lautesten nach der Enteignung ihrer windelweichen Nachfolger und einem »stasifreien Bundestag«, und zetert darüber, daß hierzulande es noch vorkommen darf, daß kommunistische KZ-Häftlinge Prozesse gegen Historiker gewinnen.

Letztlich wird sie damit für sich nichts erreichen. Dieser Krieg ist aus, und auf den Verlierern noch herumzutreten, ist zwar guter deutscher Brauch, aber damit kann sich die SPD keine Lorbeeren mehr verdienen. Wenn es wieder paßt, wird sie von der »FAZ« genauso entlarvt werden wie jetzt der »wackere SPD-Linke« von Oertzen. Das zweite Gleis an dem Bahnsteig, für den die Sozialdemokraten schon mal Karten gelöst haben, ist darum das, von dem schon der Zug zur deutschen Einheit abgefahren ist: Mit von Bülows Entdeckung des DDR-Spions Franz Josef Strauß sollte gesagt werden, daß wieder einmal alle außer den vaterlandsliebenden Genossen Deutschland verraten haben.

Das Neue Deutschland ist nicht mehr nur *partner in leadership*. Es soll *leader in mastership* werden. Zu diesem Prozeß gehört, daß sich zunächst einmal die Deutschen als Opfer verstehen, um sich das demnächst nicht mehr gefallen lassen zu wollen. Die SPD, zuständig für Opfer, hat verstanden, daß das der Strohhalm ist, nach dem sie sucht. Deshalb erklärt sie die mitteldeutschen Heldenstädter, die sich die Zeit zwischen zwei Bundesligaspielen mit der Jagd auf Moambiquaner und Vietnamesinnen vertreiben, zu sozialhilfedemokratiebedürftigen armen Wichten. Deshalb erklärt Bruder Johannes: »Das Volk selber muß sich eine Verfassung geben und zeigen, ob es in guter Verfassung ist«, statt die Verfassung des Volkes zum Anlaß zu nehmen, ihm alles andere als das zu gestatten.

Die Integration von Protestpotentialen war die Aufgabe der SPD in der kapitalistischen BRD. Im Vierten Reich, in dem es keine Linke mehr gibt, hat sie den Auftrag übernommen, die Volksgemeinschaft wiederherzustellen. Viel an sich zu ändern braucht sie nicht. Aus dem Sozialarbeiter wird der Bewährungshelfer SPD.

Boris Gröndahl war von 1983 bis 1991 Mitglied der SPD

Konkret 10/91, S. 44

Winfried Wolf

»Den Krieg stets vor Augen«

In rasantem Tempo verwandeln sich die großen Autokonzerne in Rüstungsbetriebe. Eine Entwicklung, die in der Öffentlichkeit kaum thematisiert wird und bei der die deutschen Unternehmen Daimler-Benz und BMW mal wieder führend sind

»Wir dürfen Ihnen unseren ergebenen Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß Sie für den Wagen, den wir Ihnen zeigen durften, besonderes Interesse an den Tag legten. Aus diesem Grund sprechen wir die ergebenste Bitte aus, daß wir, hochverehrter Herr Ministerpräsident, Ihnen diesen Wagen zur Verfügung stellen dürfen, um seine Fahreigenschaften kennenzulernen.«
Schreiben des Vorstands der Daimler-Benz AG an den Ministerpräsidenten des Deutschen Reiches, Hermann Göring, 12. Januar 1934

»Laut einer vom Stuttgarter Staatsministerium zusammengestellten Liste flog der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth bis 1987 mindestens 26mal mit Daimler-Jets.«
Mitteilung aus dem Späth-Untersuchungsausschuß des Stuttgarter Landtags am 27.6.1991

Die Autoindustrie ist auf vielfältige Weise mit der Rüstungsindustrie und mit Kriegen verbunden. Das ergibt sich bereits aus ihrem überwältigenden Gewicht in der Weltwirtschaft, das in den Jahren 1990 und 1991 mit der Irak-Kuweit-Krise und dem Golfkrieg nochmals erhöht worden ist. Als Nebenprodukt des alliierten Sieges über den Irak wird die kritische Debatte über Autogesellschaft und Ölknappheit nur noch in leisen Tönen geführt – die Internationale Autoausstellung in Frankfurt feierte im September neue Rekorde. Die internationale Rezession, die 1990 einsetzte, die drohenden Verluste der internationalen Rüstungsbranchen und die in den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Schweden aufgebrochene neue Krise der Autoindustrie wurden mit dem Krieg am Golf – der einem neuen keynesianischen Konjunkturprogramm, wenn auch primär für die US-Ökonomie, gleichkam – aufgefangen bzw. abgeschwächt.

Darüber hinaus haben die Öl- und Autokonzerne auch direkt an diesem Krieg verdient – letztere als Rüstungsproduzenten. Der Umsatz der Ölgesellschaften schnellte bereits 1990 – bedingt durch die Ölverteuerung – um fast ein Viertel nach oben; die Nettoerträge der Ölmultis stiegen, trotz Rezession in den USA. Die britisch- niederländische Gruppe Royal Dutch Shell konnte sich in der Weltrangliste der größten Industrieunternehmen von Platz 4 auf Platz 2 katapultieren, direkt hinter General Motors. Die Weltmacht des Öl- und Autobusiness ist so groß wie noch nie. Nach der im August 1991 von dem US-Blatt »Fortune« vorgelegten Liste der umsatzstärksten Industrieunternehmen befinden sich unter den fünf größten Konzernen auf den Plätzen eins bis vier mit General Motors, Royal Dutch Shell, Exxon und Ford bereits vier Konzerne aus dem Bereich Auto und Öl; die Nummer fünf ist IBM. Erweitert man die Auswahl auf die 20 größten Unternehmen der Welt, dann befinden sich unter ihnen insgesamt 13 aus dem Öl-Auto-Business (zusätzlich die Autokonzerne Toyota, Daimler-Benz, Fiat, VW und Nissan auf den Plätzen 6, Il. 13, 17 und 20 sowie die Ölgesellschaften British Petroleum, Mobil, ENI und Texaco auf den Plätzen 8, 9, 18 und 19). Nimmt man schließlich die Liste der 50 größten Industrieunternehmen der Welt, dann zählt exakt die Hälfte von ihnen zu den Branchen Ölgewinnung und -verarbeitung sowie Fahrzeugbau. Ähnliches gilt für die Analyse der nationalen Wirtschaftsstruktur der »G-7«-Gruppe, der sieben ökonomisch stärksten westlichen Länder USA, Kanada, Japan, Bundesrepublik, Frankreich, Italien und Großbritannien: In all diesen Ländern wird rund die Hälfte des industriellen Umsatzes der hundert mächtigsten nationalen Konzerne im Öl- und Autogeschäft realisiert.

Nun wurde der Golfkrieg unter anderem deshalb geführt, weil Öl knapp und ein strategischer Rohstoff ist. Der Boden, auf welchem das Auto- und Ölimperium aufgebaut wurde, drohte ins Wanken zu geraten – also mußten Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Denn zeitgleich mit dem Golfkrieg veröffentlichte das »Worldwatch Institute« in Washington die Studie »Jenseits des Petroleum-Zeitalters«, in der die Erfolgsaussichten alternativer Energieformen untersucht werden. Ebenfalls in diesen Zeitraum fiel die 63. »Dahlem Konferenz«, auf der 41 etablierte Energiefachleute aus zwölf Ländern »Optionen für eine Kontrolle der CO2-Akkumulation in der Atmosphäre« erörterten und sich darin einig waren, daß »eine Motorisierung der Massen Osteuropas die globale Klimakatastrophe gefährlich beschleunigen würde«. Nach der 1990 vorgelegten jüngsten Shell-Studie über die Welterdölvorräte sind bereits 40 Prozent aller bekannten Erdölvorräte aus der Erde gepumpt worden – überwiegend in den letzten vier Jahrzehnten. Die Verfügung über diese Vorräte hat sich für die westlichen Industrieländer dabei insofern verschlechtert, als jene sich vor allem in den OPEC-Ländern befinden, während die Vorräte in anderen Regionen lange vor denjenigen der OPEC-Staaten zur Neige gehen werden. So versiegt beispielsweise das für Europa und für die Handelsbilanzen Großbritanniens und. Norwegens wichtige Nordseeöl bereits Ende der neunziger Jahre. Bei gleichbleibendem Energiekonsum, so die Shell-Studie, reichen die insgesamt weltweit bekannten Erdölvorräte gerade noch viereinhalb Jahrzehnte. Auch wenn in diese Rechnung die vermuteten Ölvorräte miteinbezogen werden, so steht Erdöl weltweit maximal noch für zwei Generationen zur Verfügung.

Eine Reihe von Kriegen und militärischen Interventionen des zwanzigsten Jahrhunderts wurden zur Aufrechterhaltung der Autogesellschaft geführt. Dies gilt für die Militäraktionen der USA auf den Philippinen, in Liberia und Nicaragua im ersten Drittel des Jahrhunderts, bei denen es wesentlich um das Produkt des Hevea-Baumes, Kautschuk, – damals entscheidend für die Reifenfertigung – ging. Vor und während des Zweiten Weltkriegs war ein strategisches Ziel des NS-Regimes die ausreichende Versorgung von Wirtschaft und Militär mit Treibstoff, teilweise auf künstlicher Basis (Kohleverflüssigung), teilweise auf Basis von Ölkonzessionen in Ländern mit nationalisierten Ölquellen und geringem US-Einfluß (z.B. in Mexiko und im Norden des Irak), teilweise durch offenen Raub in den besetzten Gebieten. US-Ölinteressen spielten wiederum die entscheidende Rolle beim Sturz des iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh im Jahr 1953 – dieser hatte die Ölquellen nationalisieren wollen (der Putsch wurde übrigens von dem CIA-General H. Norman Schwarzkopf vorbereitet, dem Vater des Golfkriegs-Kommendeurs des Jahres 1991). Die danach in diesem Land installierte Schah-Diktatur wurde vom Westen zur Regionalmacht hochgerüstet, um – vermittelt über dieses Regime – die im Mittleren Osten lagernden Ölvorräte kontrollieren zu können (bis zu 40.000 US-Militärberater stützten das Schah-Regime). 1956 führten England und Frankreich einen Krieg gegen Ägypten, um den für den Öltransport wichtigen Suez-Kanal unter ihre Kontrolle zu bringen. Auch im Vietnam-Krieg spielten, nach Aussagen des US-Botschafters in Saigon, Cabot Lodge, Ölinteressen eine Rolle. Im Iran-Irak-Krieg der achtziger Jahre wurde die westliche pro-Saddam-Hussein-Haltung ebenfalls von Ölintereressen diktiert: Der irakische Diktator ließ seine Truppen 1980 in Khusistan, der ölreichen iranischen Provinz, einmarschieren. Mit der überwiegenden westlichen Unterstützung für den »aufgeklärten« und »berechenbaren« Diktator sollte eine Vormachtstellung des »unberechenbaren« Khomeini-Regimes und seiner »islamischen Revolution« in der Ölregion verhindert werden. Von der Notwendigkeit einer Unterstützung des Iraks konnten damals deutsche Politiker von Strauß über Möllemann bis Otto Schily gewonnen werden.

Die potentielle Knappheit des Rohstoffes Öl hat jedoch nicht nur Kriege zu Folge, sondern auch die fieberhafte Suche nach seiner Substitution durch andere Rohstoffe und nach weiteren Möglichkeiten der Energiegewinnung. Als Stichworte seien hier das Elektroauto und die Gewinnung von Treibstoff aus sogenannten »nachwachsenden Rohstoffen« (Zuckerrohr, Zuckerrüben und Raps) genannt. Alle darauf zielenden Programme werden als Bestandteil einer für erforderlich gehaltenen »Vorsorgestrategie« verfolgt, wobei es interessant ist, daß etwa die ersten bundesrepublikanischen Versuche zur »Versprittung« agrarischer Produkte vom Verteidigungsministerium mitfinanziert wurden. In Österreich soll in kurzer Zeit sogar soviel Raps angebaut werden, daß die Armee ihren Treibstoffbedarf ausschließlich aus seiner »Versprittung« decken (und demnächst als treibstoffautarke EG-Schutztruppe die kroatischen Erdölraffinerien verteidigen kann).

Eine Umstrukturierung erfolgt aber nicht nur bei dem Stoff, der die Autogesellschaft mobil hält. Auch die Struktur der Autokonzerne selbst wird – von der Öffentlichkeit kaum bemerkt – verändert. Dabei halten sie sich nicht an kluge ökologische Umbauprogramme. Wenn Frederic Vester in seinem Buch »Ausfahrt Zukunft« als »eigentliche Funktion der Autoindustrie« deren »Beitrag zu Verkehrslösungen« nennt, wenn er hier »im Sinne einer Diversifizierung ihrer Aktivitäten« u.a. die »Hinterhofaktivierung«, Engagements in der Windenergie oder bei der Errichtung »selbstversorgender Wohnanlagen« aufzählt, dann übersieht er wissentlich das entscheidende Engagement, das diese Konzerne in ihrer Diversifizierungspolitik längst eingegangen sind: dasjenige im Rüstungs-, Weltraum und Hightech-Business, wobei diese drei Branchen längst fließend ineinander übergehen, wie gerade der Golfkrieg 1991 gezeigt hat. Die führenden US-amerikanischen Autokonzerne haben ihre Diversifizierungspolitik vor allem in den achtziger Jahren in dieser Richtung betrieben. General Motors übernahm 1984 den Computer- und Software-Konzern Electronic Data Systems (EDS). Im darauffolgenden Jahr kaufte diese Nummer eins der internationalen Autoindustrie den Luft- und Raumfahrtkonzern Hughes Aircraft. Chrysler schluckte zum selben Zeitpunkt die Gulfstream Aerospace. Allein in diese drei Übernahmen investierten die Autokonzerne zusammen 30 Milliarden Mark – was dem damaligen Umsatz von VW entsprach. Ford kaufte 1984 die Hightech-Unternehmen American Robot und Synthetic Vision Systems. Darüber hinaus zählen Ford und General Motors zu den größten Profiteuren des SDI-Programms. In mehreren Jahren lagen die Gewinne, die diese Konzerne außerhalb des Autogeschäfts realisierten, weit über denjenigen aus ihrem angestammten Bereich, dem Fahrzeugbau.

Eine ähnliche Diversifizierung findet seit den achtziger Jahren bei den japanischen Autokonzernen statt – begünstigt durch die Verbindungen, die diese Konzerne traditionell zum Rüstungssektor haben, und durch den »Nachholbedarf«, den die japanische Regierung hinsichtlich des Aufbaus einer eigenen Rüstungsindustrie und Militärmacht, die dem Gewicht des Landes auf dem Weltmarkt entspricht, seit Mitte der achtziger Jahre konstatiert. Auch eine Reihe führender europäischer Autoproduzenten ist traditionell stark im Rüstungsgeschäft vertreten. Das gilt für die schwedischen Konzerne Saab-Scania und Volvo sowie für das führende italienische Unternehmen Fiat. Die beiden genannten schwedischen »Auto«konzerne zeichneten sich im irakisch-iranischen Krieg dadurch aus, daß sie, dem Status ihres Landes Reverenz erweisend, strikt neutral beiden kriegführenden Ländern Waffen lieferten – dies dann allerdings nach besten Kräften.

Bleibt die deutsche »Auto«industrie. Hier beschreiten zwei der drei Pkw-Hersteller, BMW und Daimler, exakt den gleichen Weg: Sie »investieren lieber im Reich der Toten als in lebendigem Inventar«, wie Paul C. Martin zu formulieren pflegt. Nur VW beschränkte sich bisher auf einen mißglückten Ausflug in die Computerindustrie – Aufkauf und Verkauf von Triumph Adler – und die bekannten Engagements im Devisen-Spekulationssektor, bei denen dieser Autohersteller nach eigenem

Bekenntnis en passant über eine halbe Milliarde Mark verlor. Umso zielsicherer diversifizieren sich Daimler und BMW »back to the roots«, zurück zu ihren Ursprüngen als Rüstungsbetriebe. »Eine fast aggressiv zu nennende Aufkaufpolitik« erkannte die »Süddeutsche Zeitung« bei Daimler-Benz bereits Mitte der achtziger Jahre. Binnen kurzer Zeit erwarb dieser Hersteller von Luxus-Pkw und Lkw die Hightech- und Rüstungsfirmen MTU, Dornier und AEG. Konsequenterweise geriet bei dieser Orientierung bald MBB, der verbliebene führende deutsche – staatliche – Rüstungskonzern ins Fadenkreuz des Daimler-Sterns. Um seine Übernahme kam es 1985 zu einem Gerangel zwischen Daimler und BMW. Dabei engagierten sich – wie im Lehrbuch des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« – zwei führende Politiker für die jeweiligen Konzerne und deren Umbau in Rüstungsunternehmen: der baden-württembergische Landesvater Lothar Späth für den Daimler-Benz-Konzern und der bayrische Ministerpräsident F.J. Strauß für BMW. Daimler-Benz machte nochmals das Rennen und konnte kurz darauf auch den deutschen Teil an der bisher staatlichen Airbus-Herstellung übernehmen.

Damit ist offenkundig: Daimler-Benz ist (nach seiner Karriere während der NS-Zeit) wieder zum größten deutschen Auto; Rüstungs- und Luftfahrtunternehmen geworden; der Konzern ist sogar auf dem Weg, Europas größter Konzern, der zugleich führender Hightech-, Weltraum- und Rüstungskonzern ist, zu werden. Dafür spricht auch der Einstieg des Unternehmens bei dem französischen Informatik-Konzern Sogeti 1991, womit eine Option auf die komplette Übernahme dieses Software-Unternehmens verbunden ist. In aller Bescheidenheit und mit der Klarheit, die der Hightech-Sprache eignet, sagte Edzard Reuter hierzu: »Wir wollen auf dem Gebiet der informationstechnischen Dienstleistungen gemeinsam zum globalen Keyplayer werden«, was die »Süddeutsche Zeitung« zu einer Übersetzung veranlaßte: Daimler-Benz »bald weltgrößter Software-Anbieter?« Der Griff zu den Sternen paßt im übrigen nicht nur in die Geschichte dieses Konzerns, sondern auch in das Bild, das aktuelle Statements über seine allgemeine Entwicklung vermitteln. So gab Reuter bei der Vorstellung der Jahresbilanz im Mai 1990 bekannt, er sei »sehr sicher, daß sich der Konzernumsatz in den nächsten fünf Jahren (von 76) auf mehr als 100 Milliarden Mark erhöhen wird«.

Nach eigenen Angaben erwirtschaftete Daimler-Benz 1990 rund zehn Prozent seines Umsatzes von 85,5 Milliarden Mark im Rüstungsgeschäft. Das entspräche einem Umsatz von knapp 10 Milliarden Mark an »Wehr«-, also Mordtechnik. Tatsächlich jedoch liegt er deutlich höher und steigt weiter. Diese Diskrepanz ist weniger das Ergebnis einer Fälschung als vielmehr einer Definition. Selbst als 1991 publik wurde, daß das Unternehmen, das in den achtziger Jahren durchgehend den Irak belieferte, noch 1990 und teilweise auch nach der Besetzung Kuweits Tieflader mit Raketenabschußvorrichtungen an das Hussein-Regime geliefert hat, behauptete die Firmenleitung, es habe sich dabei um zivile Exporte gehandelt. Nach dem Golfkrieg führte die Denunziation eines Insiders dazu, daß die Staatsanwaltschaft mehrere geheime Büros von Daimler-Benz durchsuchen ließ und tonnenweise Material über die illegalen Rüstungsexporte des Konzerns beschlagnahmen konnte.

Bereits die interne Gliederung des Daimler-Imperiums – mit den Töchtern Mercedes-Benz, AEG, Deutsche Aerospace und Daimler-Benz Inter Services (debis) – sorgt dafür, daß der Rüstungsanteil an der Gesamtproduktion stark heruntergerechnet werden kann. Natürlich sind Militärlastwagen, die zuvor in den Irak, jetzt verstärkt in den Iran und schon immer nach Südafrika exportiert worden sind und werden, Rüstungsgüter – sie erscheinen jedoch im Umsatz der »zivilen« Tochter Mercedes-Benz. Und die Umsätze, die bei AEG und der Deutschen Aerospace getätigt werden und die vielfach dem Rüstungssektor zuzurechnen sind, können der Öffentlichkeit leicht als Engagement im Bereich der – »friedlichen« – Weltraumtechnik oder gar als Umsätze im Sektor der Geräte-Medizin verkauft werden, die natürlich bei Daimler auch vertreten ist – u.a. ausgerechnet dort, wo an Hightech-Tötungsprodukten gearbeitet wird: bei den früheren Unternehmen, die aus der Übernahme von MTU und Dornier stammen. Dies alles läuft unter dem Slogan »Es ist der Geist, der die Welt bewegt – Antoine de Saint-Exupéry«, wie eine Werbeoffensive des Daimler-Imperiums 1991 titelte.

Dieser Geist mag in dem einen und anderen Fall willig und zivil sein, doch das Fleisch ist und bleibt schwach. Wenn es im Bereich des Fahrzeugbaus die »dicken Autos« sind, die die dicken Gewinne bringen, so ist dies im gesamten Daimler-Konzern die Rüstungsproduktion. Dafür sprechen überzeugende Argumente der Nationalökonomie: In Zeiten von verallgemeinerten weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen sind diejenigen Produktionen und Profiterwartungen am wenigsten sicher, die auf die kaufkräftige Nachfrage der Massen zielen und nicht absolut lebensnotwendig sind (z.B. langlebige Konsumgüter) . Umgekehrt stellen diejenigen Engagements eine feste Bank dar, die von der organisierten verallgemeinerten Instanz der diversen Einzelunternehmen – dem Staat – nachgefragt werden. Dies sind alle Produktionen und Dienstleistungen, die der Staat selbst – und per Zwangssystem die Steuerzahlenden – bezahlt. Aufträge für Post und Bahn sind ein ziviles Beispiel dafür, Aufträge für Weltraumtechnik und Rüstung ein überwiegend militärisches. In allen diesen Fällen ist entscheidend: Bei Staatsaufträgen wird die Profiterwartung zur Profitgarantie: Abnahme und Marge sind garantiert. Die Produktionsmengen und die Dauer der Fertigung sind langfristig gesichert, weil der Auftraggeber nicht primär auf die Nachfrage reagiert, sondern an Verträge gebunden ist, den Jäger 90 also bspw. auch dann baut, wenn der Anlaß, für den er konstruiert wurde, nicht mehr gegeben ist usw. Unter Umständen wird die Nachfrage künstlich erzeugt: mehr Verkabelung, neue Satelliten, ein neuer Krieg.

Diese staatliche Politik zugunsten privater Profite erfolgt in enger Verzahnung und in einer Form, die man andernorts offen als Erpressung bezeichnen würde. So kassierte Mercedes-Benz für die Errichtung eines neuen Werkes bei Rastatt 80

Millionen Mark an Subventionen des Landes Baden-Württemberg – in einer Zeit, in der der Konzern kaum wußte, wohin mit den Profiten und den liquiden Mitteln. Ausdrücklich erklärte Mercedes-Chef Werner Niefer im Juni 1991 im Späth-Untersuchungsausschuß, daß ohne diese Subventionen das Werk nicht erbaut (»die 6000 Arbeitsplätze nicht geschaffen«) worden wäre. Auf die Frage, ob er diese Bedingung gegenüber Lothar Späth genannt habe, antwortete Niefer mit einem knappen »Ja«. Es gehört also keine prophetische Begabung zu der Voraussage, daß Späths neue Aufgabe bei Zeiss/Jena darin besteht, die rüstungsrelevanten Teile dieses führend in der sowjetischen Weltraumtechnologie engagierten Unternehmens herauszutrennen, sie Zeiss/Oberkochen zuzuführen und an die bundesdeutsche, von Daimler beherrschte Rüstungsindustrie anzuschließen.

Daß die Umwandlung von Auto- in Rüstungskonzerne keineswegs auf einzelne Unternehmen, bei den deutschen Herstellern auf Daimler-Benz beschränkt oder lediglich ein Produkt der letzten Phase des Kalten Krieges – Pershing II gegen SS 20 – (gewesen) ist, hat BMW klargemacht. Dieser Autokonzern verfolgte in den achtziger Jahren durchaus eine ähnliche Diversifizierungsstrategie wie Daimler-Benz, wenn auch zunächst wenig erfolgreich. »Nur zu gerne hätte der BMW-Chef die Technikfirmen MTU und Dornier gekauft. Er kam nicht zum Zuge...«, so der »Spiegel«. Ähnliches galt, wie erwähnt, beim Buhlen um das führende deutsche Rüstungsunternehmen MBB. Erst mit dem Einstieg bei einer Roboterfirma und einem führenden Softwarehersteller (Softlab) konnte BMW nachziehen. Am vielbeschworenen »Ende des Kaltes Krieges«, 1990, erreichte die Firma dann die nächste Etappe ihrer Umrüstung: BMW übernahm die Rüstungssparte von Klöckner-Humboldt-Deutz KHD, das Unternehmen Deutz-Allies. Kurz darauf ging BMW eine enge Kooperation mit Rolls Royce, einem der größten Triebwerkhersteller der Welt, ein. Im Sommer 1991 verkündete der Konzern schließlich ein Investitionsprogramm, das teilweise in den neuen Bundesländern realisiert wird und weit vorn auf der Liste aller bisher zugesagten Westinvestitionen liegt. Es sind Investitionen »in eine neue Triebwerksfamilie für Regionalflugzeuge«, wobei allein die Entwicklungskosten sich bis 1996 auf 1,3 Milliarden Mark belaufen sollen. Natürlich hat die Firmenleitung den zivilen Charakter des Projekts unterstrichen. Doch auch die Berichterstattung in wohlwollenden Zeitungen nahm Bezug auf die frühere BMW-Kriegsproduktion. Die »Süddeutsche Zeitung« schrieb: »Flugzeugmotoren standen an der Wiege von BMW, wie noch heute das Firmenemblem mit einem stilisierten Propeller zeigt. Diese luftigen Aktivitäten des heutigen Autokonzerns gipfelten 1944 in der Entwicklung des ersten serienmäßig gebauten Strahltriebwerks der Welt. Dieser Kreis schließt sich heute wieder...« Ein Kommentator der »FAZ« griff noch weiter in die Geschichte: »Mit dem Einstieg in den Markt für Flugzeug-Triebwerke kehrt BMW, 1916 als Flugmotorenwerk gegründet, nicht nur an die Wurzeln zurück: Der Weg in die Luftfahrttechnik weist für BMW nach vorn.« Unerwähnt blieb lediglich, daß die Jahre 1916 und 1944 Kriegsjahre und die BMW-Produktion damals ausschließlich Rüstungsproduktion war.

»Es war Emil Georg von Stauß von der Deutschen Bank, der die Reorganisation (von BMW und Daimler Anfang der dreißiger Jahre; W.W.) durchführte und danach die Unternehmen viele Jahre lang leitete. Mit bemerkenswerter 'Weitsicht', eine frühzeitige Wiederaufrüstung und den Krieg stets vor Augen, erkannte von Stauß, ... welche Macht Deutschland zu entwickeln imstande sein würde. Er war weitgehend dafür verantwortlich, daß die Produktionsvorhaben sowohl von BMW als auch von Daimler lange vor Ausbruch des Krieges von der zivilen Autoproduktion auf die Herstellung von Flugzeugmotoren umgestellt wurden.« So urteilte der »OMGUS-Report«, der von der US-amerikanischen Militärregierung für Deutschland 1946/47 verfaßte Untersuchungsbericht über die Verwicklungen der Deutschen Bank in die NS-Kriegsvorbereitungen und den Zweiten Weltkrieg. Einige der Berichte über das gegenwärtige Engagement von BMW gehen zwar davon aus, daß dieses den Konkurrenzkampf mit Daimler verschärfen wird, doch ist das keineswegs sicher. Anders als auf dem Sektor der zivilen Produktion für den klassischen anonymen Markt (den es in dieser Form auch nur noch in den Lehrbüchern gibt) sind die kartellartigen Absprachen und Verflechtungen zwischen Staat, Unternehmen und Banken im Bereich der Luft- und Weltraumfahrttechnik und der Rüstung derart umfassend, daß von einer ernsthaften Konkurrenz kaum die Rede sein kann. Diese Verflechtungen sind heute bereits international gesponnen, wie insbesondere das »strategische Bündnis«, das 1990 zwischen Daimler-Benz und dem größten japanischen Rüstungs- und Autokonzern, der Mitsubishi-Gruppe, geschlossen wurde, zeigt (vgl. KONKRET 11/90). Insbesondere bei der Flugzeugturbinenherstellung geht die Fachwelt davon aus, daß die Mittel für weitere Investitionen nur noch im Rahmen einer engen internationalen Zusammenarbeit, wenn nicht in einem supranationalen Weltkonzern, aufgebracht werden können. Daran wird emsig gearbeitet: Der »Spiegel«-Artikel, der den BMW-Einstieg bei KHD-Luftfahrttechnik vermeldete, beginnt so: »Um 14 Uhr Donnerstag vergangener Woche ging im Münchner BMW-Hochhaus ein Telefax von Hilmar Kopper ein... In seiner Eigenschaft als KHD-Aufsichtsratsvorsitzender meldete Kopper Vollzug: Das Gremium hatte dem Verkauf von KHD Luftfahrttechnik an BMW zugestimmt.« Hilmar Kopper ist Chef der Deutschen Bank. Der Artikel endet mit einem Hinweis darauf, daß der Abnehmer eines von BMW-KHD-Rolls-Royce zu bauenden Triebwerks die Firma MPC Aircraft sei – »MPC Aircraft ist Teil des Luftfahrtimperiums von Daimler-Benz« .

Die entscheidende Lehre aus der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Umwandlung der früheren Rüstungsunternehmen General Motors, Mitsubishi, VW, BMW, Borgward, Daimler et tutti quanti in Autokonzerne und ihre momentane Rückverwandlung in Unternehmen, die in erster Linie von Weltraum-, Luftfahrt- und Rüstungsfertigung profitieren, wurde bereits am 8. Juli 1938 formuliert. Damals fand eine Geheimkonferenz von NSDAP-Führern und Industriebossen statt, an

der u.a. auch BMW- und Daimler-Manager teilnahmen. Auf diesem Treffen teilte Göring formell mit, daß der Krieg unmittelbar bevorstehe, was, laut OMGUS-Report, »niemand überraschte«. Dann machte der Reichsmarschall darauf aufmerksam, daß der Gebrauchswert in der kapitalistischen Produktion wenig, der Profit dafür umso mehr interessiere: »Was bedeutet das alles, wenn Sie eines Tages statt Flugzeugen Nachttöpfe machen! Das ist doch einerlei...«

Konkret 10/91, S. 48

Oliver Tolmein

Artikel 6

Die militante griechische Gruppe »17. November« richtet ihre Aktionen u.a. auch gegen deutsche Unternehmen, zum Beispiel gegen Löwenbräu und Siemens. Und ganz normale griechische Journalisten gehen eher ins Gefängnis, als daß sie auf die Veröffentlichung der Kommandoerklärungen der Gruppe verzichten

»Heiße Nachrichten für Bush« vermeldete die »Ta Nea« ein bißchen schadenfroh, als die militante Gruppe »17. November« anläßlich des Besuches des US-Präsidenten in Athen einen Anschlag verübte. Und damit sich die Leserinnen und Leser aus erster Hand über die Motive der militanten Gruppe, zu diesem Zeitpunkt den türkischen Generalkonsul zum Ziel eines Attentats zu machen, informieren konnte, druckte »Ta Nea«, wie auch die weitverbreitete linksliberale »Eleutherotypia« und eine Reihe anderer Tageszeitungen, die komplette Kommando-Erklärung ab.

In den Wochen zuvor hatte sich die griechische Öffentlichkeit bereits die Bekennerbriefe zu Anschlägen des »17. November« auf eine Löwenbräu-Produktionsanlage und gegen Siemens in den Zeitungen des Landes zu Gemüt führen können: Die Gruppe, deren Namen sich auf den Beginn des Aufstands der Studentinnen und Studenten des Athener Polytechnikums 1973 gegen die Militärdiktatur bezieht, hatte darin kurz vor dem Besuch von Bundeskanzler Kohl im EG-Partnerland an die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs erinnert, gegen das Vierte Deutsche Reich agitiert und die Forderung nach Reparationen und nach Rückzahlung der von der deutschen Wehrmacht zwangsweise erhobenen Kredite über zwei Millionen Reichsmark (samt Zins und Zinseszins) unterstützt, die die Kanzler-Visite in der griechischen Öffentlichkeit begleitete.

Die Firmen Löwenbräu und Siemens waren als Ziele der Angriffe mit Panzerfäusten (die zuvor aus dem Historischen Militärmuseum geraubt worden waren) ausgewählt worden, weil sie griechische Firmen aufgekauft hatten und damit, wie es in den Bekennerschreiben hieß, als Vorreiter »des deutschen Großkapitals die ökonomische Invasion in Griechenland« vorantrieben: »Wir werden ohne Vorankündigung weiter gegen deutsche Firmen zuschlagen, solange die Kriegsreparationen von 30 Milliarden Dollar nicht gezahlt werden.«

Lufthansa gab kurz nach den Anschlägen bekannt, kein Interesse mehr an der zuvor geplanten Übernahme der Olympic Catering und einer griechischen Charter-Gesellschaft zu haben - ein Rückzieher, der in der griechischen Öffentlichkeit auf die Drohung mit weiteren antideutschen Anschlägen zurückgeführt wurde.

In Griechenland ist der ohne routinierte Distanzierungen erfolgende Abdruck von Kommando-Erklärungen üblicher als hierzulande: Obrigkeitsstaatliches Denken prägt das öffentliche Leben erheblich weniger, als in der Bundesrepublik, deren »stern«-, »FAZ«- oder »Frankfurter Rundschau«-Herausgeber man sich schlecht als couragierte Staatskritiker vorstellen kann, die für den Abdruck eines RAF-Bekennerbriefes ein paar Monate Knast riskieren. Etliche der in den griechischen Medien verantwortlichen Redakteurinnen und Redakteure haben aktiv gegen die Militärdiktatur gekämpft, es gibt eine bis heute lebendige, in den antifaschistischen Befreiungskampf reichende Partisanentradition. Dennoch ist diese Form der Öffentlichkeit derzeit noch längst nicht so normal, wie es sich die Griechinnen und Griechen wünschen.

Seit dem 13. Dezember 1990 ist ein neues Gesetz zum »Schutz der Gesellschaft gegen das organisierte Verbrechen« in Kraft, das seine enge Verwandtschaft mit dem bundesdeutschen Paragraphen 129a und Teilen des alten griechischen Notstandsrechts, das nach dem Sturz der Militärdiktatur abgeschafft worden ist, nicht verleugnen kann: Allerdings hat man aus den Erfahrungen mit dem bundesdeutschen (Un-)Recht gelernt und jegliche politische Terminologie vermieden. Stattdessen wird der Kampf gegen Drogenkriminalität in den Vordergrund gerückt. Die Vorschriften selber sprechen aber die bekannte Sprache: Zwei und mehr Menschen, die sich zu einer Organisation zusammengeschlossen haben oder eine Organisation unterstützen, die vom Mord über den Menschenraub bis zu gefährlichen Störungen des Schienenverkehrs alles mögliche planen mag, können demnach mit einer Vielzahl von Spezialvorschriften malträtiert werden.

Da die griechische Polizei bislang bei der Verfolgung z.B. der Gruppe »17. November« völlig erfolglos ist (kein einziges Mitglied dieser seit 1975 mit über dreißig Anschlägen aktiv gewordenen Organisation ist verhaftet worden, die Namen der Aktivisten sind unbekannt, und es gibt keinerlei Information über die Struktur und Arbeitsweise der Gruppe), zeitigen derzeit vor allem die Abschnitte des »Terror-Gesetzes«, wie es in der griechischen Öffentlichkeit genannt wird, die »Unterstützungshandlungen« unter Strafe stellen, Folgen: Der Generalstaatsanwalt kann z.B. gemäß Artikel 6 des Gesetzes die Veröffentlichung von Erklärungen und Texten inkriminierter Organisationen verbieten - was seither regelmäßig geschieht und genauso regelmäßig nicht beachtet wird - von bürgerlichen und eher konservativen Zeitungen genausowenig wie von linken. Wegen des Abdrucks mehrerer Bekennerbriefe des »17. November« sowie der ebenfalls militanten Gruppen »1. Mai« und »Ela« wurden schließlich Anfang September die Chefredakteure von sieben weitverbreiteten Zeitungen (darunter »Eleutherotypia«, »Ethnos« und »To Pontiki«) vor Gericht gestellt, gegen die Chefredakteur von zwei weiteren Blättern (»Ta Nea« und »Eleftheri Ora«) ist aus dem gleichen Grund, allerdings gesonderte Anklage erhoben worden.

Einen Tag vor Prozeßbeginn intervenierte der konservative griechische Ministerpräsident Mitsoutakis und verkündete öffentlich, seine Regierung werde einen eventuellen Freispruch nicht hinnehmen, sondern zur Not für eine Fortführung des Verfahrens bis zum Obersten Gerichtshof eintreten - eine Erklärung, die allgemein als Beeinflussung der Richter bewertet (und kritisiert) wurde. Für die öffentliche Stimmung dürfte eine von »Eleutherotypia« zur Eröffnung des Prozeßes veröffentlichte repräsentative Meinungsumfrage charakteristisch sein: 63 Prozent der griechischen Bevölkerung sprechen sich demnach für einen Abdruck von Erklärungen militanter Gruppen aus, 22 Prozent dagegen, und 13 Prozent äußern sich unentschieden.

Am 9. September verkündete das Gericht das Urteil: Die sieben Chefredakteure wurden zu Haftstrafen von fünf bis zehn Monaten verurteilt - das Angebot, sie in Form einer Geldstrafe abzuzahlen, lehnten sie ab, die Möglichkeit in die Berufung zu gehen, nahmen sie nicht wahr. Wie schon mit dem Abdruck der verbotenen Erklärungen selber verfolgen die Journalisten damit das Ziel, die Situation zu eskalieren, um den skandalösen Charakter des »Terror-Gesetzes« deutlich zu machen. Sie hoffen, wie auch griechische Offizielle meinen: begründet, darauf, daß das Gesetz schließlich doch insgesamt als »verfassungswidrig« bezeichnet und wieder abgeschafft werden kann. »Nicht die Journalisten waren in diesem Verfahren die Angeklagten, sie waren die Ankläger, angeklagt war das Terror-Gesetz«, äußerte nach der Verkündung dieses ersten und deswegen für exemplarisch gehaltenen Urteils nach neuem Recht einer der Verteidiger, ein anderer erklärte: »Wir gehen bewußt nicht in Revision, um gegen diese Einschränkung der demokratischen Freiheiten zu protestieren.«

Unmittelbar nach der Verhaftung der Angeklagten am 11. September kam es in Athen vor dem Gefängnis zu großen, die ganze Nacht hindurch andauernden Demonstrationen. Zahlreiche Verfassungsrechtler, sowie zahlreiche Angehörige der Kultur-Prominenz protestierten gegen das Urteil und die Verhaftung.

In der Bundesrepublik hatten die Verurteilungen in Athen wenig Resonanz: Daß Medien, die schon seit langem als vierte Staatsgewalt agieren, kein sonderliches Mitgefühl für Journalistinnen und Journalisten aufbringen, die bewußt gegen Zensur-Vorschriften verstoßen, die hierzulande angesichts der perfektionierten Selbstzensur nicht mal erlassen werden müssen, kann allerdings nicht erstaunen. Es gibt innerhalb der EG neben dem Nord-Süd- eben auch ein Demokratie-Gefälle. Sicherlich war es nicht allein die Idee der griechischen Regierung, den Versuch zu unternehmen, dieses auf den Standard des Modells Deutschland einzuebnen: Diese brisante Dimension der Auseinandersetzungen in Athen wird allerdings weder von den inkriminierten Zeitungen noch von deren Verfolgern thematisiert.

Ob das mit einigem Ernst betriebene Vorhaben der Regierung Mitsoutakis zu einem schlechten Ende geführt werden kann, ist angesichts der zusehends anspruchsvolleren Projekte für eine Zusammenarbeit der europäischen Polizeien durchaus zweifelhaft, die auf den aktuellen Fachtagungen mit dem Understatement »gegen organisierte Kriminalität« diskutiert und in die entsprechenden Gesetzentwürfe eingearbeitet werden - mit weitreichenden Konsequenzen für die EG-Politik der »Inneren Sicherheit« ebenso wie für die griechische Innenpolitik.

Kasten auf Seite 49 **»Gegenterror in der Türkei«**

Auch in der Türkei ist im April dieses Jahres ein sogenanntes »Anti-Terrorismus-Gesetz«, das sich deutlich an sein deutsches Vorbild anlehnt, in Kraft getreten. Entsprechend den autoritären Strukturen des türkischen Staates und der in Kurdistan teilweise in Bataillonsstärke für nationale Unabhängigkeit kämpfenden PKK sind die Vorschriften allerdings z.T. sehr viel weitergehend. Wesentlich ist vor allem, daß mit dem Gesetz durch die Legalisierung einer bis zu 15 Tage nach der Verhaftung dauernden völligen Kontaktsperre und die Bestimmung, daß Staatsbeamte wegen ihrer Aktivitäten im Dienst nicht vor ein ordentliches Gericht gestellt werden können, faktisch ein gesetzlicher Rahmen für die Folter geschaffen wurde. Seit Inkrafttreten des »Anti-Terror-Gesetzes« sind in der Türkei mehr als ein Dutzend angeblicher »Terroristen« von der Polizei erschossen und über zweihundert Menschen aus dem linksradikalen Spektrum verhaftet worden - etwa zwanzig der Verhafteten sind bis heute verschwunden. Außerdem wurden im Zuge der sich zusehends verschärfenden Repression gegen die türkische Opposition auch Medien und Rechtsanwälte, die das »Anti-Terror-Gesetz« und seine Anwendung kritisieren, ins Visier genommen: Die Leiterin des Ressorts »Menschenrechte« der linksliberalen Tageszeitung »Günes«, Deniz Teztel, ist im Juni wegen angeblicher - von ihr bestrittener - Mitgliedschaft in der militanten Organisation »Dev Sol« verhaftet worden, gegen den Vorsitzenden der Istanbuler Anwaltskammer, Turgut Kazan, wurde ein standesrechtliches Verfahren wegen justizkritischer Äußerungen in diesem Zusammenhang eingeleitet.

Oliver Tolmein ist Co-Autor des Buches »Herr P. und die Bombe«, das im Oktober im Konkret Literatur Verlag erscheint

Konkret 10/91, S. 50

Gero von Randow

»Wo ein Zeichen ist, wartet auch eine Bedeutung«

Im selben Tonfall, der Nationalhymnen, Militärmärsche und Arbeiterchöre zu Ohrwürmern macht, die bis ins Hirn kriechen, behauptet die Internationale der Wünschelrutengänger und Ufo-Forscher die außerirdische Abstammung der 'Kornkreise`. So klingt die Gewißheit, nach deren Zaubermelodie sich verunsicherte Menschen sehnen

Schlapp am Morgen? Es gibt etwas Besseres als Kaffee oder eine Prairie-Auster: Energie-Brötchen! Deren Mehl stammt nämlich von Getreidefeldern, in denen Kornkreise entdeckt wurden.

Kreise und andere Formen, gebildet durch herabgedrücktes Korn, beflügeln die Phantasie von Bäckern, Bauern und einer noch jungen Bewegung, die in den seltsamen Spuren die Zeichen einer neuen Zeit zu erkennen glaubt. Einige Kornkreise mögen das Werk von Spaßvögeln sein, allein ist die Herkunft der anderen (der »echten«, wie der deutsche Kreis-Führer Johannes von Buttlar immer sagt) damit nicht ausgemacht. Also?

Was schon. Die Figuren im Getreide sind meist dermaßen exakt und oft genug so bizarr, daß sie ohne intelligente Steuerung kaum entstanden sein können. Die einfachste Hypothese lautet daher, daß hinreichend intelligente Erdbewohner das Korn niedergedrückt haben (und zwar aus Daffke, so die Ergänzungshypothese).

Freilich ist dieser zwanglose Schluß verhaßt, denn er will »das Wunderbare desillusionieren«, wie Ralph Noyes schreibt. Noyes ist Herausgeber des Buches »Die Kreise im Korn«, mit dem der notorische Heyne-Verlag an der Kornkreis-Hype teilhat1. In diesem Sammelband argumentiert George Wingfield, der als »Systemanalytiker bei IBM« vorgestellt wird: »Die Kreise erwecken den kaum zu widerlegenden Eindruck einer Zielsetzung; sie sind von immenser Präzision und Komplexität, und nur der abgebrühteste Skeptiker kann völlig ausschließen, daß sie das Werk irgendeiner Intelligenz sind.« Ganz recht, wenngleich nicht gerade Skepsis, sondern blühende Phantasie dazu gehört, einen Naturvorgang zu ersinnen, der solcherlei Figuren hervorbringen kann. Um so erstaunlicher ist Wingfields Schluß: Weil sich unser Computerfachmann keine Technik ausmalen kann, die Kreise anzufertigen, können sie nur von außermenschlicher Intelligenz herrühren!

Hier hört unser Thema auf, esoterisch zu sein und wird zum Beispiel einer verbreiteten Geistesverwirrung. Anstatt eine simple Erklärung zu bevorzugen, deren Geltung in jedem Einzelfall säuberlich nachgewiesen werden müßte, tun's die Kornkreisler nicht unter einem Wissen, das weltumstürzend und gewiß ist. Sie, die der etablierten Wissenschaft so gerne Überheblichkeit attestieren, wähnen sich im Besitz einer Wahrheit, die alle bisherige Erkenntnis verblassen läßt. Einige von ihnen spielen die Nachdenklichen, offen nach allen Seiten. Sie repräsentieren einen Typus, der ebenso in Diskussionen um Astrologie, Paramedizin oder gefährliche Strahlungen auftaucht, und seine Standardfloskel lautet: »Das Gegenteil ist nicht bewiesen.« In der Tat kann niemand die Nichtexistenz von Ufos, Hexen oder Erdgespenstern beweisen, die nächtens über's Getreide ziehen. Warum auch? Nur wer eine Behauptung aufstellt ist beweispflichtig, sonst keiner. Der Vollständigkeit halber: Es ist auch nicht bewiesen, daß die Kreise ein Jux sind. Das ist nur die einzige Hypothese, die ohne gewagte Annahmen auskommt.

Gegen diese nüchternste aller Theorien ist der Getreide-Szene noch der dümmste Einwand willkommen. Ralph Noyes: Die Kreise sind meistens nicht ganz rund, sondern eher elliptisch oder oval, was dagegen spreche, »daß das Ganze ein Schabernack ist. Die meisten Menschen können Kreise im Heu fabrizieren, wenn es ihnen Vergnügen macht; nur wenige aber würden sich die Mühe machen, Ellipsen herzustellen.« Na, wer sich überhaupt ins Feld schleicht, um Zeichen zu setzen, der wird doch wohl ein Ei zeichnen können?

Die klandestinen Getreidebieger können noch ganz anders. Ende August bildete das britische Wissenschaftsblatt »New Scientist«2 ein Kornzeichen ab, das in der Nähe der Universität von Cambridge entdeckt wurde. Es entspricht der grafischen Darstellung einer Mandelbrot-Menge, jenes »Apfelmännchens« also, das all die Zeitungsartikel über »Chaostheorie« ziert. Hier scheinen studentische Witzbolde den Kreisdeutern zuvorgekommen zu sein, denn eine Erklärung mit Hilfe der neuesten Wissenschaftsmode lag in der Luft. Ob wir bald von einem »chaostheoretischen Paradigmenwechsel der Kreisforschung« hören werden?

Gelehrtes Abrakadabra bedient sich gerne physikalischer Begriffe wie Energie und Feld, Kraft und Strahlung. In der Physik sind sie als Größen definiert, in der Paraphysik hingegen bleiben sie vage Oberbegriffe, die alles und nichts bedeuten, nach Wissenschaft und Immateriellem zugleich klingen. Ob Homöopath, Astrologin, Spukforscherin oder Wünschelrutenmann: das Irgendwie der Energiefeldkräfte, Kraftfeldenergien oder Kraft/Energie-Strahlungsfelder versetzt sie in Erregung. In Noyes' Buch schwadroniert denn auch John Michell, ansonsten Ufo-Spezialist, von »Energien, welche die Oberfläche der Erde durchziehen« und »die wesentliche Lebenskraft dieses Planeten bilden«, und, natürlich, von »Energiefeldern« im »Umfeld der Kreise«.

Da bleibt es nicht aus, daß die Kornkundigen einen weiteren prominenten Feldforscher zitieren: Rupert Sheldrake. Der ehemalige Biochemiker und Zellbiologe ficht in Bestsellern für seine Lehre, daß Naturgesetze Ausdruck nicht-lokaler

»morphischer Felder« seien, in denen bestimmte Vorgänge wie in einem Gedächtnis gespeichert würden. Was in Sheldrakes Texten zuerst vielleicht nach einer interessanten Arbeitshypothese aussieht, entpuppt sich bei fortgesetzter Lektüre als ordinärer Hokuspokus. Allen Ernstes behauptet er, daß Prozesse wie Lernen oder Kristallisation, mehrfach an einem Ort vollzogen, hinfort an beliebigen anderen Orten schneller vonstatten gingen, weil nun eingelernte Muster nachhülfen. Der Biologe Francisco Varela, zu Unrecht von einigen Parawissenschaftlern als Zeuge angerufen, hat einmal nach morphischen Feldern für Computer-Programme gesucht - selbst nach dem millionsten Start liefen die Programme nicht schneller. Doch sogar die Schwerkraft, phantasiert Sheldrake, sei »eine tief verankerte, fundamentale Gewohnheit«. Man solle »sich daran erinnern, daß es Menschen gibt, die levitieren können, die also in der Lage sind, ihren Körper durch Gedankenkraft zu bewegen«.

Was die Getreidedeuter offenbar verrückt macht, sie an morphische Felder, Erdkräfte oder Ufos glauben läßt, ist die Tatsache, daß die Korngebilde wie Zeichen aussehen. Wo ein Zeichen ist, wartet auch eine Bedeutung darauf, entschlüsselt zu werden. Tja, und was könnte mitgeteilt werden? Das, wovon alle reden - die ökologische Krise, was sonst. Die Erde wird mißhandelt, und nun warnt sie uns. Erdbeben, Vulkanausbrüche und Tornados lehren die Menschlein nicht Mores, weil sie ungezogenerweise räsonieren, daß solcherlei schon immer geschah, also werden Halme umgebogen.

»Bekanntlich« oder »Man darf nicht vergessen«, mit diesen Worten leitete J. W. Stalin gerne dogmatische Schlußketten ein. »Man darf nicht vergessen«, schreibt Lucy Pringle in Noyes' Buch, »daß unser Planet ein lebender, atmender Organismus ist«. Auf diesen Glaubenssatz gründet eine ganze Naturreligion. Die Naturwissenschaften erkennen immer mehr Zusammenhänge innerhalb der Biosphäre, doch befriedigt diese nüchterne Spurensuche nicht die Sehnsucht nach einer »Ganzheitlichkeit« der Natur, die unmittelbar erfühlt und beschwört werden kann. In unseren Köpfen gibt es indessen ein bewährtes Konzept für ein Ganzes, das wir uns lebhaft vorstellen können, ohne es im Detail begriffen zu haben: das Modell eines anderen Menschen, unseres Gegenübers, das wir für die Kommunikation untereinander benötigen. Wem die tastende Methode der Wissenschaft Ungemach verschafft, der wird sich lieber diesem vertrauten Konzept zuwenden und die Natur als geschundenes, sich vielleicht gar rächendes Lebewesen interpretieren - ganz so, wie der verängstigte Mensch früherer Zeiten einen Regen-, Bären- oder Feuergott brauchte.

Daß für den Planeten, vorgestellt als lebendes Wesen (»Gaia«), die Krise der Biosphäre ungefähr so wichtig sein dürfte wie für unsereins ein bißchen Schmutz auf der Haut, fällt nicht ins Gewicht, denn nicht der Erklärungswert des Animismus zählt, sondern das Gefühl, das er vermittelt.

Einer anderen Theorie zufolge ist es nicht die Erde, sondern sind es Außerirdische (oder, wie der Vorsitzende des britischen Zentrums für Kornkreis-Studien, Michael Green, glaubt, »hochrangige Feuergeister«), die uns die ökologischen Leviten lesen wollen. Aber warum meistens in England? Ausgerechnet im Getreide, stets penibel die Grenzen der Kornfelder beachtend? Warum denn nicht im Fernsehen oder am Nachthimmel, warum denn nicht in einer Weltsprache, mit dem Morse-Alphabet oder mit Zahlen? Eine Vielzahl komplexer geometrischer Formen können die Gäste aus dem All zeichnen, Lesbares mitzuteilen vermögen sie jedoch nicht?

Das Kornkreis-Zentrum CCCS will nach Angaben seines Präsidenten Archie E. Roy so ziemlich alles erfassen, was sich mit den Getreidezirkeln in Verbindung bringen ließe: meteorologische, geologische, chemische, botanische, akustische, magnetische und, natürlich, astronomische Daten, »Strahlungsuntersuchungen« allemal, und: »Die Berichte der Wünschelrutengänger, die vor Ort tätig waren und Anomalien feststellten, müssen ebenfalls sorgfältig erfaßt werden.« Michael Green fordert gar eine »regelmäßige, landesweite Luftüberwachung« sowie »eine Forschungsgesellschaft. Sie muß hinlänglich finanziert und ausgerüstet sein, über Laboreinrichtungen verfügen sowie von einem Verwaltungsapparat flankiert sein.« Kornkreise müßten unter Artenschutz gestellt, Wärter müßten angeheuert werden, und »es wird wohl ein System der amtlichen Anmeldung dieser Phänomene erforderlich sein, verbunden mit einer Bezuschussung der betroffenen Landwirte« - alles andere ist Hühnerkram.

Wer viele Daten zusammenträgt, wird auch Strukturen erkennen. Das ist unvermeidlich, denn wir Menschen haben einen Sinn für Regelmäßigkeiten und erkennen selbst dort mathematische Zusammenhänge, wo nur der Zufall Muster erzeugte. Einige Kreise liegen beispielsweise auf einer Linie, die sich bis nach Ägypten verlängern läßt. Und dort, das weiß man ja, ist buchstäblich der Teufel los. Hartgesottene mögen einwenden, in fast jeder Himmelsrichtung sei eine Gegend zu finden, die für Geisterseher interessant ist - doch Zufall existiert im ideologischen Weltbild nicht, denn er stört das gute Gefühl der Gewißheit. Es kann doch auch kein Zufall sein, meinen die Kreisgläubigen, daß ausgerechnet in der Nähe von Getreidekreisen Fotoapparate, Tonbandgeräte und andere Instrumente ihren Dienst versagen. Zugegeben, rein zufällig ist das nicht, benutzt ein Kreisforscher seine Instrumente doch vornehmlich an diesen Orten.

George Wingfield hat bereits verkündet, man sei »unwiderruflich zu dem Schluß gekommen«, daß nichtmenschliche Intelligenz die Halme biege. So klingt die Gewißheit, nach deren Zaubermelodie sich verunsicherte Menschen sehnen - es ist derselbe Tonfall, der Nationalhymnen, Militärmärsche, Arbeiterchöre, Bewegungs-Singsang und Kirchenlieder zu Ohrwürmern macht, die bis ins Hirn kriechen.

Anmerkungen

1 In der »TAZ« lobte Mathias Bröckers dieses »sachliche und unspekulative Buch«, in dem es von Luft-, Feuer- und sonstigen Geistern nur so wimmelt. Die Affinität der »TAZ« zu den Parawissenschaften zu untersuchen, wäre eine Anstrengung wert. Ende März beispielsweise unterstützte Bröckers die These des Homöopathie-Kundlers Jacques Benveniste, Wasser habe ein magnetisch beeinflußbares Gedächtnis. Dies sei bei Versuchen mit »Guinea-Schweinen« herausgekommen. Guinea-Schweine? Das sind »guinea pigs«, die der Wissenschafts-Autor Bröckers beim Studium der englischsprachigen Vorlage nicht als Meerschweinchen identifizieren konnte.

2 Der »New Scientist« wird von Kornkreislern immer wieder zitiert, wenn es darum geht, der Beschäftigung mit den Zeichen den Anstrich wissenschaftlicher Seriosität zu verleihen. Doch nicht die Redaktion sondern ein freier Autor hatte in der angesehenen Zeitschrift über die Kreise geschrieben - G. Terence Meaden, ein Physiker, der gleichfalls zur Kornkreis-Szene gehört. Er ist deren schwarzes Schaf: Zwar lehnt er, wie alle anderen, die Spaßvogel-These ab, aber ebenso die These, nichtmenschliche Intelligenz sei am Werk gewesen. Meadens aufwendige Theorien über Ionen-Wirbel und dergleichen werden von der zunehmenden Komplexität der Kreise widerlegt. In Noyes' Buch schreibt Meaden überdies, was er im »New Scientist« nicht zu bekennen wagte: daß er Kornkreise auch mit der Wünschelrute untersucht.

Gero von Randow schrieb zuletzt in KONKRET 8/89 über das Verschwinden der Arbeiterklasse

Konkret 10/91, S. 53

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Gerd Müller!

Auch ich war einmal Fußballer und Trinker (wenn auch ein nicht ganz so berühmter wie Sie) und weiß Bescheid. Gut, daß Sie Freunde haben, die Ihnen ins Trockendock helfen: Manfred Köhnlechner mit Magnesium, Zinn, verdünntem Schlangengift und Ohr-Akkupunktur, und Uli Hoeneß mit einem Stellenangebot als Kunstrasenvertreter.Ein neues Leben aber ohne Kunst ist wie ein Witz ohne Lachen. Und darum schenke ich Ihnen diesen wunderschönen Rixdorfer Druck aus der Mappe »Zum BallSpiel« mit meinem feinen Fußballgedicht. Ich hoffe, bei den Anonymen Bayern in der Münchner Säbener-Straße findet sich ein Glaser, der Ihnen die 100,4 mal 70,7 cm für umsonst schön rahmt.

Nein, sagen Sie nicht Danke, und alles Gute, Gerd, Ihnen!

Samstagmorgen im Hotel »Pelikan« vor einem dem Dienst an einem ums Verreck gut unterhalten sein wollenden Fernsehserienpublikum geweihten Drehtag der Maultaschen-Saga »Der König von Bärenbach« ein spurenelementereiches Frühstück und - das dasige Morgenblättle, die »Rems-Zeitung«: »Der Sumpf um Schalck«, »Der tägliche Verdrängungskampf auf deutschen Straßen«, »Judas war kein Verräter«, »Überangebot an Gold läßt den Preis absacken«, »Lambsdorffs Bruder wird Botschafter in Riga«, »Serbien rechtfertigt Einsatz der Armee«,dazu das Wetter und der Blick in den Polizeibericht - soo wollen wir die uns die Augen öffnende Frühstückspost im schummrigen Schwäbisch Gmünd: Als ein pflichtbewußt unbestechliches, auf die Welt, dieses menschliche Schlachthaus mit dem Silberstreif überm First, justiertes Teleskop. Doch was läßt uns heut Morgen im Kauen erstarren und heißt die Braue vor Zorn erbeben? Es ist dies ein entsetzliches Foto auf Seite drei, zeigend zwei durch das schamlose Aufsetzen einer sinnlosen TV-Juxbrill uff de Nas und das unverschämte Glotzen in öffentliches Licht alle menschliche Gottesebenbildschaft zernichtende Kreaturen. Die Bildunterschrift von Associated Press, des gewissenlosen Verbreiters dieser Ekelhaftigkeit, will uns die beiden allen Geistes entledigten Wesen als Großpolitiker verkaufen. Es sind aber lediglich ins Kraut geschossne Kindsköpfe, deren einer, Diepgenberlin, sein Notabitur mit sage und schreibe fünfzehn Jahren Verspätung baute, und deren andrer, Möllemannbonn, ein manikürter Handlanger des Kapitals, weder weiß, was ein Pfund Butter kostet, noch wieviele Nullen in eine Milliarde gehn.

Lange schauen wir auf diese publizistische Monstrosität, wollens nicht glauben, daß unsre geliebte »Rems-Zeitung« solchem Scheiß Raum gibt. Dann entstarren wir allmählich. Der Drehort ruft. Vorher aber ergeht vom »Bärenbach«-Frühstücksplenum wie in besten 68er-Zeiten an die Schauspieler Christoph Hofrichter, Hanns Zischler und Horst Tomayer sowie an den Regisseur Manfred Stelzer der Beschluß: Leidenschaftlichster Betroffenheitsaufschrei an die »Rems-Zeitung«!

Konkret 10/91, S. 54

Klaus Holz

Gibt es ein Drittes im Falschen?

Was soll eine Kritik, die nicht auf die Einsicht der Kritisierten setzt? Eine Erwiderung auf den Artikel »Radioten im Dreyeckland« (KONKRET 8/91) der »Initiative Sozialistisches Forum« (ISF) zur antizionistischen Propaganda des links-alternativen Radiosenders Dreyeckland

Alle sind antisemitisch im Dreyeckland. Daran läßt gleich der erste Satz des Beitrags der ISF keinen Zweifel aufkommen. Was »die völkische Avantgarde des neuen Deutschland im südbadischen Ihringen an die Mauern des jüdischen Friedhofs schmierte, das strahlte ... RDL über 102,3 Megahertz aus, nur eben alternativ, pazifistisch, linksnationalistisch, antiimperialistisch«. Man muß das zweimal lesen, bevor man seinen Augen traut. RDL sei wesensgleich den Neonazis, die den jüdischen Friedhof verwüsteten und mit Parolen wie »PLO - Besser wie Adolfs SS« hinterließen.

Alle sind, alles ist antisemitisch im Dreyeckland - außer der ISF und einigen rekrutierungsfähigen »Soziologie- und Germanistikstudenten«. Das »kommunale Biotop« Freiburg wurde der ISF zum »Laboratorium sämtlicher alternativer Scheußlichkeiten«, in dem endlich der Beweis gelang, daß Antisemiten keine Menschen, sondern Tiere sind (vgl. das dem ISF-Text vorangestellte Kolakowski-Zitat). So ward die ganze schöne Dialektik auf den Hund und dessen Herrchen gebracht. Hier die Vernunft, die Kritik, die Revolution (kurz: die ISF) - dort die antisemitische Totalität der Volksgemeinschaft, Kehrseite der Revolution (kurz: alle anderen). Dazwischen nichts, kein Unterschied zwischen Neonazis, Antizionisten, Radio Dreyeckland (RDL), Antisemiten, der Antifa-Gruppe, den Grünen, »Bund gegen Anpassung«, »Murabitun« ...: Volksgemeinschaft im kommunalen Biotop, die dank RDL endlich »enttarnt« werden konnte. Was die ISF, bislang in Philosophie verborgen, schon immer meinte, erschien ihr im Dreyeckland, und aus der Philosophie wurde Biologie. Antisemitisch verkehrte kapitalistische Wirklichkeit und Vernunft als deren Negation.

Alle sind, alles ist antisemitisch und darum gleich. Würde die ISF sich wenigstens in das »Alles« mit einschließen, statt sich unvermittelt als Vorschein der Revolution mißzuverstehen - was man negativ-dialektisch doch wohl erwarten dürfte , wäre der Artikel zwar immer noch nicht wahr, aber wenigstens nicht ganz so ärgerlich.

Zwar ist richtig, daß die Antifa-Gruppe Freiburg entgegen der Verpflichtung, die der Gruppenname ihr sein müßte, sich bislang nicht in der Lage sieht, den Antisemitismus im Vergleich Israels mit dem NS-Staat zu erkennen, betreibt sie deshalb aber die »Nazifikation des Marxismus«, sind die Antifas die »roten Adjutanten« der Nazis? Wer da noch fragt, warum (und wie) sich die Antifa-Gruppe in RDL mit der Kollektivschuldthese abplagt, ist selbst ... Denn alle sind antisemitisch im Dreyeckland.

Entsprechend soll RDL-Geschäftsführer M.M., nichts anderes im Sinn gehabt haben, als mit Verfahrenstricks die roten Nazis auf Sendung zu schützen. Bei M.M. vergaß die ISF übrigens unverzeihlicherweise Anschrift und Berufsstand mitzuteilen. M.M., der basisdemokratisch, also wie ein Hirte ohne Hund, seine Schäfchen zu hüten hat und der um seinen Job so wenig zu beneiden ist wie der Kassenwart des ISF-Verlages, eben diesem M.M. wird vorgeworfen, daß er unter dem Antisemitismus von links eine politische Position verstehe, die »auszugrenzen ebenso undemokratisch sei wie die Abkanzelung eines professoralen Schmierfinken«. Eben dieser M.M. aber war der erste aus RDL, der öffentlich personelle Konsequenzen wegen der fortgesetzten Verteidigung des professoralen Schmierfinken, des Antisemiten Spehl, gefordert hat (RDL-Info, 9.7.). Paßt nicht ins Biotop, also läßt es der Biologe draußen.

Damit nicht genug. Die Kritik am Radio, immerhin das zentrale Thema des Artikels, gelingt der ISF nur, indem das Problem einer linken ‘Streitkultur’ schlankweg ignoriert wird. Konsens = »Gemeinschaft« und »Gleichgültigkeit«; Diskussion = »Abwicklung des Skandals« nach »Geschäftsordnung«; der »obszöne Pluralismus« von RDL stellt nichts anderes dar »als die Bedingung der Möglichkeit der antisemitischen Agitation von links«. Die Gegenvorstellung wurzelt, wie sollte es auch anders sein, wiederum in der abstrakten Dichotomie von Vernunft und Antisemitismus. Vernünftige Kritik (Adorno plus ISF) oder DiskussionPluralismusKonsens (Habermas plus RDL). Es gibt eben kein Drittes im Falschen.

Dabei könnte man gerade anläßlich des Antisemitismusstreites in und um RDL darüber nachdenken, was `der Linken’ - tot oder nicht - so not tut wie nichts: streiten zu lernen. Denn solidarische Kritik ist dieser Linken so gut wie unmöglich, zumindest wenn sie öffentlich geäußert wird. Die Verquickung persönlicher und politischer Beziehungen, einstmals als Politisierung des Privaten gefeiert, ist zur Sanktionsmacht und zum Hindernis geworden. Beim abendlichen Bier im »Reichsadler« läßt sich feststellen, wer die nachmittags geäußerte Kritik in RDL schon vernommen hat - am Ausbleiben der Begrüßung. Dazu kommt noch die in jeder WG gemachte Erfahrung, daß nichts das Leben einfacher macht, als sich um die anstehenden Auseinandersetzungen zu drücken. Wenn es dann doch kracht, handelt es sich schon um das Vorspiel zur Trennung.

Es gehört schon einiges dazu, in der Redaktionsversammlung von RDL den Ausschluß eines ‘antizionistischen’ Mitgliedes zu fordern. Minimalbedingung für ein derartiges Ansinnen ist das sachlich begründete Wissen, daß nur noch der Ausschluß

als letztes Mittel bleibt. Dazu bedarf es der Diskussion und der Herstellung eines gewissen Konsenses. Zwar werden Wahrheitsfragen nicht durch den Konsens eines Plenums entschieden und bleibt die Theorie des Antisemitismus unabhängig vom kleinsten gemeinsamen Nenner politischer Gruppen - sie wird von ihrem Gegenstand bestimmt. Wenn aber die politische Auseinandersetzung gesucht wird, interveniert die Kritik und stößt auf zusätzliche Bedingungen: die Unfähigkeit zum Streit mit Argumenten im allgemeinen und in der Szene als sozial verbindlicher Subkultur im besonderen, die Differenz zwischen der Überzeugung einer Person (z.B. dem Geschäftsführer) und der programmatischen Entwicklung einer Institution (RDL), dem keineswegs unverständlichen oder völlig obsoleten Interesse an der Erhaltung des Radios usw. Man muß diese Bedingungen einer intervenierenden Kritik in der politischen Auseinandersetzung nicht umstandslos akzeptieren. Ignoriert man sie aber, trägt man kaum zur Durchsetzung der eigenen Kritik bei. Der ISF erschienen diese Bedingungen politischer Auseinandersetzung als bloße Bedingung der Möglichkeit eines Antisemitismus von links. Was jedoch eine Kritik sein soll, die gar nicht diskutiert sein will, die nicht auf Veränderung in den Köpfen hofft, sondern nur deren urplötzlichen Umschlag vom Bösen zum Guten kennt, das mag die Vernunft mit sich selbst ausmachen.

RDL vorzuwerfen, »daß der Konsens der Radiomacher erstens in ihrer vollendeten Gleichgültigkeit gegen den Inhalt der unterdrückten Nachrichten von ganz unten besteht, zweitens in quengelnden Bettelbriefen und larmoyanten Spendenaufrufen sich artikuliert, drittens im resoluten Willen zur Geltung kommt, sich von Unbefugten nicht dazwischenfunken zu lassen«, ist so unwahr, wie sich diese Pluralismuskritik dem Problem einer linken ‘Streitkultur’ gar nicht erst stellt. Auch hier bleibt der ISF nur die zurechtgestutzte Dichotomie. Daß eine (relativ große) Institution wie RDL keinesfalls ohne Diskussionsprozeß die Grenzen ihres Pluralismus wird klären können - keine Frage, RDL wird dies müssen , stellt sich der ISF als bloße Taktik dar: »Diese Linksmichel-Taktik der Geschäftsführung schlug an. Dem simplen Vorsatz, die Kritik als Aufforderung zur Diskussion mißzuverstehen und die Forderung nach Konsequenzen als freundlichen Hinweis darauf, daß irgendetwas im Argen liege, konnte der Erfolg nicht lange versagt bleiben.«

Der innerlinke Antisemitismusstreit krankt vor allem daran, daß ihm keine allgemein akzeptierte Form öffentlicher Auseinandersetzung zur Verfügung steht. Der Großteil der Flugblätter, in denen Freiburger Gruppen sich überraschend konsequent nicht zur Sache äußern, belegt diesen Satz. Interne Zweifel und Kritik bleiben intern. In der Öffentlichkeit versucht man, sich hinter Worthülsen zu verstecken. Ja, ja die Solidarität, und auf die ISF ist man schon seit Jahren schlecht zu sprechen. So wurden Stellungnahmen veröffentlicht, die schon deshalb unsäglich sind, weil sie nicht viel mehr als den polemischen Stil der »staatsschutzlinken« ISF zu bemängeln wußten. Doch nicht einmal die Stilkritik ist gelungen, und die Vernunft dem Staatsschutz unterjubeln zu wollen, ist so blödsinnig wie hart an der Grenze zur Beamtenbeleidigung. Die ISF behält darin recht, daß die Skandalisierung ihres Stils vom Skandal der antisemitischen Propaganda von links bloß abgelenkt hat. Nur hat eben die ISF der Szene dieses billige Ausweichmanöver viel zu leicht gemacht.

Im dichotomischen Weltbild der ISF werden die brisanten Probleme, die die Auseinandersetzung zu Bewußtsein bringen könnte, kurzschlüssig erledigt. Antizionismus = Antisemitismus von links. So richtig das im Resultat ist, bleibt doch die Frage, wie der Antisemitismus links entsteht. Sie zu stellen, ist von eminenter politischer Bedeutung. Denn die Antwort fördert den ideologischen Unrat von Generationen zutage.

`Die Linke’ in Deutschland findet weder eine Nation noch ein revolutionäres Subjekt, mit dem die eigene Orientierungslosigkeit sich weghalluzinieren ließe. Auf der Suche nach der revolutionären Perspektive wird der Trikont zur politischen Projektionsfläche, ohne die sich die revolutionäre Identität der deutschen Metropolenlinken nicht basteln läßt. Wendet sich dieser Antiimperialismus gen Palästina, geht er als Antizionismus nur auf, wenn der Antisemitismus und die nationalsozialistische Judenvernichtung aus der Entstehungsgeschichte Israels gestrichen werden. Denn der Antiimperialismus braucht unabdingbar den bösen Imperialismus und den guten Aufstand, die schlechte Nation und die nationale Befreiungsbewegung.

Diese antiimperialistische Revision der Geschichte Israels führt den Antizionismus in den Antisemitismus. Die Formel von der ideologischen Verwandtschaft des Nationalsozialismus mit dem Zionismus versucht sich die deutsche Vergangenheit vom Halse zu schaffen, um sich in der deutschen Gegenwart den Selbstbetrug einer revolutionären Identität in einer nicht-revolutionären Welt zu gestatten. Die linke Genese dieses im Resultat antisemitischen Antizionismus zu begreifen, ist Bedingung der Möglichkeit einer intervenierenden Kritik. Wer jedoch den Antisemitismus `latent’ schon in der Warenform hausen sieht, wird sich für derlei Überlegungen nur mäßig interessieren. Dann aber setzt sich die Kritik nur abstrakt ins Verhältnis zum Kritisierten und gibt die Hoffnung auf, noch etwas zu bewirken. So wird die vernünftige Konstruktion nur dem Schein nach empirisch verifiziert. Die Vernunft braucht keine Empirie und darf zitieren, wie sie will. Zu behaupten aber, RDL habe im Golfkrieg die Position des friedliebenden Irak eingenommen und sich zum Propagandasender Saddam Husseins gemacht, erfüllt objektiv den Tatbestand der Lüge. Richtig ist, daß einzelne Beiträge sich dieser Tendenz verschrieben haben. Schlimm genug und hinreichender Anlaß zur Kritik an RDL, daß dies im Radio unwidersprochen blieb. Der Grund aber für die Behauptung, RDL sei eine Zweigstelle Radio Bagdads - und dies u.a. mit Zitaten des »Bundes gegen Anpassung« zu belegen, was auf die außerhalb des Dreyecklands selbstverständliche Unbekanntheit der südbadischen Nistplätze spekuliert , dürfte vor allem in der Befürwortung des Golfkrieges durch die ISF selbst liegen.

Dennoch: Trotz des biologischen Gewandes, in dem die Wahrheit der ISF letztlich erschien, bleibt allzuvieles wahr darin. Der Freiburger Streit um den antisemitischen Charakter des Antizionismus ist, wie sein bisheriger Verlauf gezeigt hat, notwendig. Keinen Antisemiten Spehl, keinen Vergleich zwischen Israel und dem Nationalsozialismus, keinen Hinweis auf ihre Unfähigkeit zur Kritik erspart sich die `tote Linke'. Wäre die ISF noch unmöglicher, als sie schon ist, bliebe der Skandal noch immer der Antisemitismus von links; auch dann noch, wenn die ISF vom Staatsschutz bezahlt werden würde.

Um nur den letzten Akt (Stand 8.8.) dieser unendlichen Leichenfledderei durch die Leiche selbst zu erzählen: Ein bewährter Antizionist nahm kürzlich über Nacht selbstkritisch einige zentrale Positionen zurück, auf denen er tags zuvor noch beharrt hatte. Spehl sei ein Antisemit, Israel könne man wohl doch nicht mit dem Nationalsozialismus vergleichen. Später Lernprozeß? Wäre bloß der Grund für diesen Sinneswandel nicht so beknackt, daß er seine eigene Farce gleich mitliefert. Eine Stellungnahme dreier Gefangener aus dem Widerstand (Dietiker, Jansen, Rosenkötter), die das antizionistische Meinen scharf kritisiert, hat diesen Umschwung bewirkt, obwohl die Gefangenen kein Argument ins Feld führen, das nicht schon hundertmal formuliert worden wäre - außer einem versteht sich: Gefangene zu sein. Auch diese Provinzposse im Herzen der Bestie, durch die Kritik und Selbstkritik zur hohlen Phrase werden, hat ihre Logik. Auch in der Breisgaumetropole kann die Wahrheit nur im Gefängnis sitzen. Eine simple Variation über Adornos »es gibt kein Wahres im Falschen«. Was den einen die Vernunft, ist den anderen der Knast - auch wenn mir die ISF diese Blasphemie wohl nie verzeihen wird.

Wenn Dialektik die Kunst ist, auf die Füße zu fallen (Merleau-Ponty), dann fällt die negative Dialektik auf den Kopf. Auch auf meinen. Während der linke Antisemitismus ganz allein das Faß zum Überlaufen bringt, bemüht sich die ISF so differenziert wie ein Wasserwerfer um den letzten Tropfen. Suche deshalb Zimmer außerhalb der Biologie und außerhalb des Dreyecklands.

Klaus Holz ist Soziologe und arbeitet an der Universität Freiburg

Konkret 10/91, S. 56

Thomas Neumann

Buch des Monats: Wenn er geht, sind sie satt

Michael Walzer: Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1991, 352 Seiten, 48 Mark

»Freiheit und Gnüge werden die Hauptconditionen der neuen Einrichtung sein, ob ich gleich mehr als jemals am Platze bin, das durchaus Scheisige dieser zeitlichen Herrlichkeit zu erkennen.«
Goethe

Langfristige kontinuierliche Beobachtung an jenen Sonderlingen, die regelmäßig auf einschlägigen städtischen Plätzen Tauben füttern, hat zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Sollte man annehmen, daß in jedem Fall das Leben der Vögel ausschlaggebend sei, so zeigen die dabei eingeübten Verhaltensweisen der Fütternden etwas ganz anderes. Es lassen sich überhaupt nur zwei entgegengesetzte Weisen, das Futter auszustreuen, unterscheiden.

Im einen Fall geht der oder die Fütternde über den Platz und läßt neben oder hinter sich Körner in einer langen Spur fallen, worauf die Vögel einfliegen und fressen. Der Spender wendet ihnen keinen Blick zu, er setzt, nachdem die Tüte leer oder das Ende des Platzes erreicht ist, seinen Weg ohne Innehalten fort, als sei nichts geschehen. Bei Gelegenheit kommt er wieder und verstreut mit der gleichen Teilnahmslosigkeit seine Gaben. Er kann und will nicht wissen, ob sie erwünscht und angenommen werden.

Ganz anders verhält sich die zweite Gruppe. Ihre Vertreter werfen vom Rand des Futterplatzes Körner oder Brotkrümel in einem Halbkreis um sich herum und beobachten, wie die Tauben, immer kühner, dichter heranrücken und endlich die zu Füßen liegenden Reste aufpicken. Erst wenn das Letzte aufgezehrt ist, geht der Spender ab, langsam, dann und wann wirft er einen Blick auf die zurückbleibenden suchenden Tiere.

Ähnlich unterschiedlich ist das Verhalten intellektueller Gesellschaftskritiker; und darum bleibt es gänzlich fragwürdig, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Das versucht aber der amerikanische Sozialwissenschaftler Michael Walzer in seinem jüngsten Buch »Zweifel und Einmischung«. Kein Zweifel, er würde die zweite Gruppe der Taubenfütterer nicht nur bevorzugen, der ersten würde er gänzlich absprechen, daß sie dergleichen überhaupt täte.

Walzer nennt sein Buch im Untertitel »Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert« und versucht, an elf Kritikern aus sechs Ländern diese Jahrhundertgeschichte festzumachen. Das geht natürlich nicht, und weil der Autor es selber weiß, hat er auch etwas ganz anderes geschrieben, als der Titel sagt. Die Vorgeführten dienen ihm ausschließlich dazu, seine Meinung über den für ihn »idealen« Gesellschaftskritiker mitzuteilen. Simpel formuliert sagt er: Ein Kritiker muß den Gegenstand der Kritik als seinen eigenen betrachten, sonst verfehlt er ihn. Zu große Distanz zur Gesellschaft macht den Kritiker zu ihrem Feind und wirkungslos. Als Beispiel solcher Verfehlung führt er Herbert Marcuse vor.

»Es führt kein Weg daran vorbei«, schreibt Walzer, »Marcuse ist ein antidemokratischer Kritiker«. Und etwas kräftiger: »Sein Werk legt erneut die Vermutung nahe, daß Distanz der Feind kritischer Durchdringung ist. In den Kämpfen des Intellekts kann man, wie in jedem anderen Kampf, letztlich nur auf heimischem Boden gewinnen.«

Gegen solche Mißachtung der Grundregeln stellt er das Verhalten Albert Camus' während des Algerienkrieges. Camus, gebürtiger Algerienfranzose, ein pied noir, blieb in der Kritik an der französischen Kolonialpolitik in dieser Sache zurückhaltend, zuletzt verfiel er in Schweigen. Das unter anderem führte zum Bruch mit dem Kreis um Sartre. Aber nicht Sartre ist Walzers Thema - ihn nennt er »moralisch inauthentisch«, so wie Marcuse ihm »intellektuell inauthentisch« ist , sein Mann heißt Camus.

»Camus' anti-absolutistische Politik ist nicht von kritischer Distanz abhängig, sondern von kritischer Verbundenheit. Und deshalb fordert sie dazu heraus, die gängige Auffassung des Gesellschaftskritikers in Zweifel zu ziehen: jemand löst sich von seinen Loyalitäten und betrachtet seine Gesellschaft von außen - von einem idealen Punkt aus sozusagen, der von allen Gesellschaften gleichen Abstand hat. Wenn der Kritiker sich damit auf die Seite der Unterdrückten schlägt, so tut er das, weil er ihre Parteien und Bewegungen als Verkörperung allgemeingültiger Prinzipien begreift. Er sieht keine Individuen. Er ist ein Richter, ein aktivistischer Richter vielleicht, dessen Urteile gänzlich unpersönlich sind. Dies ist eine Rolle, die Camus ausdrücklich zurückwies.«

Nach Walzer muß Kritik »versagen, wenn es wirklich zur Entzweiung kommt, denn der Arbeitsplatz des Gesellschaftskritikers ist in der Gesellschaft. Er nutzt sozusagen seine Verbindung mit ihr, nicht seine Abgeschiedenheit: Warum sollten die Leute auf das hören, was er sagt, wenn er sie haßt und die Brücken abbricht?« Und noch einmal: »Der so gedachte ideale Kritiker ist Menschen in Nöten - Unterdrückten, Ausgebeuteten, Verarmten, Vergessenen - gegenüber loyal, aber er sieht sie und ihre Sorgen und die mögliche Überwindung ihrer Nöte im Rahmen der nationalen Geschichte und Kultur.«

Walzer stellt also vier Forderungen, die der Kritiker einzuhalten habe, andernfalls er ein Nichtsnutz sei: Der Kritiker muß gesellschaftlich wirksam sein wollen; er muß den Gegebenheiten Rechnung tragen; er darf nie vergessen, daß in jeder Sache ein guter Kern steckt, und er hat im Rahmen der nationalen Geschichte zu agieren.

Das klingt aufrichtig, bescheiden und realistisch. Unabhängig davon darf man aber folgende Gedanken haben, die Walzer nicht hat: Bescheiden kann ebenso die selbstgenügsame Kritik sein, also eine, die sich selbst genügt und schon darum jede Verantwortung ablehnt, weil sie nicht so frivol ist anzunehmen, daß jenseits ihres eigenen Weges Träger für ihre Ideen bereitstehen und nach deren Maß Gesellschaft bilden möchten.

Um Mißverständnisse nicht zuzulassen: Walzer glaubt, daß sein Kanon der Kritik ihn und andere davor schütze, in die alten Fehler linker Intellektueller zurückzufallen, die eine Trägerschar ihrer Gedanken vor Augen hatten. Er schreibt: »Unterdrückte Menschen sind nicht die bestellten Agenten weltgeschichtlicher Umwälzungen; sie warten nicht atemlos darauf, die Mission zu erfüllen, die der Kritiker ihnen aufträgt. Die Bewegungen, die sie anzetteln und die in ihren Anfängen heroisch sind, stellen sich später als lethargisch, bürokratisch, korrumpierbar heraus. Die Siege, die sie erringen, sind unvollständig und eher Kompromisse; oft gewinnen sie nicht. Massen können mobilisiert werden, und sie lassen sich auch demobilisieren und beherrschen; sie lassen sich, das fällt auf, durch militante Eliten demobilisieren und beherrschen, die in ihrem Namen handeln - obwohl im Namen der Wissenschaft, einer falschen Allgemeingültigkeit und aus der Distanz heraus. Im günstigsten Fall entspricht weder die nationale Befreiung noch die sozialistische Revolution den Maßstäben der Gesellschaftskritiker. Gelegentlich sind die neuen Regimes ebenso schlecht wie die alten, manchmal sind sie krass schlechter. Was macht der Kritiker dann? Wie geht er - und jeder Kritiker des zwanzigsten Jahrhunderts mußte das - mit Niederlage und Enttäuschung um? Wir reagieren darauf, indem wir aufhören, kritische Intellektuelle zu sein. Statt dessen werden wir zu Apologeten, verteidigen mit fest geschlossenen Augen das, was mit offenen nicht länger verteidigt werden kann.«

Das sind unstrittige Wahrheiten. Strittig ist allein, welche Maximen der Gesellschaftskritik in die Niederlagen und Enttäuschungen geführt haben. Letztendlich mag aber auch das nicht interessant sein. Die Düpierten kennen sich. Interessant ist etwas anderes.

Walzers Kanon der Kritik, der uns in Zukunft von Niederlagen fernhalten soll, entzieht, genauer betrachtet, jedes Geschehen der kritischen Betrachtung. Was er als Kritik ausgibt, ist Ideologie, die Verwischung aller Widersprüche. Lassen wir die erste Position, die Forderung nach gesellschaftlicher Wirkung, beiseite. Das ist nichts anderes als eine Referenz an die Eitelkeit eines jeden Menschen, der sich öffentlich äußert, da wird ihm keiner widersprechen. Dagegen sind seine drei weiteren Bestimmungen gewichtig. Den Gegebenheiten Rechnung tragen, in jeder Sache etwas Gutes vermuten und alles in allem den Rahmen der nationalen Geschichte respektieren - Walzer spricht auch von »national-volksnaher Kritik« - das ist, bescheiden und verständlich vorgetragen, die Dreifaltigkeit des Größenwahns.

Da bleibt kein Loch mehr, durch das der Kritiker schlüpfen könnte, nichts Wichtiges ist mehr zu erfragen, überall bestenfalls noch eine Prise Salz hinzuzufügen. Die Gesellschaft, deren Kritik im zwanzigsten Jahrhundert zu referieren Walzer vorgibt, ist in sich arrondiert und braucht dergleichen gar nicht. Man darf Verbesserungsvorschläge anbringen, aber weder darf der Kritiker seine Erinnerungen bis in jenes Stadium zurückverfolgen, wo er den schlechten Kern einer Sache antreffen könnte, weder darf er sich jenseits der Fiktion »national-volksnaher« Gesellschaftsbilder bewegen, noch soll es ihm erlaubt sein, Utopien zu verfallen. Michael Walzer bevorzugt einen Gesellschaftskritiker, der einen Gesellschaftskritiker spielt, um den Zensor in sich zu verbergen. Sein Buch müßte derzeit gute Chancen haben.

Mit einem rührenden Ausblick auf kommende Zeiten und ihre höchsteigene Kritik schließt Walzer seine Betrachtungen: Der akzeptable Kritiker unserer Gegenwart und auch der Zukunft »arbeitet in einer gewissen schwierigen Distanz, balanciert zwischen ‘Solidarität’ und ‘Dienst’. Er ist, wenn er kann, ein Gegner der Unverbundenheit. Seinen Weg in kleinen wie in großen Kämpfen zu finden, der Hoffnung auf einen Aufstand treu zu bleiben, Niederlagen zu überstehen, eine Form der Kritik beizubehalten, die zur demokratischen Politik gehört, wichtig für sie ist und ihr entspricht - das ist Mut in der Gesellschaftskritik.«

Liebevoll betrachtet der zweite Typ der Taubenfütterer seine Tiere. Behutsam läßt er sie näher trippeln. Er weiß, was und wieviel sie benötigen, damit nichts liegenbleibt. Keine seiner Gesten jagt ihnen Schrecken ein, keine gibt es, die nicht ausschließlich ihnen zu gelten scheint. Ganz und gar ist er in diesem kleinen Moment seines Lebens ihnen zugewandt, aber das wissen sie nicht. Wenn er geht, sind sie satt. Er liebt sie und benimmt sich für den kurzen Augenblick seiner Selbsttäuschung so, als sei er eine von ihnen.

Thomas Neumann ist Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Konkret 10/91, S. 58

Gunter Blank

Wo die Lektüre zur Tortur gerät

In den angelsächsischen Ländern sind Kriminalromane zum Bestandteil der Alltagskultur geworden, in denen die Autoren ihren Ekel vor der Gesellschaft in extreme Gewalt-Darstellungen kleiden

Kein Zweifel, Serienmörder sind das Ereignis der Saison. Es bedurfte allerdings der Verfilmung von Thomas Harris' Roman Silence of the Lambs, um der Figur des mordenden Psychopathen zum Durchbruch zu verhelfen, die in den angelsächsischen Ländern seit Jim Thompsons The Killer Inside Me fester Bestandteil der Alltagskultur ist. Dort hat sich seit Anfang der achtziger Jahre der Serienmörder zur beherrschenden Gestalt des Crime-Fiction-Genres aufgeschwungen und eine Vielfalt von Variationen hervorgebracht, die hierzulande schleunigst in die Regale der Taschenbuchabteilungen verbannt wurden.

Die Nähe zur Wirklichkeit, die unverhüllt geschilderte Grausamkeit und die verstörende Faszination des von gesellschaftlichen Konventionen befreiten Täters sowie der parallel entwickelten Cops, deren manischer Gerechtigkeitstrieb sich im Wahn ihrer Widersacher spiegelt, wurde in einem Milieu, in dem das Gejammer einer Christa Wolf als Schrei nach Freiheit empfunden wird, bestenfalls als Entgleisung eines Genres verurteilt, dessen verniedlichender Gattungsbegriff Krimi bereits auf die Schlampigkeit verweist, mit der Autoren, die die Ordnung der Dinge stören, disqualifiziert werden.

Spätestens der Beifall nach der Berlinale-Premiere von Silence of the Lambs stellte jedoch klar, daß sich hinter der wachsenden Popularität des Genres mehr verbarg, als der schnelle Thrill für ein nach neuen Sensationen gierendes Massenpublikum, denn die »standing ovation«, die sich Anthony Hopkins nach der Vorstellung abholte, galt eindeutig nicht ihm, sondern dem diabolischen Menschenfresser Hannibal Lecter.

In einer Öffentlichkeit, die sich bemüht, die realistische Beschreibung einer amoralischen Welt wenn nicht totzuschweigen, so doch jedenfalls auf die äußerliche Formel von Sex und Gewalt herunterzubringen, dürfen Autoren wie Ted Lewis und Derek Raymond kaum auf größere Sympathien hoffen, als ihnen bereits in ihrer englischen Heimat entgegengebracht wurden, wo sie, eingeklemmt zwischen Agatha Christie und Ruth Rendell, jahrelang ein erbärmliches Dasein fristen mußten. Lewis wird das zwar nicht mehr jucken, denn der hatte schon 1982 mehr gesehen, als seine Leber verkraften konnte, aber Raymond - wiewohl auch schon sechzig - hat der Welt immer noch mehr zu erzählen, als diese gemeinhin zu verdauen bereit ist.

Damit meine ich weniger die grotesken Blutorgien, die er in seinem letzten Roman Ich war Dora Suarez anrichtet, sondern die selbstzerstörerische Verzweiflung, mit der er sich weigert, mit der Welt einen Waffenstillstand zu schließen, ohne dabei in die Weinerlichkeit der gesammelten Chandler-Epigonen vom Schlage eines Robert Campell zu verfallen. Dabei schrammt er - zumal in den vorangegangenen drei Bänden der Factory-Serie, von der hier die Rede ist - oft genug knapp an diesem Abgrund vorbei. Aber gerade die hin und wieder zu beobachtende Unbeholfenheit, mit der er seinen Abscheu vor der englischen Gesellschaft mit der Entwicklung eines stringenten Plots zu vereinen sucht, gibt einen Blick auf das Wesen des Genres frei, den die Perfektion von Autoren wie Ellroy oder Harris - seine US-amerikanischen Pendants - häufig zu verstellen droht. Es geht dabei nicht darum, einen Autor gegen den anderen auszuspielen, sondern darum, verschiedene Perspektiven sichtbar zu machen, die einer lediglich gewaltfixierten Rezeption zwangsläufig entgehen müssen.

Alle ernstzunehmenden Autoren dieser Sparte der Kriminalliteratur zeichnet ein mehr oder weniger präzises Wissen um die Verfallserscheinungen der westlichen Welt aus, das sie von Poe, Conrad, Kafka und anderen mittlerweile unantastbaren Vorgängern geerbt haben. Dieses Wissen, das sich in der häufig beanstandeten Grausamkeit ihrer Romane Bahn bricht, beinhaltet die Erkenntnis, daß der Idee von Freiheit kein Subjekt mehr zuzuordnen ist und die Entscheidung zwischen Gut und Böse in die Verantwortung des Individuums zurückfällt, wo sie zwangsläufig einen Preis einfordert, den die meisten von uns nicht zu zahlen bereit sind. Weiter eint sie ein von jeweils eigener Erfahrung geprägtes Bewußtsein von Schuld und Verletzlichkeit, das sie legitimiert, sich über eine Gesellschaft, die eben diese Kategorien unwiderbringlich zerstört hat, zu erheben.

Im Gegensatz zu Ellroys Lloyd Hopkins, dessen Amokläufe als letzter Ausweg der Vernunft erscheinen, weiß Raymonds namenloser Sergeant bereits um die Sinnlosigkeit der Katharsis, deshalb kann sein Zorn stets ein kalter bleiben. Während wir bei Ellroy die Schmerzen der Opfer erst in den Gewaltausbrüchen seiner Helden erfahren, die sich an dem den Zustand der Welt repräsentierenden Serienkiller entladen, versetzt sich Raymond in die Lage des Opfers und vermittelt so eine sehr viel deprimierendere und wenig faszinierende Ohnmacht. Da sich sein Haß auf die Welt bereits in der Schilderung des Opfers zeigt, kann er den Killer, der bei ihm eher beiläufig ein Serienmörder ist, wieder auf menschliches Maß zurückstutzen, und das macht seine Romane umso grausamer, raubt ihnen allerdings die Dimension einer zunehmenden Konvergenz von Gut und Böse.

»Langweiler und Killer sind fast dasselbe«, schreibt Raymond in Dora Suarez, wobei der Unterton, den er dem Begriff »bore« gibt, keinen Zweifel daran läßt, daß dieser weniger mit harmloser Unscheinbarkeit als mit gefährlichem Stumpfsinn verbunden ist, dessen Wurzeln er in der bürgerlichen Welt ausmacht. »Die meisten Killer sind bürgerlicher Herkunft, oder noch schlimmer, wurden im Arbeitermilieu gezwungen, bürgerliche Verhaltensweisen nachzuahmen.«

So zeichnet sich keiner seiner Killer durch überragende Intelligenz aus, sie entstammen alle jener dumpfen britischen Normalität, die es Maggy Thatcher gestattet hat, ganz nach oben zu kommen. In Er starb mit offenen Augen ist es das Mörderpärchen Barbara und Harvey, das seine schlimme Kindheit als Rechtfertigung mißbraucht, einen gescheiterten Schriftsteller zu Tode zu hämmern, in Der Teufel hat Heimaturlaub der Söldner und Auftragskiller Billy McGruder, der seine ihm in den Belfaster Straßen eingetrichterte Freude am Quälen zum Beruf gemacht hat, in Wie die Toten leben der Immobilienmakler Baddley und sein Faktotum Prince, die das Elend anderer Leute zu Geld machen, und in Dora Suarez schließlich der verstoßene Sprößling der Mafia, der nicht damit klar kam, daß er, als es zum ersten Mal drauf ankam, keinen hoch bekam.

Solche »bores« sind für Raymond der Inbegriff der englischen Gesellschaft, deren Klassensystem er von oben nach unten durchlaufen hat, bis es ihn schließlich in die Abgeschiedenheit eines französischen Dorfes trieb, wo er zumindest die Ruhe fand, seine Erfahrungen in Romane zu transformieren.

Robert Cook, wie sein Name jenseits der Buchdeckel lautet, kam 1931 als eines von fünf Kinder eines englischen Textilfabrikanten, des ersten »bore« in seinem Leben, und einer polnisch-jüdischen Mutter, die ihre Herkunft aus Klassendünkel verheimlichte, mit einem reichlich angelaufenen Silberlöffel im Mund zur Welt. Der Leere des großbürgerlichen Daseins entzog er sich, als er mit 16 Jahren von der Nobelschule Eton nach London floh, wo er vorzeitig sein Erbe verspielte. Er ging zur Armee, entging knapp einem Marschbefehl nach Korea - die Erinnerung an Freunde, die weniger Glück hatten, blitzt noch immer in seinen Roman auf , strandete in Spanien und kehrte Mitte der fünfziger Jahre nach London zurück. Dort feierte er erste mäßige literarische Erfolge, verbrachte seine Zeit in der Gesellschaft der Londoner Unterwelt und verpaßte mehrfach haarscharf einen Gefängnisaufenthalt, fand Zeit für diverse Ehen und weitere Bücher, bevor er England endgültig den Rücken kehrte, als Landarbeiter nach Frankreich ging und anfing, die Romane zu schreiben, die ihn in die Nachfolge seiner Vorbilder Goodis, Thompson und Lewis stellen.

Die Schläge, die er während dieser Zeit einstecken mußte, prägen seine Bücher auf eine so spürbare Weise wie bei sonst kaum einem Autor des Genres. Besonders in Er starb mit offenen Augen scheinen die eigenen Erfahrungen in der Biographie des Opfers auf eine so schmerzhafte Weise durch, daß die Lektüre zur Tortur gerät. Wohl deshalb hält er Täter und Opfer strikt auseinander und schafft mit der Figur des namenlosen Sergeants einen Rächer, der mit St. Justscher Entschlossenheit über Gut und Böse entscheidet.

Obwohl Teil einer Spezialeinheit der Londoner Polizei, ist der namenlose Sergeant ein Außenseiter, für den die ständig über ihm schwebende Entlassung angesichts seiner inneren Hölle längst ihren Schrecken verloren hat. Selbst schuldig geworden, als er nicht verhinderte, daß seine übergeschnappte Frau seine Tochter ermordete, benutzt er die Freiheiten seines Berufs zum Kreuzzug gegen diejenigen, die ihre eigene Misere an den noch Schwächeren auslassen. Außerhalb dieser Berufung ist seine Existenz erloschen, selbst einer Affäre mit einer Mörderin unterzieht er sich mit der Unbeteiligtheit eines Untoten, demgegenüber Sam Spade wie ein sentimentaler Trottel wirkt.

Ganz abzutöten vermag der Autor Raymond seine Sympathie für die Täter jedoch nicht. Den Söldner Billy McGruder, der dem kaltgenialen Protoyp des Psychopathen am nächsten kommt, wenn er im Auftrag des Syndiktats einen Spitzel zerlegt, läßt Raymond am Ende einer verwickelten Geschichte davonkommen, »weil ich vielleicht doch genug Bewunderung für ihn entwickelt habe, um ihn am Leben zu lassen«. Und in einer beiläufigen Szene, die von der Festnahme eines Automobilwerkers handelt, der soeben seine Familie abgeschlachtet hat, zeigt er - ohne in die sozialromantische Verklärung des Täters abzugleiten - unvermittelt ein Verständnis für das Ende einer Epoche, die sich auch von der englischen Arbeiterklasse verabschiedet hat: »Nur noch einen letzten Blick auf mein Werkzeug. ... Einen Mann, der erledigt ist, kann man immer an seinen Schraubenschlüsseln erkennen. Schraubenschlüssel wissen, wenn ein Mann nicht zurückkommt.«

Die manchmal fragmentarische Vermengung von Story, autobiographischen Fetzen und kommentierenden Monologen, die in den ersten drei Romanen gelegentlich vom Plot wegführt, wird in Dora Suarez fast ausschließlich auf die Beobachtung des Dreiecks Opfer, Täter, Detektiv komprimiert. Selbst das Serienmördermotiv rückt in den Hintergrund. Die elf oder zwölf vorangegangenen Opfer gehören zur Vorgeschichte, es geht einzig um die Leiden der Dora Suarez, in die sich der Sergeant mit der Hingabe eines zu spät gekommenen Erlösers vergräbt. Tatsächlich ist das Schicksal der aidsinfizierten Nutte so gräßlich, daß es der messianischen Besessenheit des Sergeants bedarf, um sich überhaupt dafür zu interessieren. Von Geschwüren zerfressen, hat sie sich gerade zum Selbstmord entschlossen, als ihr der verbliebene Rest Würde von ihrem Zuhälterkiller geraubt wird, der die ihm entgegengebrachte Zuneigung nur mit Tod und Nekrophilie zu beantworten weiß.

Raymond verknüpft die der Wirklichkeit abgetrotzten Biographien seiner Protagonisten zu einem Kammerspiel der Vergeblichkeit, an dessen Ende zwangsläufig die Hinrichtung des Täters steht, weniger weil dieser den Tod verdient hat, als vielmehr weil der namenlose Sergeant als letzte verantwortliche Instanz in einer verantwortungslosen Gesellschaft eine Entscheidung treffen muß, über deren Konsequenzen er ein klareres Bild besitzt, als die, die angesichts eines solches Schlusses von amoralischer Selbstjustiz faseln.

Den Vorwurf der Amoral hat sich zu Lebzeiten auch Ted Lewis um die Ohren schlagen lassen müssen, denn seine Welt war noch um einiges schwärzer als die Derek Raymonds. Während bei diesem der aussichtslose Kampf der Vernunft gefochten wird, existiert bei Lewis nur noch die von jeglicher Metaphysik befreite Leere des Bösen. Schon in seiner Anfang der siebziger Jahre geschriebenen Jack-Carter-Trilogie beschreibt er das organisierte Verbrechen als eine Versammlung von Psychopathen, deren einziges Ziel es ist, Teil jener bürgerlichen Gesellschaft zu werden, als deren Spiegelbild sie erscheinen.

Im Unterschied zu Raymonds mäandernden Mördern, zeichnen sich Lewis' Bandenkriminelle durch die stumpfe Brutalität aus, die der Atmosphäre der nordenglischen Industriegebiete entspricht - in die Lewis hineingeboren wurde, bevor es ihn nach London verschlug , wo sozialer Aufstieg mit der Fahrradkette erzwungen und mit dem Revolver verteidigt wird. Zumindest in Lewis Welt erscheint die Brutalität, mit der seine Ganoven sich ihren Weg nach oben bahnen, als letztes Aufflackern selbstbestimmten Lebens, die deklassierten Massen, die die Industriewüste besiedeln, sind bei ihm nur noch Randfiguren, die zerschlagen auf die Glotze starren. Natürlich schafft keiner von Lewis' Kriminellen den Weg an die Spitze, die meisten enden ein gutes Stück unterhalb der Schicht, aus der sie zu entkommen versuchten, Objekte der Perversionen, die ihre Bosse für eine Oberklasse inszenieren, für deren Zustand Lewis' kaum mehr eine Zeile übrig hat.

Sein Held Jack Carter, mit dem Lewis die Tradition des Berufsverbrecherromans von Richard Stark und Dan J. Marlowe fortsetzt, hebt sich bestenfalls durch größere Intelligenz vom Rest des Syndikats ab, für das er die Dreckarbeit erledigt. Zu Beginn des zentralen Romans der Serie Jack Carters Heimkehr, dem Lewis später noch zwei weitere chronologisch davor angesiedelte folgen ließ, scheint es, als könne Carter die Vergangenheit hinter sich lassen und sich mit der Frau seines Bosses nach Südafrika absetzen. Zuvor muß er jedoch seinen tödlich verunglückten Bruder beerdigen, und als er herausfindet, daßdieser einem getarnten Mord zum Opfer gefallen ist, zieht ihn die Suche nach dem Mörder tiefer denn je in den Sumpf aus Korruption, Glückspiel und Pornographie. Die Vernichtung des Mörders kostet seiner Geliebten das Gesicht, und am Ende liegt er verblutend in den Ruinen einer stillgelegten Fabrik.

Konnte man an Carter immerhin noch den von sich selbst und der Welt zunehmend angeekelten Dandy mögen, so ist der Gangsterboß George Fowler in Lewis' letztem - kurz vor seinem Tod verfaßten - Roman Schwere Körperverletzung schon zu Beginn nur noch eine leblose Hülle, die im dichter werdenden Whiskynebel nach ihren Erinnerungen sucht. Als Konkurrenten seine Frau, die ihm in besseren Tagen an Verkommenheit in nichts nachstand, umbringen, muß er erkennen, daß es immer noch einen gibt, der cleverer und skrupelloser ist, als er selbst. Durch die Wahl der Ichform und die Verlagerung der Handlung in die Delirien seines Protagonisten gewinnt die Implosion der Fowlerschen Welt Ähnlichkeit mit den Phantasien seines Vorbilds Jim Thompson. Zumal es Lewis gelingt, die finsteren Exzesse seiner Figuren im Kopf des Lesers entstehen zu lassen, ohne dabei mehr als einige wenige, präzise Andeutungen einzustreuen, und damit dem Genre einen Ausweg aus der Sackgasse zu weisen, in die es, nachdem sich Belletristen vom Zuschnitt eines Bret Easton Ellis seiner bemächtigt haben, zu geraten droht.

Derek Raymond: »Er starb mit offenen Augen«; »Der Teufel hat Heimaturlaub«; »Wie die Toten leben«; alle bei Bastei-Lübbe. »Ich war Dora Suarez«, bei Black Lizard, Berlin

Ted Lewis: »Jack Carters Heimkehr«; »Jack Carters Gesetz«; »Jack Carters Wut«; alle bei Bastei-Lübbe. »Schwere Körperverletzung«, bei Black Lizard, Berlin

Gunter Blank schrieb in KONKRET 12/89 über die politische Situation in Chile

Konkret 10/91, S. 60

Hermann Peter Piwitt

Piwitt's Siebensachen

Immer etwas schlechtes Gewissen hatte ich, befaßt mit nutzlosen, ästhetischen Dingen, ihm gegenüber,wenn er mir zu verstehen gab, daß er immerhin als Zauberer nach Feierabend die Arbeit von Werktätigen zu reproduzieren helfe. Jetzt ist er gerade zurück aus Haiti; er hat dort einen Fall von Zombiismus recherchiert. Und eben, kürzlich, an der schmalsten Stelle Schleswig-Holsteins einen Zauberstab eingepflanzt, mit Samen von seltenen Pflanzen drin; und wenn der Stab verwittere, sagt er, oder korrodiere (oder was immer er gesagt hat), säten sie sich aus. Daß jeder halt sein Teil dazu beitragen könne, im kleinen, vor Ort, daß eben alles noch besser werde im Land, in Deutschland, so.

Wie sagt mir in diesen Tagen eine Nuß? »Moral nicht ... Ethik!«

*

Daß, wie es einmal hieß, nur ein Indogermane einen Berg um seiner selbst willen besteige, oder - um gleich Wagner zu bemühen - nur ein Deutscher eine Sache um ihrer selbst willen tue, beweisen im Sommer dieses Jahres eindrucksvoll zwei cirka Zwölfjährige im Hamburger Freibad Kiwittsmoor. Während junge Männer Mädchen ins Wasser kippen und tunken, bis sie sich schreiend ergeben, ganz wie Vorfahren vor 70 000 Jahren am Neuwieder Becken schon, tauchen die beiden schnaubend Steine vom Beckengrund aus dem moorigen Wasser. Becken reinigen! keuchen sie mit einem Blick herüber. Und sind schon wieder hinab. »Becken reinigen...« Zehn, fünfzehn kegelkugelgroße Steine haben sie endlich draußen aufgehäuft. Nun aber müssen sie sich ersteinmal verschnaufen. Langliegen sie schwer atmend im Gras. Endlich stehen sie auf. Und bomben alles wieder ins Wasser zurück.

*

Da schaut mich zur Nacht aus meinem alten Diercke-Atlas dieser russische Zipfel mit Kaliningrad drin so unerlöst an wie zu Kinderzeiten das Memelland, zwischen Polen und Litauen sitzt er inzwischen so wie die Maus in der Falle, und doch hat von uns aus bisher niemand so recht ran wollen, wenigstens bis Redaktionsschluß nicht. Und warum auch? Vielleicht verkaufen sie ihn uns ja mal; aber warum sollten wir ihn überhaupt haben wollen? Im künftigen Heiligen Deutschen Reich Europäischer Nationen. Wo jeder zweite westdeutsche Würstchenverkäufer mit einem bißchen Gesparten in Zukunft eh König sein könnte nach Osten raus. Nicht mal Arbeit bräuchte er; Hauptsache sein Geld findet Arbeit. Und vielleicht ist das die absolute historische Novität am Ende des Jahrtausend: Daß ein Sieger, obwohl der Sieg total ist, einfach keine Lust hat, den Besiegten Land, Frauen und Vieh mit Gewalt wegzunehmen, geschweige denn, ihnen wieder auf die Beine zu helfen. Das hat fast was Japanisches. Nur in Sachen Frauen scheint es jetzt, wo 'Polen offen' ist, immer noch vergleichsweise archaisch zuzugehen: In der »Hamburger Morgenpost« Polinnen im Angebot wie zu Zeiten von Millöckers »Bettelstudent«: »Sie borgt sogar von der Mongolin/etwas Pikanterie vielleicht/und gerade darum wird die Polin/von keinem andern Weib erreicht.«

*

Daß Mitte Juni die Einwohner von Leningrad sich für die Umbenennung ihrer Stadt in »Sankt Petersburg« entschieden, ist schon fast nicht mehr wahr. Soviel wie seitdem passiert ist. In Italiens »La Repubblica« akklamierte damals Josef Brodski, Nobelpreisträger von '87, im voraus: »Peter der Große hat die Stadt gegründet. Lenin hat sie ruiniert.« Ist Lenin, bei der Belagerung (42/43, in Hitler geschlüpft, wie Hitler kürzlich in Saddam? Brodski: »Der Name St. Petersburg leitet sich her vom Namenspatron Peters des Großen. Leningrad vom nom de plume des Vladimir Uljanow. (Brandt/Frahm! d.Vfs.) Zwischen einem Pseudonym und dem Namen eines Heiligen entscheide ich mich ohne Zögern für den zweiten...«

Fürchterlich ist die Vergeßlichkeit der Armen. Ihren Massenmördern bewahren sie ein ehrendes Andenken, wenn sie nur von Gnaden der zwei G's sind: Gottes und des Geldes. Heißen sie nun Hohenzollern oder Romanov. Daß es auch in den Köpfen von Nobelpreisträgern so versumpft aussehen kann wie in dem Gelände, daß Peter der Große nach dem Prinzip Vernichtung durch Arbeit trockenlegen ließ, zeigt uns Josef Brodski.

*

Hamburg, Briefmarkenhandlung Nähe Ost-West-Straße, Ende August.

Kunde I: »Serbien? Deutsche Besetzung?« - Tut mir leid. Im Augenblick nichts da.

Kunde II: »Baltische Staaten seit 1918?« - Ich bitte Sie! Da sitzen doch seit einem halben Jahrhundert die Baltendeutschen drauf!

Aus einem 'Realienbuch' von 1939: »Die Esten, Letten und Litauer sind der Rasse nach nordisch mit ostbaltischer Blutbeimischung, die volkliche Trennung geht vor allem auf die verschiedenen Sprachen zurück. Als Oberschicht leben die Deutschen in dem ganzen Gebiet. Sie sind Gutsbesitzer auf dem Lande und Kaufleute in den Städten ... Seit der Russenzeit ist der deutsche Einfluß stark zurückgedrängt worden; doch sind diese Völker weder geistig noch wirtschaftlich stark genug, um auf die Dauer ohne Anlehnung an das deutsche Volk bestehen zu können.«

*

Wimberger heißt er, ist Professor am Mozarteum in Salzburg und hat seine Kantate 'Die Eitelkeit im Leben des Managers' auf Worte von Reinhold Mohn aus Anlaß von dessen Siebzigsten so kommentiert:

»Bei der Komposition habe ich mich bemüht - wie übrigens lebenslang in meinem Werk - einen gangbaren Weg zwischen der Skylla 'Banalität' und der Charybdis 'Unverständlichkeit' zu finden und weder zu stark der Lehrhaftigkeit noch der Ironisierung zu verfallen.«

Fürwahr, ein schmaler Grat, zwischen allen Stühlen ohne anzuecken auf dem Wasser zu gehn...

Ihre Hanswurste holten sie sich schon immer von den Universitäten.

*

Stendhal in: »Rom, Neapel und Florenz«: »Der Philosoph, der das Unglück hat, die Menschen zu kennen, verachtet immer das Land, in dem er sie kennenlernte, am meisten. Die Mundart meiner Heimat vergegenwärtigt mir alle niedrigen Gedanken.« Mag sein. Trotzdem muß es mit der deutschen Sprache etwas Besonderes auf sich haben, daß man sie mittlerweile von kaum mehr als ein paar Freunden noch geschrieben oder gesprochen ertragen kann. Deutsch ist »Babylachs« und »Partymöpschen«.

Deutsche erfinden soviel; warum keinen Filter für Auge und Ohr, bei Bedarf einzuschieben extra fürs Deutsche? Wir versuchen unseren Fernsehkonsum auf die Sportschau zu beschränken; aber drehen wir den Ton nicht weg, haben wir es gleich zu tun mit Andy Möllers »Erfolgserlebnis« und Marco Bodes »Erwartungshorizont«. Wir gehen unseren niedrigsten Instinkten nach, bleiben beim Zappen doch einmal hängen bei 'heute' oder 'Tagesschau': Und schon ist uns der kleine Unterschied zwischen »Freiheitskämpfern« und »Separatisten« geläufig: »Freiheitskämpfer«, wer in Staaten, die wir nicht mögen, für das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« kämpft; »Separatist«, wer in uns befreundeten dasselbe macht.

In deutsch hören wir das kommunistische System angeklagt - wegen der 200 Toten an Mauer und Stacheldraht in 28 Jahren; wegen weit mehr als 200 zusätzlicher Verkehrstoter in einem einzigen Jahr nicht angeklagt das System, das vor zwei Jahren drüben reingehauen hat. Wie sie heucheln - und das mit dem besten Gewissen seit '36. Und natürlich haben wir über all das schon früher (und deutlicher) nachgedacht, was da passiert mit uns, wie unser Realitätssinn zur Räson derer gebracht wird, die die Macht haben zu definieren. Und natürlich war auch vor uns immer schon einer besser (und genauer), zum Beispiel Lewis Carroll. Alice: »Es fragt sich nur, ob man Wörter einfach etwas anderes heißen lassen kann.« Goggelmoggel: »Es fragt sich nur, wer der Stärkere ist, weiter nichts«.

Und manchmal passiert dann doch Possierliches. Da zeigt mir im Herbst '89 eine der wenigen nicht korrupten Journalisten im Westen, die Afrika-Expertin des »Spiegel«, Almut Hielscher, den Kommentar eines nigerianischen Publizisten zur kommenden europäischen Wirtschaftsunion '92, sagt »Festung Europa«, und ich denke: das Wort muß doch unter die Leute! und fange schon mal an damit, auf einer Schriftstellertagung desselben Herbstes zum Thema »Deutsche Fragen« in Berlin, ma: ahimé! was für ein Gezeter und Geschrei wegen des linken Schlagworts! Und nun steht es doch immerhin bald in jedem zweiten Kommentar zur Lage. Hübsch, nich? Worauf man so alles kommen kann... zur Unzeit.

Konkret 10/91, S. 63

Manfred Hermes

»Hurray for you«

Die weiße amerikanische Filmemacherin Jenny Livingston hat einenDokumentarfilm über das »Voguing« gedreht, die Glamour-Shows und Posing-Wettbewerbe schwarzer Schwuler: »Paris is Burning«

»This has got to be a special tribute to the houses of New York La Beija, Extravaganza, Magnifique, St. Laurent, Omni, Ebony, Dupree.«
(»Deep in Vogue«, Malcolm McLaren/David Lebolt, 1989)

Voguing (oder Vogueing) schwappte um 1989 nach Deutschland, ausgelöst durch Malcolm McLarens »Deep in Vogue« und das dazugehörige Video. Das, wonach es sich anhörte, ein Glam-Kult, frei benannt nach dem Condé Nast-Magazin, wurde es hier dann auch. Plötzlich sah man in manchen Clubs junge Leute mit ihren Händen akkurate und schnelle Arabesken in die Luft zeichnen. Die Idee dabei war, so zu tanzen wie die Modelle in den Modezeitungen posieren, also möglichst affektiert wirkende Bewegungen mit den Händen und Armen auszuführen, um gelegentlich kurz in einer Pose zu verharren. Diese nette Sommermode von 1989 wurde 1990 durch Madonnas »Vogue« dann noch einmal verlängert.

Jenny Livingston begann 1987 und in New York damit, filmisch das zu dokumentieren, was dieser Kurzmode zugrunde lag. 1985 waren ihr auf dem Washington Square eigenartig rituelle Aktivitäten schwuler Schwarzer und Puertoricaner aufgefallen. Das hatte mit dem, was in Europa als Voguing ankam, nur den ersten Anschein gemeinsam. In New York war Voguing eher ein Tanz- und Posing-Wettbewerb zwischen Vertretern einzelner Gruppen, auf Konkurrenz und rituelle Beschimpfung aufgebaut. Mehr Drag Show als Tanz, wurden auf einer Art Laufsteg die Zeichen glamouröser Welten imitiert.

Weiterer Recherche öffnete sich eine florierende Kultur, die seit den 50er Jahren hauptsächlich in Harlemer Clubs stattfand. Diese Kultur ziemlich präzise festgehalten zu haben, ist nun das Verdienst des Films »Paris Is Burning«, wie zweischneidig, voyeuristisch oder ethnographisch die Rahmenbedingungen dafür auch immer waren. Man erfährt durch Jenny Livingston also von den »balls« und »extravaganzas« genannten, monatlichen oder jährlichen Veranstaltungen, auf denen Schwule auftreten, die sich seltsamen und akribisch anarchischen Kategorisierungen unterordnen, angefangen bei so klassisch klingen Sparten wie »Femme Queen« oder »Real Femme Queen« bis hin zu »Butch Queen, First Time in Drag«, »Town and Country« oder »Executive Realness«.

»Paris« läßt die Stars dieser Welt, ihre »Mothers« (die Gründer und Leiter der »Houses«) und »Children« zu Wort kommen und erklärt ihr Lingo. »Mopping« heißt Designer-Ausstattung klauen, aber »Reading« und »Throwing Shade« sind, graduell unterschieden, die eigentlichen Grundfiguren des Voguing. Reading ist eine rituelle Beschimpfung oder Erniedrigung, so in der Art: »Wie siehst du denn aus« oder »Was für eine Scheiße du tanzt«. Es bekämpfen sich einzelne Tänzer oder Darsteller, die die Vertreter von »Houses« oder »Families« sind, z.B. des »House of Ninja« oder des »House of St. Laurent«, und die sich nach den Anführern der schwulen Straßengangs oder nach den Bezeichnungen von Designer-Marken nennen.

Für die Erweiterung des Travestie-Begriffs steht vor allem die Kategorie »Realness«. Keineswegs auf die Umwandlung in das jeweils andere Geschlecht beschränkt, wird der Eifer, das, für Angehörige mehrfacher Minderheiten, zu denen die Akteure ausschließlich zählen, wichtige oder schöne Leben unerreichbarer Klassen nachzuahmen, wie in »Executive Realness« oder »Schoolgirl Realness«, gerichtet - oder gleich auf feindliche Sphären wie den Schlägern bei »Bangee Realness« oder »Military Realness«.

Daß Voguing in einer fast vierzigjährigen Tradition steht, fest mit einer schwarzen stadtteilbezogenen Kultur verwachsen ist, und daß diese Kultur aus einer Menge verrückter Unterteilungen und »Häuser« besteht und auf »Bällen« stattfindet, das also teilt Jenny Livingston mit, und Livingston ist eine weiße Yale-Absolventin. Das aber erweckt den Eindruck, als ob die Schwarzen, zumal die schwarzen Schwulen, nicht für sich selbst sprechen können; und bei Bedarf entdeckt werden. Malcolm McLaren und Madonna sind raffinierte Weiße oder raffinierte »weiße Teufel«, aber sie haben erst die weltweite Öffentlichkeit für das ‘schwarze Ding’ hergestellt, das nie im Bereich von »black business« lag.

Entsprechend wechselt der Gestus von »Paris is Burning« zwischen Entdeckerfreude über fremdartige Organisationsformen und toleranter Großzügigkeit. Aber so edel es ist, dem »Anderen« eine Repräsentationsfläche anzubieten und ihm zu partieller Sichtbarkeit zu verhelfen, es bleibt natürlich ein Verständigungsproblem mit diesem Anderen übrig.

Vom weißen oder einem anderen Mehrheits-Standpunkt aus gesehen werden in diesem Film die unverständlichen Riten, die unschuldig unschönen Dandyismen von Menschen festgehalten, die zu ethnischen und sexuellen Minderheiten gehören und auch noch arm sind. Man sieht also eine Menge farbiger Schwuler in Männer- oder Frauenkleidern, die reich und

»legendary« sein oder zum »household world in jedem Winkel der Erde« werden wollen, aber der ganze Kreis von hochfahrenden Wunschvorstellungen, Transvestitismus und Sex Change Operations, diesen unerbittlichen und nicht reduzierbaren Zeichen von Sonderexistenz, erzeugt eine fiese Irritation, ein »komisches Gefühl«. Das hat sicher zu einem guten Teil damit zu tun, daß da viel Sexualität mit im Spiel zu sein scheint (»I paid for may tits«), andererseits aber auch damit, daß niemand wirklich scharf auf deprimierende Facts of Life ist.

In dieser reservierten Haltung, die »Paris is Burning« herausfordert, liegt aber gerade die Größe sowohl des Phänomens wie auch des Films, der es beschreibt. Denn nur so wird unmißverständlich festgestellt, daß es Kulturen gibt, deren Anlässe, Riten und Unterteilungen Außenstehenden einfach nicht oder schwer zugänglich sind. Gerade weil es um Menschen geht, an denen aber auch gar nichts jemals exemplarisch sein kann. Also um Minderheitenkultur der härtesten Art, so hart, daß sie auch die eine an der anderen Minderheit nicht hinnimmt.

Denn auch die Unterdrückungen liegen pyramidenförmig über- oder in Schalen gegenseitigen Ausschlusses umeinander. Weiße Schwule können ohne weiteres der Oberschicht angehören oder ihr Schwulsein tarnen. »African Americans« können aber niemals ihre Hautfarbe tarnen. Schwule können Rassisten sein, auch wenn sie mit ethnischen Minderheiten in einem Boot sitzen. Aus einem ähnlichen Grund tauchte ein Name wie James Baldwin (in den Klappentexten der 60er Jahre wird er noch als »Negerschriftsteller« bezeichnet) zunächst auch nicht in der schwarzen Hall of Fame von Spike Lee auf. Das mußte erst Isaak Julien, ein schwuler Schwarzer aus England mit seinem film »Looking for Langston« leisten, und er fügte noch fremder klingende Namen wie Langston Hughes, Essex Hemphill, Bruce Nugent und Hilton Als (»Introduction toNegro Faggotry in the Harlem Renaissance«) hinzu.

Selbst in der Herstellungsgeschichte von »Paris is Burning« schlägt sich noch diese Unterdrückungshierarchie nieder. Eine eher schwulenfreundliche Förderorganisation in Chicago lehnte das Projekt zweimal ohne Angabe von Gründen ab. Was nur logisch ist, denn Schwule würden es nicht riskieren wollen, mit dem populistisch sowieso naheliegenden Bild vom Transvestiten in Zusammenhang gebracht zu werden. (Zur gleichen Zeit erhielt Livingston eine kleine Förderung des NEA, des National Endowment for the Arts, also der Organisation, die bereits im Begriff stand, von ganz oben, durch Senator Jesse Helms' »obscenity«-Angriffe, auf Linie gebracht zu werden, im speziellen Fall ging es damals um die Verhinderung einer Washingtoner Ausstellung mit Fotos von Robert Mapplethorpe.)

Homophobie ist also nicht nur die Grundlage für Repression durch die Rechte, sondern es ist auch die Angst, an den Rand gedrängt zu werden oder zu sehr mit dem Rand zu tun zu bekommen. Also auch die Angst der Minderheit vor sich selbst. Keine Minderheit will am Rand stehen, am liebsten wollen alle den Kontakt zur Mitte halten, was manchen, unter Abstrichen, auch gelingen kann.

Aber die Akteure von »Paris is Burning« scheinen zu wissen, daß ihnen dieser Kontakt nie gelingen wird. Sie wissen genau, wo sie stehen und daß sie auch von Livingstons Film nicht viel mehr als eine kurzfristige Anerkennung zu erwarten haben, die ihnen aber entgegenkommt und der sie sich andienen. Denn ihre Glam-Riten sind ja nichts als Kontaktaufnahme auf einer symbolischen Ebene und dazu da, gesehen und bewundert zu werden. So kommt es, daß ältere Transvestiten als Ausbünde an Lebensweisheit erscheinen: »If you shoot an arrow and it flies real high... - hurray for you.«

Für den Mainstream sind aber die Ideen von Transformation, die in der Welt der »balls« maßgeblich sind, entweder sowieso zu banal (»Fummel«) oder zu radikal (Geschlechtsumwandlung), um überhaupt annehmbar oder auch zerstörbar zu sein, selbst durch partielle Veröffentlichung nicht.

So fällt in »Paris is Burning« noch etwas anderes ab. Der Film stellt eine Sensibilität dafür her, daß »Abgehobenheit« möglicherweise eine Form besonderer Bodenständigkeit und Souveränität sein kann, gerade weil sich das Spiel dieser Männer perfektioniert hat anhand von dauerhaft riskanten und gefährlichen Lebensumständen, die ja genausowenig abgelegt werden können wie das, was sie dazu bringt, ihren Körper als Werkstoff zu verstehen und zuzurichten nach einem Bild. (Diese Transformation vollzogen zu haben, ist aber das Entscheidende und nicht der Sex, um den sich alles zu drehen scheint. Der wird in Wirklichkeit unendlich kompliziert und ist nicht im mindesten so perverso-niedlich wie die gängige pornografische Phantasie über sexuelle Minderheiten und deren »Spezialitäten« meint.)

Hubert Fichte konnte noch das Gefühl haben, sein Bekennertum (»Ich bin Halbjude, Halbwaise, homosexuell«) wie einen Blitz in den Kulturbetrieb zu schleudern. Dieser einzelgängerische Akt war umso angebrachter und erfolgversprechender, als die westliche Kultur ihn prinzipiell als Strategie von Einzelnen hinnimmt, z.T. auch herausfordert - Bereitwilligkeit der Adressaten vorausgesetzt.

Die Minderheiten, von denen hier gesprochen wird, haben jedoch kein Ich zur Verfügung wie Fichte. Sie sind lebendes Bekenntnis, können sich aber keinen Kulturbetrieb gefügig machen (in Wirklichkeit macht der sie sich gefügig). Also muß Schwäche hier anders organisiert werden.

Für die »ball«-Szene ist die Organisation in »Houses« wichtig und Bedingung. Gewissermaßen sind die »Houses« der zur Familie oder Gang gewordene Ersatz für die Forderung nach den sechs oder sieben US-Staaten als Reparation für geleistete Sklavenarbeit; das Gegenteil von »Nation« oder »Black Nation«. Die hat sich verschoben in die direktere Forderung nach

freiem Zugang zu Designer-Kleidung. Da reißt »Paris is Burning« ein Thema an, das sich als roter Faden durch Hans Mayers Untersuchung »Außenseiter« zieht: Wie man sich Gebiete zu Lebzeiten sichert, jenseits von Nationen und anderen großen Entwürfen; wie sich der konkrete, bedürftige, einzelne Mensch, der aus den großen Entwürfen herausfällt, sein Leben organisiert und hinkriegt. In diesem Fall also Show als Politik, weil es schon allein politisch ist, sich überhaupt sichtbar zu machen.

Das Ende von »Paris is Burning« dokumentiert, wie aus Voguing 1989 ein Phänomen geworden ist, das japanische TV-Stationen anzieht und einzelne Tänzer zu Stars machte, weil sie für Videos (von McLaren und Madonna) engagiert wurden oder für Tourneen um die Welt. So kann man erkennen, in welchem genau festgelegten Verhältnis die Gesetze des Augenblicks und der Realpolitik zum »Anderen« stehen, wie also etwas von den Rändern Kommendes zum Mainstream wird und werden kann.

Wenn Bestandteile von Subkulturen beachtet werden, dann haben sie davon nicht mehr zu erwarten, als zum Objekt einer neugierigen Übernahme zu werden. Was die Neugierigen antreibt, ist mit Imperialismus nicht schlecht beschrieben: Beherrschung, Exotik, Drang nach dem Neuen.

An den Rändern kann die Stimme erhoben werden, das schon, aber sie kann eben auch beliebig an- und ausgeschaltet werden, ohne daß je ein Gefühl von Mangel entstünde. Ob man das, was am Schalter sitzt, nun die Macht oder die Medien nennt, alle seine Unter-Institutionen sind jedenfalls gut darauf vorbereitet, dem System dabei zu helfen, »interessante Positionen« aufzuspüren, es ständig mitzumodernisieren, indem sie am Prinzip von ‘Bewegung’ mitarbeiten und unentwegt Fülle produzieren.

Manfred Hermes schrieb in KONKRET 9/88 über die Postmoderne in der Architektur

Konkret 10/91, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Das etwas angetrocknete Töchterchen eines früheren DDR-Ministers hatte sich seine späten Tage so nett einzurichten gedacht: erst ein bißchen Stunk daheim, zuwenig für den Knast und genug für die Reklame, dann ein Visum in den Westen und für den Rest den Genuß jener literarischen Mauerdividende, welche die Verleger und Rezensenten der BRD jedem Flüchtlingskind aus dem Osten ausgesetzt hatten, das den ehemaligen Besitz einer abweichenden Grammatik nachweisen konnte. Was aber tut die Weltgeschichte, glänzend vertreten durch die Herren Schabowski und Krenz? Sie legt die Mauer, auf die Frau Maron ihr Glück hatte bauen wollen, einfach nieder, und die schönen Tage von Arrangschemang waren zu Ende, sicher geglaubte Plätze vor der Kamera und im Herbstprogramm perdu, verloren an die Weltgeschichte, wiederum brillant vertreten durch die Herren Schabowski und Krenz - denn was ist das Kind eines längst begrabenen Ministers gegen zwei noch warme Politbüromitglieder? Nur der »Spiegel« wahrt eine Schamfrist, bevor auch er auf ihre angestrengten Dienste verzichten wird, und läßt Frau Maron ihre große Not beweinen:

In einigen Tagen ist es soweit. Dann wird er in den Talk-Shows und Kulturmagazinen sitzen, beflissene Moderatoren werden den bekannten Lügenbrei aus ihm quetschen... Schon jetzt planen die Feuilletonredakteure lüstern die fröhliche Treibjagd durch Studios und über Zeitungsseiten... Das »Literarische Quartett« hat sich das Filet reserviert, »Aspekte« eine Keule, »Die Zeit« vermutlich das Bruststück...

Und zwar, wie man ahnt, nicht das Filet, das Bruststück oder die Keule der Frau Maron, sondern im Gegenteil:

Hermann Kant hat seine Memoiren geschrieben.

Und damit nicht genug:

Günter Schabowski plappert beim »Spiegel«, ein Zensor namens Langguth macht sich im »Stern« wichtig, Krenz kassiert von »Bild«..., Vera Oelschlegel, geschiedene Ehefrau von Kant und von dem Berliner SED-Bezirkschef Konrad Naumann, sudelt in der »Berliner Zeitung«.

Nur Frau Maron hält's Mündchen, daß die Schwarte kracht:

Es drängt sich der Verdacht auf, daß Himmler und Göring heute nicht mehr zu befürchten hätten als eine anstrengende Stunde auf dem Heißen Stuhl von RTL plus.

Was ist der Reichsführer SS gegen den Präsidenten des Schriftstellerverbandes der DDR, was die Endlösung der blöden Judenfrage gegen den Stress, den der Tochter des Ministers der Umzug von Berlin nach Hamburg bereitete? Aber so völlig von Sinnen kann nicht einmal die zurecht von Angst um ihre Einkünfte aus früherer Dissidenz gebeutelte Frau Maron ganz von alleine geworden sein, es muß ihr Weh und Ach aus einem empfindlicheren Punkte sich erklären, und wirklich kommt sie noch einmal auf ihn zurück:

Glaubt etwa der Herausgeber der »Berliner Zeitung«, Erich Böhme, seine Autorin Oelschlegel (im Volksmund auch Oelschenkel genannt)...

Oioioioioi, sagt der Analytiker. Denn mag der Volksmund auch zu allerlei Oralem, Analem und Vaginalem tendieren, so wird der Oelschenkel schon deshalb eher von einem Kollegen - ich tippe auf den Schauspieler Krug im Verein mit dem einschlägig begabten »Blechfotzen«-Biermann - erfunden worden sein als vom Wir-sind-das Volk-Volk, weil diesem die »geschiedene Ehefrau von dem Bezirkschef«, oder, wie wir Dichterinnen auch gern sagen: dem Bezirkschef seine geschiedene Ehefrau, fast so wurscht gewesen sein dürfte wie des Ministers Töchterlein, das es der attraktiveren Kollegin nicht verzeihen kann, daß zu seinen Körperteilen, sei es Filet, Brust oder Keule, keinem und nicht einmal einem der lüsternen Feuilletonredakteure je etwas Anzügliches eingefallen ist.

Eben noch stichele ich fröhlich an Frau Maron herum, da lese ich am Schluß ihres Artikels den Satz:

Als die Bewohner von Fürstenberg ihren Supermarkt in 700 Metern Entfernung von der Gedenkstätte Ravensbrück verteidigten, gebärdeten sich die Kommentatoren fassungslos, und nur wenige von ihnen machten sich die Mühe zu bedenken, daß auch die Toten von Ravensbrück herhalten mußten, um 17 Millionen DDR-Bürger 40 Jahre lang im Joch zu halten, und daß auch Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager zu den Tätern der nächsten Diktatur gehörten, deren Opfer auch die Bewohner von Fürstenberg waren.

Daß die Bewohner von Fürstenberg, die damals von nichts etwas gewußt haben, die »Opfer« sind, die von denen, die bloß »Häftlinge« waren, 40 Jahre lang im Joch gehalten wurden und deshalb ein Recht auf »ihren« Supermarkt vorm Eingang zur Gedenkstätte Ravensbrück haben - dieses »Bedenken«, das sie dem Gedenken an die Ermordeten vorgezogen sehen möchte, ist so durch und durch ekelhaft, ja schweinisch, daß vor ihm noch die bitterste Polemik als Liebesmüh erscheinen

muß. Es soll nicht wieder vorkommen. Frau Maron auch nicht.

Wenn ein Feuilletonchef dem andern zum Geburtstag gratuliert, muß er natürlich in Rechnung stellen, daß er selber auch älter wird und dann der andere undsoweiter. Zum Sechzigsten des ersten Karl Kraus-Preisträgers macht in der »FAZ« der Redakteur Schirrmacher die Odeurs:

Raddatz ist eine Erscheinung.

Schirrmacher kann noch eine werden.

Vielleicht eine heikle.

Schirrmacher ist auf dem besten Weg.

Aber es gibt wenige seiner Art.

Vielleicht ein Segen. Aber ich fürchte, die wenigen werden gerade wieder einer mehr.

Völkische Mengenlehre in der »Berliner Zeitung«. Titel:

Fast 90.000 Kroaten sind auf der Flucht.

Sie addieren sich im Lauftext wie folgt:

Nach einer Bilanz des Roten Kreuzes suchten 48.161 in Kroatien ansässige Serben Zuflucht in der benachbarten Teilrepublik Serbien. 30.651 Kroaten seien in ruhigere Regionen Kroatiens geflüchtet. Rund zehntausend Angehörige beider Volksgruppen hätten sich zudem in der jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina in Sicherheit gebracht.

Macht zusammen tatsächlich rund 90.000. Sie sind tatsächlich auf der Flucht, und sie flohen tatsächlich aus Kroatien. Wenn so vieles tatsächlich stimmt, wird man doch melden dürfen, daß 90.000 Kroaten auf der Flucht sind. Zumal daran immer noch mehr stimmt als an jeder anderen deutschen Zeitungsmeldung über diesen Krieg.

Ein Griff in die Geschichte des klassischen Altertums:

Nur ein Satz der Bundestagsdebatte kennzeichnete wirklich die Lage der Nation: »Was in der DDR entsteht, ist die erste selbsterkämpfte Demokratie auf deutschem Boden.« Diese Einsicht hat zwei Konsequenzen: Es gibt die deutsche Nation, insofern es einen deutschen demokratischen Beitrag zur Weltgesellschaft geben wird, und die Wiedervereinigung gehört der Geschichte an. Einfach darum, weil das, was sich bislang wiedervereinigen sollte, nun schon der Geschichte anheimgefallen ist. Wer die Demokratie im Osten will, muß die DDR als selbständige staatliche Einheit verteidigen.

Ewig ist das her, und doch weniger als zwei Jahrtausende, weniger als zwei Jährchen: Herbst 1989 war`s, in der Redaktion der »Tageszeitung«, wo Herr Hartung jedem, der die Demokratie im Osten wollte, aufgab, die staatliche Einheit der DDR zu verteidigen. Aber nicht doch, ich will dem Beobachter H. nicht den opportunen Schwachsinn (oder schwachsinnigen Opportunismus) aus uralten Zeiten ankreiden. Es genügt mir, einen oder zwei seiner Leser zu dem Gedanken anzuregen, es werde der Kommentar, den der z.Zt. etwas völkische Beobachter H. Anfang Oktober schreibt, in ferner Zukunft, also etwa Ende November, sich als ähnlich bescheuert erwiesen haben wie der vom Herbst 89 heute.